

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis: halbjährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonne je Zeile oder deren Raum 50 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 21. Oktober 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die „Kreuz-Zeitung“ für allgemeines, gleiches Wahlrecht.

Die „Kreuz-Zeitung“ würde sich heute lieber von König und Vaterland lossagen, als im Namen der Edelsten und Besten ihren Segen zum allgemeinen, gleichen Wahlrecht für Preußen zu geben.

Die „Kreuz-Zeitungs“-Partei war schon lange dem bestehenden Dreiklassenwahlrecht nicht besonders grün, aber noch in den letzten Jahren Ferdinand Lassalle hatte sie, hatte besonders Hermann Wagener nicht das allgemeine, gleiche, sondern das allgemeine, aber ständische Wahlrecht empfohlen.

Das geschah, was das Wahlrecht angeht, zuerst im Leitartikel der „Kreuz-Zeitung“ vom Mittwoch, den 18. April 1866, Nr. 89 des Jahrganges.

Der „Kreuz-Zeitung“ von 1866 zufolge kann „darüber kein Streit obwalten, daß nichts weiter als von einer ständischen Vertretung liegt, als das gegenwärtige Zensuswahlrecht mit Wahlmännern.

Das Dreiklassensystem ist, so fährt die „Kreuz-Zeitung“ von 1866 fort:

„Die Herstellung einer modernen Sozialdemokratie, welche alles Höhere und Bessere nach oben wie nach unten je länger desto mehr in den Stand des gemeinsten Materialismus heruntersieht...

Die „Kreuz-Zeitung“ verbreitet sich nun über ihre Gründe für die Meinung, daß das allgemeine Wahlrecht als ein Fortschritt anzustreben sei. Zunächst wird darauf hingewiesen, daß „gegenüber der allgemeinen Militärpflicht das allgemeine Stimmrecht als ein schwer abzulehnendes Korrelat erscheint, und daß jedenfalls, um die bekannten Ausdrücke zu wiederholen, die Blutsteuer ebenso schwer wiegen sollte, als die Gewerbesteuer.“

das sich dahin ausspricht, daß, nachdem einmal jede Spur des altständischen Systems beseitigt sei, es nichts anderes gebe, das irgendwelche Vernunft hätte, als das allgemeine Stimmrecht.

Die „Kreuz-Zeitung“ von 1866 verfügt aber über noch mehr Gründe, die „dem allgemeinen Wahlrecht vor dem Zensuswahlrecht mit Wahlmännern den Vorzug geben dürften.“

Schließlich kommt dann in der „Kreuz-Zeitung“ auch der Grund zutage, der für die Befehrung der Konservativen zum allgemeinen Stimmrecht sicherlich nicht am leichtesten gewogen hat.

Die Konservativen von 1866 trugen sich mit dem Gedanken, kurzen Prozeß mit dem Dreiklassenwahlrecht zu machen. Sie hielten es gar nicht für nötig, daß der Landtag in dieser Frage beschließe, sondern waren der Meinung, daß das allgemeine Wahlrecht auf dem Verordnungswege eingeführt oder vielmehr wiederhergestellt werden könne.

an Frau v. Bismarck adressiert, aber für ihren Gemahl beabsichtigt ist: „Sehen Sie keine Oströyierungsgedanken in Kurs“, wozu dann Bismarck zwei Fragezeichen macht.

Seute möchten die Konservativen das Dreiklassenwahlrecht am liebsten für ein unantastbares Allerheiligstes erklären, haben sie doch schon im Landtag davon gesprochen, daß der Minister wegen Hochverrats angeklagt werden müßte, der die Erhebung des Dreiklassenwahlrechts durchs allgemeine, gleiche Stimmrecht vorschlagen wollte.

Wie Chamisso den Monarchismus des Junkertums treffend erläutert hat: Der König absolut, wenn er unseren Willen tut, so finden sie auch das Wahlrecht gut, das ihren Willen tut!

Zum Wahlkampf.

Ein vernichtendes Urteil über den Liberalismus.

Im Hinblick auf die bevorstehenden Landtagswahlen in Berlin dürfte es angebracht sein, an eine fast vergessene Schrift zu erinnern, die aus der Feder eines Mitgliedes der freisinnigen Volkspartei ein Urteil über die Haltung der Liberalen im preussischen Abgeordnetenhaus bringt.

Greifen wir, um nur einiges davon anzuführen, das Gebiet des Volksschulwesens heraus, das den Liberalen angeblich besonders am Herzen liegt, so hat der Liberalismus, um mit Jastrow zu reden, bei der Bekämpfung des Preussischen Volksschulgesetzentwurfs unseligen Angedenkens nur dadurch einen Erfolg erzielt, daß er eine seiner wesentlichsten Forderungen, die Unterrichtsfreiheit, opferte und (gelinde ausgedrückt) gestattete, daß man es für liberal ausgab, eine Unterrichtsfreiheit, welche auch den Katholiken zu statten käme, zu bekämpfen.

Die ganze Bekämpfung des Liberalismus kommt in der Bemerkung Jastrows zum Ausdruck, der Liberalismus habe den Anstand, daß er einmal einen Erfolg zu verzeichnen hatte, sofort dazu benutzte, um sich einen Sonntag raus zu trinken und darauf lauen Montag zu machen.

die Schule der Kirche auszuliefern. Gaben doch bei der Beratung des Volksschulunterhaltungsgesetzes die Liberalen so freudig an der Verfassung der Volksschule mitgearbeitet, daß das Zentrum sich schmerzhaft die Hände rieb! Ohne einen Finger krümmen zu machen, hatten die Geschorenen dank der Bemühungen des Liberalismus erreicht, was sie kaum zu träumen wagten!

Auch darin müssen wir Jastrow beipflichten, daß man dort, wo der Liberalismus selbst Schulen zu verwalten hat, auch nicht mehr das Vorwärtsstreben wie ehemals sieht. Nur weil die Entwicklung des preussischen Schulwesens im ganzen ins Stagnieren geraten sei und weil die städtischen liberalen Schulverwaltungen in diesem stagnierenden Schulwesen noch die Besten seien, bemerkt man es nicht so leicht, daß auch hier nicht mehr der alte, frische, jedem neuen zugängliche Sinn herrsche, sondern nur noch allenfalls eine wohlwollende Fortbewegung in der einmal eingeschlagenen Linie.

Wesentlich ist es nach Jastrow auf dem Gebiete der Armenpflege. Die großstädtischen Armenverwaltungen, welche zum größten Teil in liberalen Händen liegen, sind geschickter und besser geleitet, als die kleinstädtischen oder gar die dörflichen. Und dieser Umstand wird dem Fortschritte der liberalen Ideen verhängnisvoll. Man kommt sich in den Höhen dieser Ueberlegenheit und merkt nicht, daß auch die relative Höhe noch ein recht tiefes Niveau darstellt. Eine derartig schreiende Ungerechtigkeit wie die Regelung des Rechtsweges, der auf dem Gebiete der Armenpflege für die Interessen der Besiegten geöffnet, für die Armen selbst aber verschlossen bleibt, ist vom Liberalismus nicht geübt worden.

Dem Einwande, daß die Freisinnigen nur wenig Mandate haben und daher nicht viel tun können, bricht Jastrow von vorn herein die Spitze durch den Hinweis darauf ab, daß das Volk früher, als auch heute, aber auserselbst Männer, den Liberalismus im Parlament vertraten, ihre Reden so bedeutend waren, daß sie von Hunderttausenden gelesen wurden, während das heute (d. h. zur Zeit, wo er sein Buch schrieb), nicht mehr zutrifft, und zwar ist der Liberalismus mit schuld daran, daß an den Verhandlungen des preussischen Abgeordnetenhauses niemand mehr ein Interesse nimmt, daß man sie in bürgerlichen Kreisen überhaupt nicht mehr liest. Das preussische Abgeordnetenhaus ist, was Interesse der Bevölkerung betrifft, unter die Stufe der kleinstädtischen Landtage herabgesunken. In ganz Europa gibt es kein Parlament, dessen Verhandlungen das Volk mit einem solchen Mangel an Interesse gegenübersteht wie dem preussischen Abgeordnetenhaus.

Wir begnügen uns mit diesen Proben. Das Bemühen Jastrows, seine Parteifreunde zu sozialer Tätigkeit anzufeuern, ist vergeblich gewesen, seine Ermahnungen sind auf unfruchtbaren Boden gefallen. Die Tätigkeit des Liberalismus, auch des „entschiedenen“ Liberalismus wurde immer unsozialer, seine Vertreter immer unbedeutender, bis er glücklich auf die Köpfe, Wiener, Fischel gekommen ist. Dazu kam die unheilvolle Blockpolitik, die den Liberalismus dem Bankrott entgegenführt hat.

Wenn heute das Interesse des Volkes an den Verhandlungen des preussischen Abgeordnetenhauses allmählich wieder zu erwachen beginnt, so ist das einzig und allein den Sozialdemokraten zu danken, deren Vertreter das nachgeholt haben, was der Liberalismus verabsäumt hat, und die man aus dem Tempel hinausgejagt hat, weil man seine Nähe nicht geföhrt sehen wollte. Wer es ernst meint mit dem kulturellen und sozialen Fortschritt in Preußen, wer dem Parlamentarismus wieder zu Ansehen verhelfen will, dem ist die Gelegenheit dazu am 28. Oktober geboten. Jede sozialdemokratische Stimme bedeutet einen Protest gegen den Liberalismus, der schon vor sechzehn Jahren von einem seiner geistreichsten Anhänger in Grund und Boden kritisiert und der seitdem noch weiter von Stufe zu Stufe gesunken ist.

Freisinniger Flugblattschwindel.

Wir besprachen gestern einige Punkte des freisinnigen Flugblattes, das in G. Landtagswahlbezirk verbreitet worden ist. Wir fahren hiermit in der Ausdeutung des freisinnigen Schwindels, der ja in allen freisinnigen Flugblättern wiederkehrt, fort.

Da heißt es: Trozdem die Freisinnige Volkspartei gegen alle neuen Steuern gestimmt habe, richte die Sozialdemokratie die heftigsten Angriffe auch gegen die Steuerpolitik des Freisinn.

Wit vollem Recht! Denn wenn nicht die Konservativen dem Freisinn einen Zutritt verschert und mit dem Zentrum zusammen die neuen Steuern gemacht hätten, hätte der Freisinn die „Finanzreform“ mit den Konservativen gemeinsam gemacht! Der Freisinn war ja fest entschlossen, ein ganzes Bündel indirekter Steuern zu bewilligen, wenn nur durch Annahme der Erbschaftssteuer der Steueranspländerung der Massen ein fadenförmiges Mäntelchen umgehängt worden wäre!

Erklärte doch die „Börsische Zeitung“ seltenerzeit ausdrücklich:

„Denn der Druck der direkten Steuern für den Staat, die Gemeinde, den Kreis, die Kirche, ist heute schon empfindlich, vielfach bei hohen Gemeindeforderungen dermaßen, daß... eine ausschließliche Deckung des Bedarfs durch den Einkommen- oder Vermögenssteuern völlig unbrauchbar sein muß... Der Standpunkt derjenigen Politiker, die lediglich die indirekten Steuern erhöhen und vermehren wollen, ist unhaltbar... Aber daß 600 Millionen jährlich mehr als bisher aufgebracht würden ausschließlich durch direkte Steuern, sei es vom Einkommen, sei es vom Vermögen, ist eine ebenso verkehrte und unannehmbare Forderung. Eine solche Forderung ist auch von der bürgerlichen Linken niemals aufgestellt und vertreten worden.“

Die „Börs. Ztg.“ bestätigt uns also, daß auch der Freisinn bereit war, das Volk mit mehreren hundert Millionen indirekter Steuern zu belasten! Und da wagt das Flugblatt von „sozialdemokratischen Entstellungen und Unwahrheiten“ zu schreiben!

Im übrigen ist aber der Freisinn sogar direkt verantwortlich für die Steuern, wie sie der schwarze blaue Block beschloß hat! Denn Konservative und Zentrum hätten keine Mehrheit zu bilden vermocht, wenn der Freisinn nicht bei der Reichstagswahl 1907 der Reaktion durch Stichwahlhilfe 32 Mandate zugehängt hätte!

Freisinniger Schwindel plumpester Art ist es ferner, wenn das Flugblatt behauptet, die Freisinnige Volkspartei habe seit Jahrzehnten vergeblich auf Sparsamkeit gedrungen.

Das nicht der Freisinn gerade in den letzten Jahren, als sich die Schuldenlast verheerend anhäufte, das Defizit immer größer und die Pumpwirtschaft immer skandalöser wurde, für alle Heeres-, Marine- und Kolonialforderungen gestimmt?!

Ist nicht der Freisinn gerade deshalb in den Block aufgenommen worden, weil er noch bewilligungsfreudiger war als selbst das Zentrum?

Die Zeiten, wo die Freisinnige Volkspartei das userlose Flottenrüstete, das uns jetzt allein jährlich fast eine halbe Milliarde kostet, bekämpfte, sind längst dahin. Unter Führung des famosen Herrn Eichhoff wurde der Freisinn flottenfromm, bewilligte er alle Marineforderungen!

Und als sich 1906 das Zentrum erlaubte, an eine Forderung für Südwestafrika ein paar armlässige Millionen abzustreichen, sprang der Freisinn in die Räder!

Und dieser Freisinn wagt dann von Sparsamkeit zu reden!

Weiter bezeichnet es das Flugblatt als „dreisten Schwindel“, wenn man dem Freisinn vorwerfe, daß er nicht den ersten Willen gezeigt habe, das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für Preußen zu erringen. Gabe doch der Freisinn Anträge gestellt, einen Wahlrechtsausfluß eingeseht und eine „umfassende und planmäßige Agitation“ im Lande entfaltet.

Dem stellen wir folgende Tatsachen gegenüber: Als der Freisinn in den 60er Jahren die Mehrheit im preussischen Abgeordnetenhaus besaß, fiel es ihm gar nicht ein, für ein allgemeines und gleiches Wahlrecht einzutreten! Gerade diese volksfeindliche Haltung des Freisinn veranlaßte ja Lassalle zur Gründung einer selbständigen Arbeiterpartei!

Als im Jahre 1873 der Antrag Windthorst die Einführung des Reichstagswahlrechts für Preußen verlangte, stimmten für eine Vertagung dieses Antrages auf 6 Monate, d. h. für die Vertagung auf den St. Nimmerleinstag, auch die freisinnigen Abgeordneten Rickert, Parisius und — Eugen Richter!

Als im Anfang des Jahres 1908 der Freisinn seinen Wahlrechtsantrag einbrachte, erklärte Fürst Bülow höhnisch, daß die Regierung gar nicht daran denke, das Reichstagswahlrecht auf Preußen zu übertragen. Die konservativen Redner erklärten sich sogar mit aller Schärfe gegen die geringste Milderung der Dreiklassen-Schmach. Der Freisinn erhielt, um mit einem freisinnigen Blatte zu sprechen, „knirschende Ohrfeigen“. Und was tat er? Als ein paar Monate später die Neuwahlen fürs Abgeordnetenhaus stattfanden, unterstützte der Freisinn die grimmigsten Gegner des Wahlrechts, die Konservativen!

Und da soll die Sozialdemokratie nicht das Recht haben, die Ehrlichkeit der freisinnigen Liebesbetuerungen für ein demokratisches Wahlrecht anzuzweifeln?!

Zur Charakteristik der „anständigen“ Presse.

Am 4. Oktober d. J. publizierte die Stuttgarter „Deutsche Reichspost“, das „Zentralorgan der Konservativen Süddeutschlands“ folgendes „Eingefandt“:

Sozialdemokratische Duldsamkeit.
Religion ist Privatfache, heißt es gewöhnlich im Sozialistenlager; wie duldsam aber die „Genossen“ in dieser „Privatfache“ sind, zeigt uns der nachstehende Vorfall. — An einem Abend der letzten Wochen trat ich in das Krankenstübchen einer armen, schwer leidenden Witwe hiesiger Stadt. Da ihre Tochter den Tag über genötigt ist, den Unterhalt für sich und die kranke Mutter zu verdienen, so wäre die Kranke den Tag über dem Elend preisgegeben, wenn sich nicht die ärztliche Liebe ihrer angenommen hätte. Eine treubeforgte Diakonissin lehrte täglich bei ihr ein und auch der Herr Pfarrer macht Krankenbesuche, um Trost zu spenden. Das ist aber dem sozialdemokratischen Hausbesitzer zuwider. Er kündigte der kranken Frau sofort die Wohnung mit der Begründung, er dulde keine Diakonissin und keine Pfarrer in seinem Hause. Wo bleibt hier das menschliche Gefühl und die Freiheit? Wöchten doch manchmal die Augen darüber aufgehen, welcher Geist die Sozialdemokratie beherrscht.

Diese Notiz ging in die meisten der größeren konservativen, zentrumsparteilichen und liberalen (auch freisinnigen) Blätter über, die daran allerlei liebenswürdige Bemerkungen über die Intoleranz und Gemeinheit der sozialdemokratischen Partei knüpften.

Daraufhin richtete unser Stuttgarter Parteiblatt, die „Schwäbische Tagwacht“ die ebenso höfliche wie bestimmte Anfrage an die allerchristlichste „Deutsche Reichspost“, wer denn eigentlich der „sozialdemokratische Hausbesitzer“ sei. Die „Deutsche Reichspost“ schwieg sich aus. Am 9. Oktober wiederholte unser Bruderorgan die Anfrage in schärferer Form und bemerkte dazu:

„Daß sie die „Deutsche Reichspost“ ein solch rotes Scherfchen vor der Verachtung aller Frommen schütten will und deshalb seinen Namen verleiht, ist nicht gut anzunehmen. Man könnte vielmehr auf die Vermutung kommen, daß das allerchristlichste Blatt wieder einmal eine bübische Verleumdung in die Welt gesetzt hat.“

Das fromme Blatt rührte und regte sich nicht. Am 13. Oktober fragte die „Schwäb. Tagwacht“ zum dritten Male an. Nun fand endlich die „Deutsche Reichspost“ die Sprache wieder. Sie weigerte sich, Namen und Wohnung des „sozialdemokratischen Hausbesitzers“ zu nennen. Statt dessen fahelte er allerlei Zeug über das „Redaktionsgeheimnis“, das verbiete, den Namen des roten Scherfchens bekannt zu geben, klagte über die „Nachsucht“ der Genossen und drohte zum Schluß mit einer Verleumdungsklage!

Wenn aber das christliche Organ gehofft hatte, dadurch der unbecomemen Pflicht, seine Behauptungen beweisen zu müssen, entgehen zu können, so hatte es sich getäuscht. Die „Tagwacht“ antwortete damit, daß sie den Einsender der Notiz einen Ehrabschneider und Verleumder nannte. Das zog endlich. Statt aber nun öffentlich den Beweis für die Behauptungen zu erbringen, sandte die Redaktion des konservativen Organs der Redaktion der „Tagwacht“ ein Brieflein, in dem die Namen der Personen, auch des angeblich „sozialdemokratischen Hausbesitzers“ wie des Kronzeugen und Verfassers des „Eingefandt“ genannt wurden. Der Kronzeuge und Verfasser ein evangelischer „Gemeinschaftsmann“ (eine extrafromme Vereinigung, in Württemberg „Stundengänger“ genannt), der Einsender ein Pfarrer a. D. und Redakteur eines evangelischen Sonntagsblättchens. Zugleich brachte das christliche Blatt einen langen Artikel über die Angelegenheit, jammerte über die „schweren Verleumdungen“ der „Tagwacht“ und drohte nochmals mit dem Stad, war aber vorsichtig genug, sich nunmehr auf die reinprechtliche Verantwortung zurückzuziehen! Zum Schluß des langen Artikels verübte das Blatt dann noch folgendes Schelmenstückchen:

„Obwohl die tatsächlichen Vorgänge durch einen hiesigen Geistlichen und einen angehenden Mann aus der christlichen Liebesbewegung genau im Sinne des „Eingefandt“ festgehalten sind, haben wir uns doch noch persönliche Kenntnis der Dinge verschafft. Alle Angaben stimmen. Eine schwer kranke

Frau, deren Mann seit langem blind ist, muß heute ausziehen. Christliche Warmherzigkeit hat sich der Vermittlung angenommen, und ihr eine neue Wohnung verschafft. Die kranke Frau selbst, aber auch ihre Hübschmutter hat uns — vor Zeugen — erklärt, daß der Hausbesitzer gesagt hat, die Frau müsse raus, er wolle niemand im Hause haben, bei dem Schwefeln und Pfarrer aus- und einlaufen, auch passe die Frau mit ihrer Armut nicht in das Haus, in dem nur bessere Leute wohnen.“

„Alle Angaben stimmen“, sagt die Redaktion. Aber auch die, daß der Hausbesitzer ein Sozialdemokrat ist. So meint der harnlose Leser. Diese Meinung zu erwecken, ist offenbar der Zweck der Leistung des evangelischen Jesuiten. Sieht man aber genauer zu, so findet man, daß das christliche Blatt sich nunmehr nicht nur auf die prechtliche Verantwortung, sondern auch auf die „tatsächlichen Vorgänge“ rückwärts konzentrieren möchte. Die Nachforschungen unseres Bruderblattes hatten nämlich vor Einlauf des „Privatbriefes“ der Redaktion des allerchristlichsten Organs bereits ergeben, daß die Behauptung, ein „sozialdemokratischer Hausbesitzer“ habe so gehandelt, total un wahr ist. Der betreffende Hausbesitzer ist kein Sozialdemokrat, auch niemals Parteimitglied gewesen!

Wit welcher Frivolität der Verfasser des Eingefandt seine schwere Verleumdung gegen die Sozialdemokratie in die Welt gesetzt hat, geht wohl am besten aus dem Schlußsatz des Schreibens hervor, das dieser „Diener des Herrn“ auf eine Anfrage an die Redaktion der „Reichspost“ richtete. Es heißt dort:

„Der Einsender, ein geachteter Gemeinschaftsmann, sieht für die Wahrheit, d. h. dafür ein, daß die Frau das Verdichtete so erzählt hat und ausdrücklich bemerkt hat, der Mann sei Sozialdemokrat. Bei dieser letzten Aussage ist freilich an sich ein Irrtum der Frau nicht ganz ausgeschlossen; aber der Einsender zweifelt nicht daran.“

Ein Redakteur der „Schwäb. Tagwacht“ wandte sich darauf an die betreffende Frau mit der ersten Frage, ob sie behauptet habe, der Hausbesitzer sei „Sozialdemokrat“. Das Mütterlein antwortete: „Nein“. Sie habe nur gesagt, der Hausbesitzer sei ein „unchristlicher Mann“. Dabei blieb sie, auch als ihr gesagt wurde, daß sie ihre Aussage eventuell vor Gericht beenden müsse.

Und noch eins. Der Hausbesitzer, der die alte Frau vor die Türe setzte ist nicht Sozialdemokrat; wohl aber ist der Mann, der sie nach ihrer Aussetzung bei sich aufnahm, ein alter Parteigenosse.

Der oben geschilderte Fall ist typisch für die Art, wie die Verleumdungsnotizen der „anständigen“, gutgesinnten Presse zustande kommen. Natürlich fällt es keinem dieser Blätter ein, nach dem sich die Unwahrheit ihrer Notizen herausgestellt hat, sie zu berichtigen. Soweit reicht die Anständigkeit nicht. Sie fahren vielmehr ungeniert fort, weitere Verleumdungsnotizen nachzudrucken oder auch selbst zu fabrizieren. Wie sagt doch Jola im „Wauw von Paris“?

„Welche Lumpen sind doch diese anständigen Leute!“

Für den Pastor Breithaupt vom Prügellist Mielczyn

treten seine „Brüder in Christo“ mit erneutem Eifer als Verteidiger auf — und zwar just in dem Augenblick, wo die Nachricht kommt, daß die Staatsanwaltschaft zu Gnesen ihre Untersuchung der Mielczynner Vorkommnisse abgeschlossen hat und die gegen die Anstalt erhobenen Vorwürfe als im wesentlichen erwieisen ansieht. Das „Reich“ bringt diese Nachricht in einer abschwächenden Verlautbarung und sagt hinzu, Hauptverdächtige scheine nicht der leitende Pastor Breithaupt zu sein, sondern sein Inspektor Engels, den man inzwischen entlassen habe. Offenbar ist es die Tatsache der Entlassung, aus der das postoretreue Blatt den Schluß ziehen zu sollen glaubt, der Hauptschuldige sei Engels. Man sieht, wie sehr die Tatsache, daß nicht auch der Pastor Breithaupt längt seines Postens entlassen wurde, nach außen hin den Eindruck machen muß, daß er minder schuldig oder überhaupt unschuldig sei. Der Herr Pastor hat diese ihm günstige Wirkung dem Berliner Stadtfreisinn zu danken, der die Affäre Mielczyn anfangs zu vertuschen gesucht hat und sie jetzt der Verhumpung entgegenführt will. Breithaupt schiffen wurde, als es dem Sinken nahe schien, bereits von den Antien verlassen, jetzt aber kehren sie auf das Fahrzeug zurück, da sie es gerettet glauben.

Das „Reich“ wähnt schon den Zeitpunkt gekommen, wo lauter als je den Erziehungsweisen der Kirche, als dessen Vertreter der Herr Pastor Breithaupt so eifrig mit Gotteswort und Keitische seine Besserungsversuche betrieben hat, ein Loblied gesungen werden dürfte. Ein Artikel, der mit ihm unterzeichnet ist — Herr Mann ist ja wohl, der im „Reich“ sich dieser Ehre zu bedienen pflegte — hält dem Pastor Breithaupt ein „Verlangen der Herren“ zugute, das den „Preppiraten“ genügt habe, ihn „zum bekehrten Bild zu machen“. In demselben Atemzuge werden dann Männer der Erziehung wie Pestalozzi, Wichern und andere genannt und im Anschluß daran wird stolz erklärt: „Wir lassen uns das Werk ihrer Nachfolger nicht verunglimpfen.“ Nein, das hat selbst ein Wichern nicht verdient, daß man ihn in eine Linie mit einem Breithaupt richte. Wir erwarten, daß diese „verfolgte Unschuld“ durch die Gerichtsverhandlung, zu der es kommen muß, aller Welt in ihrem wahren Licht gezeigt werden wird, wenn alle Zeugen geladen werden. Eine Reihe Zeugen, die brutale Behandlung zu bekunden vermögen, ist noch nicht benommen worden. Es wird sich dann ergeben, wie sehr für die „Erziehungsmethode“, die in Mielczyn angewandt wurde, gerade der Pastor Breithaupt verantwortlich ist, der sie nicht nur angeordnet und gebildet, sondern auch selber ausgeübt hat. Die Waisenverwaltung von Berlin wird es hoffentlich ebenso wie die Regierung als ihre Pflicht angesehen haben, die ihr bekannt gewordenen Tatsachen der Staatsanwaltschaft zu Gnesen zu übermitteln, damit volle Klarstellung herbeigeföhrt werden kann.

Aber nicht der Ausschall des Strafverfahrens ist das Entscheidende. Die Hauptschuld an den in Mielczyn gegen der Fürsorge überwiesene Kinder verübten Greueln trägt das dort betätigte System. Und an diesem trägt leider neben dem „Evangelischen Verein für Waisenpflege in der Altmari“ die freisinnige Stadtverwaltung ein voll gerüttelt Maß der Schuld. Die Schuld der Stadt wird erheblich vergrößert, wenn sie aus neue demselben Verein die Fürsorge überträgt, unter dessen Oberaufsicht die zum Himmel schreienden Missetaten gegen Fürsorgekinder sich ereignet haben. Charakteristisch ist es für die liberale Presse Berlins, daß sie, soweit wir sehen, Einspruch gegen dies Vorhaben nicht eingelegt hat. In dem Weichenlassen des Vertrages zwischen der Stadt Berlin und dem Verein liegt eine indirekte Billigung des noch vor wenigen Monaten allgemein verurteilten Systems. Von dieser haben sich einige Sätze des Mummichens Artikels noch vorteilhaft ab. So das zutreffende Zitat von Johann Heinrich Wichern: „Grundlage der Anstaltsarbeit ist nach Wichern die Vergebung alles dessen, was vor der Aufnahme liegt. Die Anstalten sind nicht Strafanstalten, sondern sollen die Familie ersetzen.“ In der Mielczynschen Anstalt ist, ganz von den besonders brutalen Missetaten abgesehen, die sie auszeichnet, keinerlei Einrichtung getroffen, die geeignet wäre, die geistigen oder sittlichen Fähigkeiten der Fürsorgekinder zu entwickeln und zur Reife zu bringen. Sie ist keine Erziehungsanstalt, sondern schlimmer als eine Strafanstalt, schlimmer als ein Korrektilionshaus und ein Luchthaus. Und für reichliche Bezahlung des evangelischen Vereins aus städtischen Mitteln, der diese Anstalt ins Leben gerufen hat, treten die Berliner Liberalen ein!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 20. Oktober 1909.

Der Landtagswahlkampf in Baden.

Sogar der Führer des badischen Zentrums, der Geistl. Rat Wacker, prophezeit in einem Artikel im katholischen „Volksboten“ eine erhebliche Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen. Er dürfte recht haben. Hat in die gesamte Wahlbewegung doch die Erlebigung der Reichsfinanzreform durch das Zentrum stark hineingespielt. Dazu kommt die ständig steigende Arbeitslosigkeit in den Tabakdörfern des badischen Unterlandes, die natürlich bei den Betroffenen keine patriotischen Gefühle auslöst. Bei der letzten Wahl von 1905 erhielt die Sozialdemokratische Partei Badens 50 431 oder 17 Proz. der abgegebenen Stimmen, das Zentrum 125 453 = 42 Proz., die vereinigten Nationalliberalen, Freisinnigen und Demokraten (Volkspartei) 105 429 = 35 Proz., Konservative und Bündler 11 146 = 2,8 Proz. Die 73 Mandate der zweiten Kammer verteilen sich in der abgelaufenen Legislaturperiode wie folgt: 28 Zentrumseute, 23 Nationalliberale, 12 Sozialdemokraten, 5 Demokraten, 3 Konservative, 1 Freisinniger und 1 Bündler.

Das Zentrum holt zum entscheidenden Schlage gegen die Nationalliberalen bzw. den Block aus und sucht mit den Konservativen und Bündlern die Mehrheit zu bekommen. Deswegen unterstützt es in 14 Wahlkreisen, in welchen es aus eigener Kraft nichts erreichen kann, gleich im ersten Wahlgang die konservativen Elemente. Damit wird, so begründet Wacker seine Taktik, der Block geschwächt und, wenn auch nur indirekt, das Zentrum gestärkt. Man strebt eine konservativ-kerikale Mehrheit an, damit künftig nicht mehr die Sozialdemokratie das Jünglein an der Waage zwischen dem Zentrum und dem Block bilden kann. Das Zentrum hat es auf die Schule abgesehen — in Baden besteht die Simultan- und die Akerikale ein Dorn im Auge ist — und Wacker hat in einer Wahlversammlung dieser Tage selbst erklärt: Mit der Linken hat das Zentrum das gleiche und geheime Landtagswohlrecht erobert, mit der Rechten müsse es jetzt die Schulfragen regeln. Wie das Zentrum dieses „Regeln“ unter dem Vorstande der Konservativen und Landwirtsbündler aufstellt, braucht nicht erst gesagt zu werden.

Ein alter Trick.

Im Königreich Sachsen finden am Donnerstag die Neuwahlen zum Landtage statt. Wenn auch durch das geradezu unerhörte Wahlsystem, das für einzelne Wähler eine Stimmung bis zu 4 Stimmen vorsieht, die Sozialdemokratie zweifellos schwer beeinträchtigt wird, so ist doch die Angst unter den bürgerlichen Parteien, nicht minder bei der Regierung, eine ganz außerordentliche. Man fürchtet, daß der Steuerraubzug im Reiche und die Rückständigkeit der sächsischen Verwaltung gerade die Mittelklassen und die kleineren Beamten veranlassen könnte, sozialdemokratisch zu wählen. Nach berühmtem Muster hat die sächsische Regierung daher unmittelbar vor der Wahl eine Kundgebung erlassen, in der eine Reform der sächsischen Verwaltung in fortgeschrittenem Maße versprochen wird! So verspricht der Minister z. B. eine Vereinfachung im Geschäftsverkehr mit den Behörden — er will angeblich dem Bürokratismus die Flügel etwas beschneiden —, vor allen Dingen aber verspricht er, die Autonomie der Gemeinden nicht nur zu sichern, sondern gar zu fördern! Wohlwollende Handhabung der Staatsaufsicht wird außerdem zugesichert. Auf dem Gebiete der Handhabung des Vereinswesens betont der Minister ausdrücklich, daß die Verwaltungsbehörden zwar das Recht haben, Versammlungen überwachen zu lassen, daß sie aber durchaus nicht verpflichtet seien, von diesem Rechte in allen Fällen Gebrauch zu machen. Wenn dies in wichtigsten Fällen nötig sein sollte, so müsse doch jede Erschwerung der Versammlungstätigkeit vermieden werden.

Die bürgerliche Presse Sachsens sieht in der Kundgebung einen Rettungsanker. Sie tut so, als ob nun jeder Anlaß zur Unzufriedenheit mit der sächsischen Verwaltungspraxis beseitigt sei. Wir haben indessen keinen Anlaß, zu befürchten, daß der Erlaß einen wesentlichen Eindruck machen werde. Denn gerade wenn das, was der Minister verspricht, in die Praxis überführt werden soll, dann ist es ja erst recht notwendig, daß viel Sozialdemokraten in den Landtag gewählt werden, die sicherlich mit Freuden bereit sind, den Minister zu unterstützen, wenn er die rückständige sächsische Verwaltung in freierwilligem Geiste ausbauen will!

Die sächsische Regierung und die Schiffsabgaben.

Die sächsische Regierung vermag sich noch immer nicht von der Richtigkeit der Behauptung zu überzeugen, daß die Schiffsabgaben den Handelsverkehr auf der Elbe nicht schädigen würden. Sie hat im Bundesrat erneut Stellung gegen die Schiffsabgaben genommen und, wie die „Magdeburger“ von „unterrichteter“ Seite zu melden weiß, dort den offiziellen Antrag gestellt, die Verletzung des Gesetzes über die Einführung der Schiffsabgaben bis auf weiteres zu verschieben. Die sächsische Regierung stand von allem Anfang an der Einführung der Schiffsabgaben ablehnend gegenüber und wird in dieser Opposition von der badischen und hessischen Regierung unterstützt. Sachsen fürchtet von der Einführung der Schiffsabgaben eine starke Beeinträchtigung des Verkehrs auf der Elbe, die im wesentlichen durch eine Ablenkung des böhmischen Exports nach Triest und Genua hervorgerufen werden würde, der bisher die Elbe entlang über Hamburg ging. Diese Gefahr liegt um so näher, als die österreichische Regierung schon seit langer Zeit durch Gewährung außerordentlich niedriger Sätze den Verkehr über Triest zu lenken bestrebt ist und dieses Ziel nach Einführung der Schiffsabgaben voraussichtlich auch erreichen würde.

Auch die bayerische Regierung hat gegenüber dem Entwurf in seiner jetzigen Fassung nicht unbedeutende Bedenken, trotzdem sie im Prinzip mit der Einführung der Schiffsabgaben einverstanden ist, da Preußen von der Einführung der Schiffsabgaben den Bau des Kanals Werra-Elbe-Donau abhängig gemacht hat, dessen Zustandekommen ein Lieblingswunsch des bayerischen Thronfolgers, des Prinzen Ludwig, ist.

Vorwachen.

Der Reichsanwalt hat nach einer Meldung der „Neuen Politischen Korrespondenz“ die Vorlagen, die sich auf die Strafrechtsreform beziehen und bereits in der letzten Session dem Reichstage vorgelegt haben, aber nicht zur Verhandlung gekommen waren, dem Bundesrat mit dem Antrage wieder zugehen lassen, die Vorlagen in unveränderter Gestalt an den Reichstag zu bringen. Es ist anzunehmen, daß der Bundesrat diesem Antrage zustimmen wird.

Die Verhandlungen zwischen der Reichsfinanzverwaltung und den verschiedenen Ressorts des Reiches über die Feststellung des Reichshaushaltsetats für 1910 sollen im wesentlichen beendet sein. Der Etat befindet sich — wie es heißt — bereits im Druck; er wird im Verlaufe der nächsten Wochen dem Bundesrat zugehen und dem Reichstag alsbald bei dessen Zusammentritt vorgelegt werden.

Einstweilen ist nur der Etat im Druck, bald aber wird die deutsche Regierung samt ihrem neuen Bloch — „im Druck“ sein!

Die Arbeitslosigkeit im Tabakgewerbe.

Die durch die neue Steuer herbeigeführt wurde, wird jetzt auch von der Mindener Handelskammer bestätigt. Es ist vielfach versucht worden, die wirtlichen Folgen der Tabaksteuer zu verfeinern, indem man behauptete, die Arbeiterentlassungen seien nur künstliche Mache, eine Folge der Ueberproduktion vor Einführung des neuen Tabaksteuergesetzes.

Demgegenüber stellt die Handelskammer in Minden auf Grund eingehender Erhebungen und aus genauer Kenntnis der Sachlage fest, daß bei den alteingesessenen Firmen ihres Bezirks, die 7000 Arbeiter beschäftigen, die Produktion in der Zeit, in der man mit der Mehrbelastung und zwar in der jetzigen Form des Wertzuschlages rechnen konnte, nämlich in den 1 1/2 Monaten vom 1. Juli bis 14. August d. J. allerdings um 6,17 Proz. größer gewesen ist als in derselben Zeit des Vorjahres, daß aber dennoch ihre gesamte Jahresproduktion vom 15. August 1908 bis 14. August 1909 um 2,43 Proz. kleiner war als in derselben Zeit des Vorjahres, hauptsächlich infolge der Steuerermäßigungen. Für die übrige Produktion der westfälischen Zigarrenindustrie trafen die gleichen Verhältnisse zu.

Höchst seltsam verfahren manche Hauptzollämter bei den Unterstellungszuweisungen aus dem Viermillionenfonds. In Minden kam z. B. der neue Zollkontrolleur am 16. Oktober zur Firma Schröder u. Donap, um die durchschnittliche Arbeiterzahl, welche die Firma vom 1. Juli 1908 bis 30. Juni 1909 beschäftigt hatte, festzustellen. Diese Zahl betrug 101. Am 15. August beschäftigte die Firma aber 130 Arbeiter. Nach dieser Feststellung erklärte nun der Zollbeamte, daß die Arbeiter keine Staatsunterstützung erhielten. Wer solche erhalten habe, müsse diese zurückzahlen! Infolge dieser Auslegung der Bestimmungen werden fast alle Arbeiter, die schon über vier Wochen feiern, nicht erhalten.

Um den Tagelohn festzustellen, dividierte ferner die Zollbehörde den Wochenlohn durch sieben statt durch sechs. Man sollte das zwar nicht für möglich halten, aber es wird überall so verfahren!

Den Tabakarbeitern der Firma Hege in Pippstadt, die arbeitslos sind, ist die Staatsunterstützung entzogen worden. Auf die Anfrage, weshalb das geschähe, wurde den Arbeitern der mündliche Bescheid: die Staatsunterstützung wäre entzogen, weil Hege in der Korrekturenanstalt zu Penninghausen arbeiten lasse! Die Arbeiter gehören alle bis auf einen dem christlichen Tabakarbeiterverbande an.

Im Schmollwinkel.

Während ein Teil der nationalliberalen Blätter deutlich durchblicken läßt, daß sie sehr gerne sehen würden, wenn eine Auslösung der nationalliberalen mit der konservativen Partei erfolgte, verlangt ein anderer Teil Zurückhaltung — bis die Konservativen gewisse Garantien bieten. Zu der letzteren Richtung gehört die „Kölnische Zeitung“. Sie meint:

„Man muß so, wie die Dinge liegen, im Ernst verlangen, daß der Liberalismus gerührt die konservative Hand ergreife und geduldig den Rücken biete, um dem konservativen Wodbruder von oben die Verantwortung für die schlechte Finanzreform, die ihm zu schwer geworden, tragen zu helfen? Wir glauben nicht, daß sich die nationalliberale Partei, an die jene Lockung vor allem gerichtet sind, nach den noch frischen Erfahrungen mit der konservativen Fremdband dazu verstehen wird. Erst wenn die konservativen sichere Bürgschaft dafür leisten, daß sie aus den Ereignissen des letzten Jahres gelernt haben, wenn sie einsehen, daß Politik die Kunst des Erreichbaren ist und Kompromisse ohne Opfer an Egoismus und Ueberzeugung unmöglich sind. Kurz, wenn es ihnen noch viel schlechter geht als heute. Erst dann wird man wieder an konservativ-liberale Paarung denken können.“

Der eigentliche Grund des Anstoßes liegt darin, daß die Nationalliberalen nicht gerne die Wodbrüderlichkeit des Zentrums mit in Kauf nehmen möchten. Da sie als politische Weichtiere anderer Einsichten sehr zugänglich sind, werden sie sich jedoch schließlich auch darin fügen, wenn das sogenannte Interesse des teuren Vaterlandes es verlangt.

Spanien.

Ferrer.

Die Lage des Kabinetts Maura bleibt kritisch. Die Angriffe des liberalen Führers Moret haben sichtlich Eindruck gemacht und der empörte Ausschrei des Auslandes findet in dem unglücklichen Lande ein immer lauter werdendes Echo. Die Gärung in Volke wächst und fast scheint die Regierung bereits in die Defensivstellung gedrängt. Montag soll in Madrid eine große Manifestation in den Straßen stattfinden, zu deren Durchführung sich die Sozialdemokratie mit den Republikanern verständigt hat. Die Kundgebung soll stattfinden, gleichviel ob sie die Regierung gestattet oder verbietet. Ein solcher Beschluß gegenüber einer Regierung, die vor keiner Gewalttat zurückschreckt, beweist zur Genüge, daß die revolutionäre Erregung in Spanien neuerdings einen hohen Grad erreicht hat.

Die Kortesdebatten.

Madrid, 19. Oktober. Moret erklärte in der heutigen Sitzung der Deputiertenkammer die gestrigen Erklärungen Maura für unzureichend, protestierte gegen die nicht zu rechtfertigende Aufrechterhaltung der Aushebung der verfassungsmäßigen Garantien in Barcelona, erhob gegen den katholischen und papstfeindlichen Charakter einiger auswärtiger Zeitungen Einspruch und schloß mit der Erklärung, er und die gesamte Opposition seien einig in dem Verlangen, daß Maura seine Entlassung geben müsse.

Ministerpräsident Maura trat den Ausführungen Morets entgegen und erklärte, daß der Ernst der Unruhen in Barcelona die Regierung verhindert habe, dem Könige die Wegnahme der Schuldigen anzumelden. Er sei nicht die Schuld der Regierung, wenn man das Gerücht verbreitet habe, daß Hunderte erschossen worden seien. In Barcelona sei eine Revolution versucht worden, welche die Regierung bekämpft habe und auch jetzt noch bekämpfe, wo man von ihr verlange, daß sie zurücktreten solle.

Der Ministerpräsident vorbereitete sich besonders über die von den Revolutionären verübten Ausschreitungen; in Katalonien seien 68 kirchliche Gebäude in Brand gesetzt, in Barcelona 188 Menschen getötet und 40 verwundet worden. Auf die Frage eines Abgeordneten erklärte der Ministerpräsident schließlich, daß 1112 Personen verhaftet worden seien. Unter dem Vorfall der Ministerien wurde darauf die Sitzung geschlossen.

Der erste Racheakt.

Paris, 20. Oktober. Dem „Petit Parisien“ geht über Corbère folgendes Telegramm aus Barcelona zu: Wie verlautet, ist gegen den Staatsanwalt, der gegen Ferrer die Todesstrafe beantragte, ein Attentat verübt worden. Der Staatsanwalt befand sich in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend auf einem Spaziergange

in der Rambla Canaleja, als sich von einer Gruppe von Personen ein Mann loslöste und zwei Revolverbüchse auf den Staatsanwalt abfeuerte. Dieser sank schwer verletzt zu Boden und verschied um drei Uhr morgens. Der Mörder und seine Gefährten flüchteten und konnten bisher nicht ergriffen werden. Die Wohnungen der Mitglieder des Kriegsgerichts, welches über Ferrer die Todesstrafe verhängt hat, werden Tag und Nacht überwacht.

Der Boykott.

Marzeffe, 20. Oktober. Das Syndikat der Hafenarbeiter beschloß, die Boykottierung der spanischen Schiffe und Waren heute einzustellen. Gleichzeitig wurde aber erklärt, daß der Boykott sofort wieder aufgenommen und auch auf die nach Spanien bestimmten Waren ausgedehnt werden würde, falls in Montjuich neue Hinrichtungen vollzogen werden würden. Dagegen haben die Hafenarbeiter von Genua die Boykottierung aller aus Spanien eintreffenden oder nach Spanien bestimmten Waren beschlossen.

Gegen das Marokkoabenteuer.

Paris, 20. Oktober. Wie aus Algier gemeldet wird, hat bei der Eröffnung der Generalratsagung der Vorhänge Senator Gerente eine Rede gehalten, worin er den Feldzug der Spanier in das Rifgebiet in lebhaften Ausdrücken kritisierte und den Gefühlen der Beunruhigung Ausdruck gab, die hierdurch hervorgerufen sei. In Wirklichkeit handele es sich bei dem Unternehmen Spaniens um einen Eroberungszug, und daß sich die Eingeborenen Marokkos gegenüber den Europäern solidarisch fühlten, so wirkten die Unruhen auf sehr große Entfernungen hin unheilvoll zurück. Spanien, dessen ungeliebte Kolonialpolitik überall Protestenmacherei, religiöse Unterdrückung und blutige Kämpfe zur Folge gehabt habe, wolle sich in der unmittelbaren Nachbarschaft von Algier festsetzen. Die Regierung in Frankreich müsse rechtzeitig handeln, um hier allen Verwicklungen vorzubeugen, die den Frieden des Landes schwer gefährden könnten.

Italien.

Der Aufruf des Parteivorstandes gegen den Jarenbesuch.

Rom, den 17. Oktober. (Eig. Ber.) Da nunmehr der Jarenbesuch für den 23. Oktober festzusetzen scheint, veröffentlicht der Vorstand der italienischen Partei im „Avanti“ vom 17. d. M. den folgenden Aufruf an die Bevölkerung:

Italiener! Der blutbedeckte und blutdürstende Tyrann schickt sich an, unser Land zu besuchen, das noch gestern ein so prächtiges Beispiel seines unbedingbaren Freiheitsfinns und seines menschlichen Solidaritätsgefühls gegeben hat. Nicht als Gast des Volkes, sondern als Gast des Herrschers wird der russische Zar nach Italien kommen, und wir Italiener werden eingedenk sein, daß Nikolaus II. tausendmal grausamer und der Kulturbewegung verächtlicher ist als Alfonso XIII., der nur ein halbgeordneter, unfähiger Werkzeug in den Händen der Jesuiten bildet. Wir müssen in nicht mißzubeherrschender Weise dem ungewünschten Gäste unseren unermesslichen Abscheu zum Ausdruck bringen. Alle, die auf eine Zukunft der Freiheit und sozialen Gerechtigkeit hoffen, werden in diesen Tagen feierlich erklären, allem politischen und diplomatischen Opportunismus zum Trotz, daß die Methoden hinterlistiger und blutdürstiger Reaktion, die man als zaristisch bezeichnet, verurteilt und verabscheuenswert sind.

Parteienossen! Arbeiter! Abneigung gegen alles, was von der Masse ausgeht, politische Verrechnung, reaktionärer Sinn sowie Korruption oder Vergewaltigung der Regierung werden vielleicht viele von den Reihen der Demonstranten fernhalten; aber von den Unzweifelbaren darf keine fehlen. Solange noch das wirtschaftliche Privileg Schützer von der barbarischen Wut und blinden Habsucht des Jarentismus hat, solange die Forderungen eines so gewaltigen und großherzigen Proletariats wie des russischen durch eine propagandistische und verbrecherische Polizei, durch das organisierte Verbrechen der schwarzen Banden, denen der Zar noch jedem Pogrom Lob spendet, durch tägliche Todesurteile, durch Anedelung der Wissenschaft und des Unterrichts bekämpft werden, bleibt jede Hoffnung auf die soziale Befreiung ein eitel Wahn für alle Völker. Nicht das vereinzelte Werk eines einzelnen Volkes wird die neue Gesellschaft herbeiführen, sondern gemeinsames Tun aller Völker. Hieraus ergibt sich die Pflicht der internationalen Solidarität.

Darum lasse man den Tag nicht vorübergehen, an dem die Herrscher Italiens sich vor dem Jaren neigen, ohne das ganze Volk zu Verurteilung zu berufen für eine große Kundgebung der Solidarität mit den bedrückten russischen Brüdern! Es fehlt nicht an Anzeichen für einen baldigen Sieg des Volkes von Russland über die Tyrannen; vielleicht trägt die Ermattung des italienischen Proletariats dazu bei, den Fall des Jarentismus zu beschleunigen und seine unzähligen Opfer zu rächen.

Kein Generalstreik.

Turin, 19. Oktober. Der Vorstand des allgemeinen Arbeiterverbandes hat sich in einer heute abend stattgefundenen Sitzung entschieden gegen die Proklamierung des Generalstreiks bei Gelegenheit des Besuchs des Kaisers von Russland ausgesprochen und die Arbeiterorganisationen aufgefordert, auch von einer teilweisen Einstellung der Arbeit abzusehen.

Finnland.

Der Verfassungsbruch und das zarische Manifest.

Aus Helsingfors wird und geschrieben: Die lange befürchtete Krise ist eingetreten. Am 14. Oktober gelangte an den Senat das vom Jaren Nikolaus in Livadia unterzeichnete Manifest, welches einen gewaltsamen Eingriff in die finnischen Grundgesetze darstellt. Im vollständigen Widerspruch mit der finnischen Verfassung fahet das Manifest aus, daß die finnische Militärfrage nicht im Landtage, sondern durch die gesetzgeberischen Instanzen des russischen Reiches endgültig gelöst werden soll. Und darauf kommt der strikte Befehl, sofort noch im Laufe dieses Jahres für das russische Militärbudget 20 Millionen Mark aus den finnischen Staatsmitteln zu zahlen. Diese Kontribution wird für das Jahr 1908 und 1909 beigetrieben, aber für die Zukunft stellt das Manifest einen Regierungsvorschlag in Aussicht, wodurch diese Summe jährlich erhöht wird. Dem Landtage wird nur anheimgestellt, neue Einnahmequellen resp. neue Steuern ausfindig zu machen, um diese Geldforderungen zu decken.

Es ist für jeden hier klar, daß das finnische Volk und seine gewählten Vertreter weder auf diese Bestimmungen eingehen, noch auf die Grundrechte Finnlands freiwillig verzichten können. Selbst der unterwürfige snometarische Senat kann seine Hand zur Durchführung dieses zarischen Unas nicht leihen, und so ist schon die Risse der kommenden Handlanges Stolypin aufgefertigt. Es werden ausgebildete russische Admirale sein, welche Finnland mit dem zaristischen Regime beglücken sollen, zu denen sich noch ein finnischer Graf Berg aus der Periode Bobrinskoff gesellt. Zwei von diesen Staatsmännern aus der russischen Marine Wrenius und Sillmann sind nicht in Finnland geboren, obgleich nach finnischen Grundgesetzen nur finnische Staatsangehörige v. Bodnam auch fernerhin Staatsgouverneur bleibt, ist noch unbestimmt. Nur das steht fest, daß der zarische Unas zum offenen Konflikt mit der finnischen Volksvertretung führt und daß Finnland — vor allem sein kassenbedürftiges Proletariat — am Vorabend schwerer Kämpfe steht.

Gewerkchaftliches.

Vom Reichsvereinsgesetz.

Die Polizei in Barmen (Kreis Remscheid) scheint es auf öffentliche Gewerkschaftsversammlungen abgesehen zu haben. Nachdem sie vor einiger Zeit eine Schuhmacherversammlung auflöste, indem sie die Entfernung der Jugendlichen forderte, löste sie am letzten Sonntag eine Textilarbeiterversammlung auf, weil sich der Vorsitzende der Versammlung weigerte, der Polizei einen Platz anzuweisen, mit der berechtigten Begründung, daß eine Gewerkschaftsversammlung der polizeilichen Überwachung nicht unterliegt.

Dagegen kann man sich beschweren — aber die Polizei macht's immer wieder. Das ist die vielgerühmte Errungenschaft der liberalen Sozialpolitik.

Die Folgen der Schackaffäre.

Die „Handelswoche“, das Organ der deutschen Handelskammern, muß zu ihrem größten Leidwesen zugeben, daß alle Vertrauenskundgebungen für den ehemaligen Leiter des Verbandes nicht vermocht haben, einen Mitgliederrückgang zu verhindern. Im Monat September sind allein etwa 8000 Kündigungen eingelaufen, wodurch der Verein in diesem Monat 8 1/2 Proz. seiner gesamten Mitglieder verloren hat. Dabei sind die gewöhnlichsmöglichen Abgänge, die durch Streikaktionen erfolgen, nicht mitgerechnet. Die Gesamtzahl der Verluste des Verbandes wird nicht angegeben, auch von den Monaten Juli und August wird nur gesagt, daß die Zahl der Austritte nur unwesentlich größer sei als in den Vormonaten.

Berlin und Umgegend.

Die „Ausgelernten“.

Ein Ereignis im Leben des jungen Arbeiters, der sich einem Handwerk gewidmet hat, ist es, wenn er ausgelernt hat. Ausgelernt — das Wort bedeutet nichts anderes, als daß die vertraglich festgelegte Lehrzeit vorbei ist. Wer von den jungen Leuten sich einbildet, wirklich ausgelernt, sein Handwerk gründlich gelernt zu haben, irrt sich, und nur zu oft muß er einsehen, daß seine Lehre eigentlich gar keine Lehre war, sondern vielmehr eine besonders krasse und unerschämte Form der Ausbeutung seiner jungen Arbeitskraft. Mit der Unterweisung in einem Handwerk ist es weit schlechter bestellt als mit dem Unterricht in der Schule. Die Schule macht kein Geschäft mit der Arbeit des Schülers, seine Arbeitskraft wird nicht ausgebeutet. Mag das, was gelehrt wird, noch so mangelhaft sein, die Schule verfolgt doch keinen anderen Zweck als den, daß das Kind etwas lernt. Aber der Lehrmeister oder Unternehmer nimmt den Lehrling an, weil er ihn in seinem Geschäft braucht, als die billigste Arbeitskraft, die irgendwie zu haben ist. Der Zweck, den der Lehrling, den seine Eltern im Auge haben, daß er etwas Nützliches lerne, wird von dem Lehrherrn, dessen „väterlicher Zucht“ er ja auch noch unterworfen ist, nur zu oft gänzlich außer acht gelassen. Nur zu viele Lehrmeister verfügen auch gar nicht über die Arbeiten und Aufträge, an denen der Lehrling das lernen kann, was notwendig zum Handwerk gehört. Bestenfalls lernt er einen bestimmten Gegenstand, vielleicht im Tischlerhandwerk einen Stuhl, einigemmaßen ordentlich anfertigen, aber nicht, wie man die vielen anderen Erzeugnisse desselben Handwerks herstellt. Wohl dem, der dann, wenn er die Lehre verläßt, in eine Werkstätte kommt, wo er etwas lernen kann, wo seine älteren Kollegen ihm als treue Berater zur Seite stehen. In früheren Zeiten war es oftmals schwer, solche aufrichtigen Berater zu finden. Die Gesellen, die was Rechtes gelernt hatten, hüteten häufig ihre Kunst als eine Art Geheimnis und spotteten über den jungen Mann, der sich ungelehrt anstellte und nicht aus noch ein wußte, statt ihm zu zeigen, wie es machen sollte. Seitdem aber der Geist der Solidarität seinen Einzug in die Arbeiterwelt gehalten hat, ist es anders geworden. Der organisierte Arbeiter sieht in dem jungen Mann seinen Kollegen und weiß, daß es im Interesse der Kollegenschaft liegt, daß auch dieser richtig arbeiten lernt, damit er zu seinem Arbeitgeber sagen kann: „Nun verstehe ich mein Fach ordentlich, nun verlange ich aber auch einen ordentlichen Lohn!“ Aber um das zu erreichen, muß der junge Mann nicht nur ein tüchtiger Arbeitskollege, sondern auch ein treuer Verbandskollege werden. Denn alle Tüchtigkeit in der Arbeit reicht nicht aus, sich einen anständigen Lohn zu sichern, wenn nicht die im Verband fest zusammenhaltende Masse der Berufsgenossen dahinter steht.

Ihnen diesen Gedankengang klarzumachen, hatte die Verwaltung Berlin des Holzarbeiterverbandes die Tischler, Stellmacher und anderen Holzarbeiter, die am 1. Oktober ausgelernt hatten, zu einer zwanglosen Aussprache eingeladen. Der Arbeitslosenjaal des Verbandes im Gewerkschaftshaus war am Montagabend voll von den jungen Leuten, die nun nach dem Sprachgebrauch der Innung als „Gesellen“ in die Reihe ihrer Kollegen getreten sind. Der Altgenosse Klingner, der den einleitenden Vortrag hielt, hatte es leicht, die Versammelten von der Notwendigkeit und Nützlichkeit der Organisation zu überzeugen. Er brauchte eben nur Tatsachen anzuführen. Gehört doch der Deutsche Holzarbeiterverband zu unseren besten und leistungsfähigsten Organisationen. Hat dieser Verband doch im Jahre 1908 nicht weniger als 1 400 000 M. an seine Arbeitslosen, über 860 000 M. an seine kranken Mitglieder gezahlt, dazu hohe Summen für Sterbe- und für Notfallsunterstützung ausgegeben und im ganzen für diese Art Unterstützungswecke über 3 270 000 M. aufgewandt! Verfügt er doch über ein Vermögen von mehr als 3 Millionen Mark! Daß der Verband vor Kämpfen nicht zurückdreht und sie mit Erfolg zu führen versteht, beweist ja deutlich die große Ausperrung von 1907, für die allein in Groß-Berlin 2 300 000 M. ausgegeben wurden. Daneben sorgt der Verband auch für die Fachausbildung seiner Mitglieder und gibt zu diesem Zweck sogar neben dem eigentlichen Verbandsorgan eine eigene reich illustrierte und wohl redigierte Fachzeitschrift heraus. Außerdem steht den Mitgliedern für ihre allgemeine Bildung und zu anderer Unterhaltung eine reichhaltige Bibliothek unentgeltlich zur Verfügung. Daß der Verband auch unentgeltlich Rechtschutz gewährt, daß die Mitglieder im Bureau über alle Fragen des Arbeitsverhältnisses bereitwilligst zuverlässige Auskunft erhalten, ist ja wohl bekannt genug. Im eigenen Interesse der Ausgelernten liegt es auch, dem Verband sofort oder wenigstens innerhalb der ersten vier Wochen nach Beendigung ihrer Lehrzeit beizutreten, da sie dann bereits nach 26 Wochen Anspruch auf einen Teil der Unterstützungen des Verbandes haben.

Die Aussprache, die sich an das Referat knüpfte, war recht interessant und anregend. Die jungen Gesellen hatten mancherlei Anfragen zu stellen, auch Beschwerden vorzubringen, die sich meist auf das Lehrverhältnis und die Ge-

zellenprüfung bezogen. Unter anderem wurde gesagt, daß das Gesellenstück von einzelnen Meistern viel zu spät in Arbeit gegeben worden war, so daß es nicht mit der Sorgfalt ausgeführt werden konnte, die dazu nötig ist. Auch meinte man, daß es bei der Prüfung selbst wie bei Beurteilung der Leistungsfähigkeit nicht richtig zugebe. Daß für die Ausschreibung der Lehrlinge 10 M. bezahlt werden müssen, konnte man auch nicht als recht und billig ansehen. Der Referent sowie die übrigen anwesenden Verbandsmitglieder machten darauf aufmerksam, daß der Gesellenauschuss von der Innung eben nur zur Beratung herangezogen, nur „gehört“ wird, also keinen entscheidenden Einfluss auf die Lehrlingsverhältnisse hat und eben nur im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften auf die Innung und das Lehrlingswesen einwirken kann. Es wurde noch manches gute und beherzigenswerte Wort gesprochen. Von den jungen Männern zeigten einige, namentlich solche, die schon seit Jahren der Jugendorganisation angehört hatten, eine beachtenswerte Gewandtheit im Reden. Die ganze Veranstaltung war offenbar von großem Wert, nicht nur für die jungen Arbeitsbrüder selbst, sondern auch für den Verband, dem sie sich anschlossen, und für die allgemeine Solidarität, die die Arbeiterschaft umfaßt.

Manch älterer Arbeiter, der an seine jungen Jahre zurückdenkt, wünschte nur, auch von Anfang an so gute Begleitung gehabt zu haben, wie sie hier den jungen Holzarbeitern zuteil wurde.

Deutsches Reich.

Gegen den Zwangsarbeitsnachweis des Zechenverbandes.

In der von den vier Bergarbeiterverbänden in Sachen des Zentralarbeitsnachweises eingereichten Eingabe an den Zechenverband wird gegen die Errichtung des Arbeitsnachweises protestiert, weil er den Bergarbeitern das Recht der Freizügigkeit und ihre Bestimmung über ihre Arbeitskraft nehmen würde. Im Interesse des Friedens solle der Zechenverband von der Errichtung des Arbeitsnachweises Abstand nehmen und an seine Stelle einen mit den Bergarbeiterverbänden zu gründenden paritätischen Arbeitsnachweis setzen.

In der Eingabe an den Minister für Handel und Gewerbe wird der Zwangsarbeitsnachweis als schädlicher wirkend bezeichnet als das System der schwarzen Listen. Es wird dann auf die Eingabe an den Zechenverband hingewiesen und der darin geäußerte Wunsch der Arbeiter scharf hervorgehoben, daß, wenn dem Wunsche der Arbeiter nicht entsprochen würde, ernste Konflikte unvermeidlich seien, die die schlimmsten Folgen für unsere Volkswirtschaft haben könnten. Im Interesse des wirtschaftlichen Friedens wird um eine Vermittelung des Ministers zugunsten der Arbeiter gebeten. Gleichzeitig wird gebeten, die Bestrebungen auf Errichtung paritätischer Arbeitsnachweise auch gesetzgeberisch unterstützen zu wollen und die Einführung von Tarifverträgen im Bergbau möglichst zu fördern, da eine der Hauptursachen des vielfachen Belegschaftswechsels, dessen Einschränkung angeblich die Einführung des Arbeitsnachweises bezwecken solle, die Einführung von Tarifverträgen fast völlig befeitigt würde.

Beide Eingaben sind dem Zechenverband und dem Minister am Dienstag zugegangen.

Beginn der zentralen Verhandlungen im deutschen Berggewerbe.

Der Vorstand des „Deutschen Arbeitgeberbundes für das Berggewerbe“ teilt im „Zentralblatt für das deutsche Berggewerbe“ seinen Mitgliedern mit, daß die Konferenz der Bundesvorsitzenden als Verhandlungstag mit den Vorständen der Zentralverbände der Arbeitnehmer auf den 11. und eventuell auch den 12. November festgesetzt worden ist. Ein früherer Termin konnte nicht angeht werden, da sich die Zentralverbände erst für die erste Hälfte des November verhandlungsbereit erklärten.

Nach dem bestehenden Vertrage findet eine Kündigung des Vertrages nicht statt und vier Monate vor seinem Ablauf haben die Verhandlungen über Fortsetzung oder Erneuerung zu beginnen. In den ersten zentralen Verhandlungen wird voraussichtlich nur über die Abänderungen des Vertragsmusters beraten werden, während den späteren örtlichen Verhandlungen die Beratung über Löhne und Arbeitszeit wohl vorbehalten bleiben wird.

Kellner für festen Lohn.

Wir haben noch kürzlich betont, daß die Kellner, wenn sie ernstlich auf Beseitigung des Trinkgeldes hinarbeiten und die Forderung auf Zahlung fester Löhne aufstellen, sicherlich die Sympathien des Publikums aus ihrer Seite haben würden. Einer Nachricht aus Hamburg zufolge ist dort zurzeit eine solche Bewegung im Gange. Unter der Leitung des Verbandes deutscher Gastwirtschaftlichen haben fünf Gehilfenvereinigungen gemeinschaftlich den Wirtvereinigen einen Lohn-tarif unterbreitet, der die Gehälter der Kellner auf 120 M. per Monat für solche unter 20 Jahren, auf 180 M. für die über 20 Jahren festsetzt. In Geschäften, wo vorwiegend Nacharbeit geleistet wird, wie in Cafés, soll ein monatlicher Zuschlag von 30 M., an Kellner mit Sprachkenntnissen ein Extrazuschlag von 20 M. geleistet werden. Die Gehälter für Oberkellner, Direktoren usw. unterliegen besonderen Vereinbarungen, jedoch sollten sie nicht unter 260 M. betragen.

Auch für die Hilfsarbeiten sowie für das Hilfspersonal sind bestimmte Löhne vorgesehen. Alle Löhne sind als Minimal-löhne zu betrachten. Die Arbeitszeit wird für alle Kategorien auf 12 Stunden festgesetzt.

Dieser unseres Wissens erste Versuch im Gastwirts-gewerbe, einen festen tarifmäßigen Lohn für ein größeres Gebiet zur Einführung zu bringen, ist von hoher Bedeutung als ein Symptom dafür, daß man auch in Kellnerkreisen beginnt, das Trinkgeld-unwesen als unwürdig und schädlich anzusehen und zu bekämpfen. Ob die Bewegung schon einen Erfolg haben wird, ist freilich sehr zweifelhaft. Die Gastwirte rechnen darauf, daß die in viele Vereine gespaakene Gehilfenschaft (die große Mehrzahl ist überhaupt nicht organisiert) einen ernstlichen Kampf nicht wagen wird. Vor allem tut der Zusammenschluß aller Gehilfenorganisationen not; erst wenn ein größerer Teil der gastwirtschaftlichen Arbeiter einheitlich in einem gewerkschaftlichen Verbandsorganisiert ist, kann auch hier ein Erfolg erzielt werden.

Der Bergarbeiterstreik in Mansfeld.

Prediger, Gendarmen und Ärzte stellen sich in den Dienst der Mansfelder Gewerkschaft und suchen die Streikenden zu beschulen, einzuschüchtern und sie zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen. Es wäre ja auch undankbar, wenn diese „Stützen der Gesellschaft“ sich passiv verhielten. In Hettstedt finden zurzeit sogenannte Missionen statt, die zwar nicht von den Streikenden, jedoch von den Frauen besucht werden und in denen der „Diener Gottes“ die Frauen eindringlich ermahnt, sie sollten ihre Männer doch veranlassen, die Arbeit wieder aufzunehmen und sie zwingen, aus dem Wodamer Verband auszutreten. Dieser Verband bringe nur Unheil, entzweie die Arbeiter mit ihren Arbeitgebern, raube ihnen das Heiligste und füge nur Familien-schmerz zu. Ehe die Bergarbeiterschaft etwas von diesem Verbands-gewalt habe und ehe der „fremde Mann“ — Sacke — ins Land gekommen sei, habe die Mansfelder Bergarbeiterschaft ein-

zufriedenes, wenn auch bescheidenes Leben geführt und es sei besser, zu diesem bescheidenen Leben zurückzukehren, als sich den trügerischen Versprechungen der „Heber“ und „Aufwieglern“ jenes Verbandes hinzugeben. Gottes weiser Ratsschlag habe es so eingerichtet, daß es Reiche und Arme geben müßte und wer sich gegen die Reichen auflehne, verführe sich an Gottes Gebote.

Daß diese Herren nicht in die Streikversammlungen gehen, um dort Aug in Aug den „Aufwieglern“ und damit gleichzeitig auch den Streikenden zu beweisen, wo und wann Gott eine „Ordnung“, wie sie in Mansfeld besteht, eingesetzt hat, ist bei dem bekannten „Mut“ dieser Verkünder „göttlicher Wahrheiten“ nicht zu erwarten, um so dreister sind sie jedoch dort, wo sie keine Gegenrede zu befürchten haben. Sie haben zwar noch nicht erreicht, daß durch ihre „Predigten“ auch nur einer der Streikenden sich „belehrt“ hätte, wohl aber, daß in mehreren Familien zwischen Mann und Frau Streitigkeiten ausgebrochen sind und die Männer ihren Frauen den Besuch solcher „Missionen“ untersagt haben. Mehrere Männer erklärten schon, daß sie aus Anlaß dieser „Predigten“ ihren Austritt aus der Landeskirche erklären wollten, denn einer Kirche, die nur für die Unter-nnehmer einträte, wollten sie ferner nicht mehr angehören. Die Mansfelder Vogel-fänger können auch die Missionen nicht mehr retten, das Volk ist voll, und so können sie nur die alte Tatsache aufs neue bestätigen, daß jede Unternehmertat den Segen der Pfaffen erhält.

In Helbra und der näheren Umgebung, wo es einige latho-lische Vergleute gibt, laufen die Kaplane von Haus zu Haus und warnen die Vergleute, sich dem Verband und dem Streik anzuschließen. Von denjenigen, die ihren Beitritt bereits erklärt haben, fordern sie, daß dieselben sofort austreten müßten, andernfalls sie aus der Kirche ausgestoßen würden! Den Frauen wird mit der Vorenthaltung aller kirch-lichen „Gnadenmittel“ gedroht. Da diese Leute kein Verständnis haben für Kulturforderungen und allgemeine Menschenrechte, sind mehrere, den Anweisungen des Kaplans folgend, wieder in den Schacht gekrochen.

Während sich die Polizei und auch die Gendarmerie in und um Hettstedt bisher korrekt benommen und keinen Anlaß zu Klagen gegeben hat, treten einige Gendarmen von Helbra mit außerordentlichem „Schneid“ auf. Schon am ersten Morgen wurde denjenigen Streikposten, die mittels Fahrrad auf Posten zogen, verboten, Lampen an den Fahrrädern zu führen, weil diese den Straßen-Gesichtshütern zu grell — ins Gesicht leuchteten. Wären sie ohne Laternen gefahren, hätten sie sicherlich ein Strafmandat erhalten; aber so war es auch nicht „recht“. Die Wachtmeister Huhn und Nagel machen den Streikenden Vorhaltungen und fordern sie auf, zur Arbeit zu gehen. Wenn ihre Bemühungen auch ohne Erfolg geblieben sind, so zeigen sie wiederum, wie die „unparteiischen und objektiven“ Behörden sich in den Dienst des Kapitals stellen.

Findet man die Bemühungen dieser treuen Bundesgenossen des Kapitalismus noch erklärlich, weil sie auch anderswo ihre „geschätzte“ Kraft dem Unternehmertum widmen, so ist doch das Benehmen einiger Knappschaftsärzte, das wir noch mit einzelnen charakteristischen Fällen beleuchten werden, ganz unverständlich.

Die Beteiligung am Streik nimmt ständig zu und haben sich am Dienstag auf den Streikbureau 6903 Streikende gemeldet, während die Werkverwaltung die Zahl nur auf 4000 angibt. Am zahlreichsten ist der „reichstreuere“ Hohenhalschacht in Helbra mit 1425 Mann beteiligt. Die Streikleitung hat am Dienstag noch-mals eine Kommission an die Generaldirektion nach Esleben ent-sandt, um anzufragen, ob die Direktion zu verhandeln gedente und auf welcher Grundlage. Die Streikleitung wird, je nach dem Ausfall der Antwort, ihre weiteren Maßnahmen treffen.

Der Streik bei der Firma R. u. A. Pfeiffer, Schußfabrik in Barmen ist aufgehoben worden. Die Streikenden sind zum größten Teil anderweitig in Arbeit getreten. Der Kampf wird jetzt in der Form weitergeführt, daß die Sperte über die betreffende Firma verhängt worden ist.

Kämpfe in der Brauindustrie.

In der Schloßbrauerei Markredewitz legte das gesamte Personal die Arbeit nieder, als die Besitzer jede Unterhandlung mit dem Brauereiarbeiterverband über die eingereichten Forderungen ab-lehnten. Vor drei Jahren war es der Firma gelungen, die Ar-beitererschaft durch Unterschrift von der Organisation zu trennen. Diesmal scheiterte ein ähnlicher Versuch. Ein Besitzer erklärte, daß die Brauerei lieber zugrunde gehen wolle, als den Forderungen der Arbeiter nachzugeben. — Die Wier-niederlage und Wasserfabrik Keres in Dieblich gehörte früher der Kischburger Aktienbrauerei. Diese hatte mit dem Brauereiarbeiterverband ein Tarifverhältnis. Der neue Besitzer kündigte den Vertrauensmann des Verbandes und einen 5 Jahre dort be-schäftigten Arbeiter, reduzierte die Löhne und forderte von den Bierfahrern Austritt aus dem Verbands. Das rücksichtslose und unerbittliche Vorgehen wurde von den Arbeitern mit Arbeits-niederlegung beantwortet. — In der Bawaria-Brauerei in Kaitowitz hatten die Arbeiter wegen Wahrgelung und un-würdiger Behandlung die Arbeit eingestellt. Der einjährige Streik zeitigte den Erfolg, daß der gemäßigtere Arbeiter wieder ein-gestellt und der Braumeister zur anständigen Behandlung verpflichtet wurde.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Vom Nürnberger Streik.

Am Mitternacht verbreitete Wolffs Telegraphen-Bureau folgende Meldung:

Nürnberg, 20. Oktober. Der Streik in der Wolffschen Zelluloidwarenfabrik, der zirka drei Monate dauerte und im dessen Verlauf es häufig zu heftigen Zusammenstößen zwischen Streikenden und Arbeitswilligen kam, wurde heute nach zwei-tägigen Verhandlungen beigelegt.

Italiens Schande.

Rom, 20. Oktober. (B. Z. B.) Der Kaiser von Rußland wird der „Tribuna“ zufolge von Alexandrono über Posen, Frankfurt am Main, Lyon und Modane fahren. Da er in Kognitz reist, wird ihm weder von deutschen noch französischen Behörden ein Empfang bereitet werden. Der Kaiser kommt am 23. Oktober in Vardonechia an, wo ihn der russische Volschaster in Rom, Fürst Dolgorud, und die zum Ehrendienst kommandierten Offiziere erwarten. Von Vardonechia soll der kaiserliche Jag direkt nach Racconigi weitergehen, wo er am Nachmittag eintrifft. Auf dem Bahnhof werden der Kaiser, der Ministerpräsident Giolitti und der Minister des Innern Tittoni den Kaiser empfangen. Am 24. Oktober findet Jagd statt mit nachfolgendem Empfang im Schloß. An demselben Tage ist Galabina, an welchem außer den Mitgliedern der könig-lichen Familie die Spitzen der Behörden teilnehmen. Am 25. wird wiederum Jagd abgehalten oder ein Ausflug im Automobil in die Umgegend gemacht. Die Abreise des Kaisers ist auf den Abend des 25. Oktobers festgesetzt.

Wegmannsdialal.

London, 20. Oktober. (B. Z. B.) In einer Kohlen-grube in der Nähe von Cumnot (Wyrshire) fand eine Ex-plosion statt. Vier Leichen wurden bereits geborgen. Viele Personen sind verletzt.

Die Freiheit der Wissenschaft.

Aus Universitätskreisen wird uns geschrieben:

Dem Hochschullehrertage sind im „Vorwärts“ in den letzten Tagen lange Spalten gewidmet worden. Erlauben Sie mir die legerische Ansicht, daß das „große Ereignis“ diese Aufmerksamkeit von Seiten der Parteipresse gar nicht verdient.

Sehen wir voraus, daß der Hochschullehrertag sich zu den radikalsten Forderungen aufschwingt und ihnen in stammenden Resolutionen bereiten Ausdruck verleiht. „Was wäre damit gewonnen?“ — wie Mehring mit Recht in der heutigen Nummer der „Neuen Zeit“ fragt. Es könnte was gewonnen werden, wenn wirklich jemand hinter diesen Resolutionen stünde. Das ist aber nicht der Fall. In Hochschulkreisen interessiert sich in der Tat kein Mensch dafür, was ein paar Professoren und Dozenten in Leipzig zusammensprechen und beschließen werden. Und umso weniger würde in Hochschulkreisen jemand, der anderer Meinung wäre als die „radikalen“ Herren in Leipzig, durch die Beschlüsse dieser Art aus korporativem Geiste heraus sich in der Richtung der Resolutionen für gebunden halten. Wer sich in Hochschulkreisen bewegt, weiß, daß ich recht habe.

Und sieht niemand hinter diesen Resolutionen, so kommt ihnen auch nicht jene Bedeutung zu, die man ihnen in der Parteipresse zuschreiben will.

Wer sind denn die Fakultäten, die den Resolutionen gemäß über die „Lehrbefähigung“ des wissenschaftlichen Nachwuchses entscheiden sollen?

Die Männer, die in den Fakultäten sitzen, sind trotz ihrer wissenschaftlichen Befähigung Menschen einer bestimmten gesellschaftlichen Klasse, die nur ihrem Klasseninstinkt entsprechend handeln können. Man braucht dazu nicht Professor irgendeiner Sozialwissenschaft oder einer juristischen Disziplin zu sein — das gilt in gleicher Weise für die Lehrer der Medizin und Naturwissenschaften.

Wer kommt heute in die Fakultät! Doch nur derjenige — wissenschaftliche Befähigung vorausgesetzt, denn die deutsche Wissenschaft leistet Gewaltiges — wer der bürgerlichen Klasse angehört, wer Geld besitzt, um sich so lange über Wasser zu halten, bis er eine ordentliche Professur erlangt. Denn das ganze deutsche Universitätswesen ist auf dem Prinzip aufgebaut, daß ausschließlich der sehr gut Bemittelte eine wissenschaftliche Laufbahn an der Universität einschlagen kann. Die Assistentengehälter sind dementsprechend eingerichtet — ganz abgesehen davon, daß schon das Studium bloß dem Bemittelten zugänglich ist.

So sind die deutschen Professoren ganz Kinder der deutschen Bourgeoisie — mit all' der Beschränktheit der Gesinnung, die dem deutschen Bourgeois zukommt.

Dementsprechend ist der wissenschaftliche Nachwuchs aller Fakultäten in Deutschland. Der Chef einer Klinik oder eines Instituts sucht sich den entsprechenden Assistenten, der in die herrschenden Verhältnisse seinem ganzen Wesen nach hineinpakt, er sucht sich Assistenten, mit denen er gesellschaftlich verkehren kann. Und das sind natürlich nur gute Bourgeois.

Wehe demjenigen Universitätsassistenten, der seine Abneigung gegen das persönliche und gesellschaftliche Getriebe in Universitätskreisen nicht unterdrücken wollte! Er bringt es dann auch nicht einmal zum Privatdozenten. Daher erklärt es sich, daß es nur einen Fall Kronen gibt und nicht ihrer viele. Als ob es nicht eine Reihe tüchtige sozialdemokratische Ärzte gäbe, die es mit manchem bürgerlichen Privatdozenten aufnehmen wollten, wenn sie die Möglichkeit hätten, wissenschaftlich zu arbeiten! Es ist aber nicht leicht, dauernd

*) Der Verfasser irrt, wenn er dem „Vorwärts“ Ueberföhung des Hochschullehrertages und der dort gemachten Anschuldigungen zutraut. Wir nahmen von der Veranstaltung ausdrücklich Notiz, um nachzuweisen, wie wenig selbst die relativ fortgeschrittensten Universitätskreise für eine wirkliche Freiheit der Wissenschaft zu haben sind.

Die Redaktion.

Kleines feuilleton.

Das Urbild zu Iffens „Vollkorn“. Ueber das Modell, nach dem Iffens seinen Doktor Stodmann gestaltet hat, waren bisher verschiedene Annahmen verbreitet. Man hat geglaubt, aus einer Neuerung des Dichters schließen zu dürfen, daß Björnön und Jonas die wesentlichen Züge zu dem Bilde des freitbaren Vadeartes geliefert hätten. Die Herausgeber des eben erschienenen Iffenschen Nachlasses behandeln und lösen nun das Problem endgültig, indem sie auf den Konflikt verweisen, den der Apotheker Harald Thaulow, der Vater des Ralers Friß Thaulow, wegen der „Dampfküche“ zu Kristiania, einer öffentlichen Speiseanstalt, die dem Volke billige Nahrung liefern sollte, zu bestehen hatte. Thaulow war ein Original und bekannt für die rücksichtslose Amschönheit, mit der er gegen öffentliche Mißstände aufzutreten pflegte. So zog er unter anderem auch jahrelang gegen die Verwaltung der Aktiengesellschaft „Dampfküche“ in den erbittertesten Angriffen zu Felde, vor allem in Flugchriften, deren eine den bezeichnenden Titel führte: „Die Stützen der Gesellschaft in Prosa“. Am stärksten führt er in der Generalversammlung vom 23. Februar 1881, zwei Wochen vor seinem Tode, gegen die Verwaltung los. Er hielt eine nahezu einstündige, damals berühmte Rede, die dem Volke billige Nahrung liefern sollte, daß kein Etablissement Kristianas größeren Humbug treibe als die „Dampfküche“. Als vom Vorsitzenden verlangt wurde, er solle Thaulow das Wort entziehen, kam es zu einer stürmischen Szene, die die Kristianiaer „Astenposten“ im Wortlaut wiedergab und die ganz unverkennbar die direkte Vorlage zu der großen Volksversammlung im vierten Akte des „Vollkorns“ abgegeben hat. Charakteristisch für den alten Thaulow ist auch der Umstand, daß er in seinem Testament den Wunsch ausdrückte, wie ein alter Wlänger auf einem Scheiterhaufen verbrannt zu werden; falls dies nicht anginge, sollte wenigstens die Asche seines Organs in einer Urne aufbewahrt werden, die als Inschrift Goethes Worte tragen sollte:

Dieser ist ein Mensch gewesen, Und das heißt ein Kämpfer sein.

Abhärtung und Winterkleidung. Abhärtungsfanatiker gefallen sich darin, im Winter leichte Kleidung zu tragen, hingegen warnhaltende für unzerbrechlichen Luxus zu erklären. Es gibt Leute unter ihnen, die ohne Beschwerde sogar zwischen Eisbollen herum schwimmen können. Aber wie schäbgar ein gewisser Grad von Abhärtung gegen Kälte sein mag, so gereicht doch das Hebertreiben des heroischen Kampfes dem Körper allmählich zum Nachteil. Ueberhaupt ist die Fähigkeit, sich abzuhalten, bei den einzelnen Individuen so sehr verschieden, daß von einer bestimmten Norm gar keine Rede sein kann. Erfahrung und wissenschaftliche Untersuchungen haben erwiesen, daß der Körper

in Verhältnissen zu leben, wo man es in tausend Dingen nicht wagen darf, so zu sein, wie man ist. Und das fällt gerade dann ins Gewicht, wenn das Verhältnis zur Umgebung ein so persönliches sein muß, wie im wissenschaftlichen Betriebe.

Es erhebt sich der wissenschaftliche Nachwuchs an den deutschen Universitäten nicht über das Niveau der freisinnigen Helden.

Die radikal-freisinnige Phrase, die die Dozenten auf dem Hochschullehrertag im Munde haben, ist ebenso zu bewerten wie die „Unentwegtheit“ der Herren von den freisinnigen Parteien Deutschlands. Sie ist nötig zur Deklaration, sie steht dem gebildeten Menschen, der sie in seiner Beschränktheit wirklich und ehrlich braucht, wie das tägliche Brot. Er braucht sie aber als radikale Phrase, der nie die Tat zu folgen hat! Hinter den Resolutionen so eines Hochschullehrertages stehen auch nicht diejenigen Dozenten, die diese Resolutionen annehmen!

Aus all diesen Gründen ist es eifriger Wahn, zu glauben, es könnte jemals in Deutschland die Zeit kommen, wo die Verhältnisse auf den Universitäten anders würden. Nein, je mehr der Gegensatz zwischen Bürgertum und Arbeiterklasse sich vertieft wird, je mehr dieser Gegensatz organisierte Formen annehmen wird, desto sozialistenfeindlicher werden die deutschen Universitäten werden!

Geben wir uns doch keinen Täuschungen hin, die bei einer gewissen Gruppe von Genossen so beliebt sind. Die Universitäten sind die Brutstätten für die gebildeten Bourgeois und das Bürgertum mühte, von seinem Standpunkt aus, auch wirklich töricht sein, wenn es Sozialdemokraten die akademische Laufbahn eröffnen wollte.

Der sozialistische Gelehrte, soweit es sich um Disziplinen handelt wie Rechtswissenschaft, Geschichte oder Rationalökonomie, würde auch kaum seine Freude an Dozieren auf einer deutschen Universität haben! „Schule“ könnte er hier nicht machen, einen ihm genehmen wissenschaftlichen Nachwuchs hätte er nicht zu erwarten. Und er wird darum wohl ohne innere Kämpfe sich der wissenschaftlichen Tätigkeit außerhalb der Universität zuwenden. Schwierig aber und mit schweren inneren Kämpfen verknüpft ist die Situation des Naturwissenschaftlers, der die Arbeitsmittel braucht, die heute nur die Universitätslaboratorien geben können. Die professoralen Kämpfe für „freie“ Wissenschaft gehen in diesen Fällen erbarmungslos über denjenigen Idealisten hinweg, der sich der Illusion hingibt, man könne Sozialdemokrat und Dozent zugleich sein.

Und wenn ein Paragraph eines Universitätsstatuts für Deutschlands Universitäten lautete: „Sozialdemokraten dürfen grundsätzlich Universitätslehrer sein“ — es gäbe an den deutschen Universitäten trotzdem keine sozialdemokratischen Assistenten und Dozenten, und seien es auch nur für solche unpolitische Disziplinen wie Physik, Chemie oder Biologie. Es sei denn, man behielte seine Meinung für sich... Zu den Freuden des Lebens gehört das wirklich nicht!

Aus der Partei.

Parteitag für Hessen-Kassau.

Die zweite hessen-nassauische Provinzialkonferenz trat am Sonnabend im Frankfurter Gewerkschaftshaus zusammen. Es waren 117 stimmberechtigte Vertreter, darunter die Reichstagsabgeordneten Lehmann, Brühne und Hoch, anwesend. Pfannkuch-Berlin betrat den Parteivorstand und Abgeordneter Dr. B. Offenbach die sozialdemokratische Partei Hessens. — Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, begrüßte Heiden-Frankfurt a. M. eine Protestresolution gegen die spanische Pfaffenherrschaft und gegen den an Ferrer verübten Justizmord. Der Parteitag stimmte der Resolution, deren Wortlaut wir telegraphisch meldeten, einstimmig zu. Dann machte Sekretär Rudolph-Frankfurt a. M. geschäftliche Mitteilungen, in denen er ein kurzes Bild der Entwicklung der Organisation in der Provinz gab: Im Jahre 1905, als die Provinzorganisation gegründet wurde, betrug die

Zahl der organisierten Genossen 8500, 1907 waren es schon 16500, und Ende Juni dieses Jahres konnten rund 20000 organisierte Genossen in Hessen-Kassau gezählt werden. Dabei sind mit Beginn dieses Jahres zwei Wahlkreise, Kassel und Kassel und Lohr, die ungefähr 700 Mitglieder haben, aus dem Agitationsbezirk Frankfurt ausgegliedert und zum Bezirk Nordhahnen übergetreten. Die Provinz hat also trotz der Krisis ganz hübsche Fortschritte gemacht.

Ueber die Beschlüsse des Leipziger Parteitages referierte Thöne-Kassel. Er verbreitete sich eingehend über die Wichtigkeit der Jugendorganisation und hob die Aufgaben der Jugendkommissionen besonders hervor. Den Schnapsboykott begrüßt der Redner; die Parteileitungen mühten sich die Durchführung dieses Boykotts energisch Sorge tragen, denn von der Durchführung des Beschlusses hänge das Ansehen und der Einfluß der Partei ab. Ueber der Boykott keine Wirkung aus, so würden die Gegner später unsere Beschlüsse nur verachten, erreichten wir aber unseren Zweck, so würden die Gegner das als eine Schlappe empfinden müssen. Der Redner begründete und empfahl folgende Resolution:

„Die 2. hessen-nassauische Provinzialkonferenz verpflichtet die Parteileitungen der Agitationsbezirke Kassel und Frankfurt a. M., für die strikte Durchführung der Beschlüsse des Leipziger Parteitages Sorge zu tragen. Vor allem aber sind den Jugendkommissionen diejenigen Mittel bereit zu stellen, die für eine planmäßige Erziehung der Arbeiterjugend erforderlich sind. Auch der in Leipzig gefasste Beschluß des Branntweinboykotts ist allerorts und bei jeder sich bietenden Gelegenheit eifrig zu propagieren.“

Die Debatte drehte sich fast nur um den zu schaffenden Bezirksfonds zur Unterstützung Kassauesperrter. Dittmann-Dannau begründete einen Antrag, in dem es heißt: „Um dem zu schaffenden Bezirksfonds zur Unterstützung Kassauesperrter Mittel zuzuführen, wird von den Mitgliedern der Partei wie der Gewerkschaften ein Extrabeitrag von 5 Pfennig pro Mitglied und Quartal erhoben...“ Die weiteren Redner waren mit dem Grundgedanken des Antrages einverstanden. Da aber eine Parteikonferenz nicht beschließen kann, daß auch die Gewerkschaftsmitglieder Extrabeiträge bezahlen sollen, wurden Änderungsanträge eingebracht. Schließlich ward der Antrag in folgender Fassung einstimmig angenommen:

„Die Provinzialkonferenz empfiehlt, dem Bezirksfonds zur Unterstützung Kassauesperrter Mittel so zuzuführen, daß von den Mitgliedern der Partei wie der Gewerkschaften ein Extrabeitrag von mindestens 5 Pfennig pro Mitglied und Quartal erhoben wird. Um eine Doppelbesteuerung zu vermeiden, sind Mitglieder der Partei, welche sich in den Gewerkschaften dahin legitimieren, daß sie diesen Extrabeitrag bereits in der Parteioorganisation entrichtet haben, in der Gewerkschaft von einer nochmaligen Zahlung des Beitrages befreit.“

Die Konferenz beauftragt die beiden Agitationskomitees — nach Verständigung mit den angrenzenden Agitationskomitees —, mit den Gewerkschaftsstellern sofort in Verbindung zu treten, um dann in gemeinsamer Beratung der Vorstände der Gewerkschaftsstellern und der Vertreter der Wahlkreise eine Verständigung über die Beiträge an den Bezirksfonds sowie die Abgrenzung der Bezirke herbeizuführen.“

Hüttmann-Frankfurt a. M. sprach dann zu dem Punkte „Neue Organisationsfragen und unsere Organisation.“ Der Referent untersuchte die wirtschaftliche und soziale Gliederung der Bevölkerung Hessen-Kassaus und die Ausbreitung der Parteioorganisation; im Agitationsbezirk Kassel, wo die Landwirtschaft dominiert, haben wir nur in 50 Orten Parteioorganisationen, in Betracht kommen aber 1700 Orte! Im Regierungsbezirk Wiesbaden, wo die Industrie mehr Eingang gefunden hat, ist das Verhältnis besser. Hier kommen auf 1000 Orte 151, in denen die Partei Fuß gefaßt hat. Diese Feststellungen zeigen, daß noch ein ungeheures Feld brach liegt und gewaltige Arbeit geleistet werden muß. Für die Landbevölkerung hat die Partei nach Ansicht des Redners bisher nicht genug getan. Auch für die Erziehung der Parteigenossen müsse mehr getan werden.

Nach Erledigung einiger agitatorischer und organisatorischer Angelegenheiten wurde der Parteitag geschlossen.

Der Grätk-Rakender für das Jahr 1910 (Redaktion: Rob. Seidel), Zürich, XVIII. Jahrgang, 100 Seiten 4^o mit über 30 Illustrationen. Beilage: ein Wandkalender. Ladenpreis 60 Cts., bei Partienbezug billiger. Zu haben in allen Buchhandlungen, Kalenderdepots, Papeterien, sämtlichen Grätk- und Arbeitervereinen, sowie direkt beim Verleger: Grätk-Buchhandlung in Zürich.

bei leichter Kleidung im Winter zu einer größeren Wärmeproduktion veranlaßt, hierdurch fortgesetzt auf das äußerste angestrengt und dementsprechend schneller abgenutzt wird. Natürlich zwingt die größere Wärmeproduktion zu einer reichlicheren Ernährung. Leichte Kleidung hat also im Winter noch den ökonomischen Nachteil, die Lebensweise zu verteuern. Eine warme Winterkleidung kann der Mensch ebensowenig wie das Tier entbehren. Die Vögel sind geschützt durch den unter und zwischen den Federn stehenden Flaum, und die meisten Säugtiere durch einen Pelz, der im Winter dichtere Behaarung als im Sommer annimmt. Flaum und Pelz sind schlechte Wärmeleiter — sie verhindern, daß die vom Körper ausstrahlende Wärme allzu schnell an die äußere kalte Luft abgegeben wird.

Ganz denselben Zweck sollen die Winterkleider erfüllen — sie werden am besten aus Materialien gefertigt, die als Wärmeleiter schlechtester Art bekannt sind. Dahin gehört Schafwolle, und diese wird denn auch am meisten für unsere Winterkleidung benutzt. Das Wolle aus dem schlechtesten Wärmelieferanten gehört, hat schon um die Wende des 18. Jahrhunderts der Pfäffler Rumpf sehr sinnreich festgestellt. Er hing ein Quecksilberthermometer in der Höhe eines unten als Kugel endigenden Glaszylinders so auf, daß der Mittelpunkt der Thermometerkugel in der Mitte der Glasfüllung lag. Den Zwischenraum zwischen beiden Kugeln füllte er mit Schafwolle an. Alsdann steckte er den ganzen Apparat in lockendes Wasser und hierauf in eine Kältemischung von gestohlenen Eis und Salz. Und nun beobachtete er die Zeitdauer, deren die Wolle bedurfte, um sich um hundert Grad Celsius abzukühlen. Es ergab sich, daß diese Abkühlung in 118 Sekunden erfolgte. In ganz derselben Weise prüfte er eine Reihe anderer Materialien. Hierbei stellte sich heraus, daß zur Abkühlung um hundert Grad Celsius Hakenhaar 1312, Fiderdunen 1305, Wiberfell 1296, rohe Seide 1294, Taffet 1109, Baumwolle 1046, feiner Flaum 1032 und gedrehte Seide 917 Sekunden benötigten. Der erhebliche Unterschied zwischen roher und gedrehter Seide läßt erkennen, daß die Verarbeitung des Materials auf die Wärmeleitung von bedeutendem Einfluß ist. Auch die Qualität des Materials spielt eine Rolle. Das Haar der Schafwolle ist auf der Oberfläche mit Schuppen besetzt und bildet im natürlichen Zustande eine Menge wellenförmiger Bögen: je dichter und regelmäßiger die Schuppen stehen und je feiner, dichter und regelmäßiger die wellenförmigen Bögen erscheinen, um so besser ist die Wolle und um so wärmer hält sie. Vielgekräufelte, dicht beschuppte, leicht sich verfilzende Wolle wird zu Streichwaren und dann zu unhartigen Geweben, hingegen Wolle aus längerem, weniger gekräufeltem Haar zu Kammgarn und dann zu glatten Geweben verarbeitet. Und so wärmt Tuch mehr als Kammgarngewebe.

Theater.

Hebbel-Theater: „Ein Skandal“, Schauspiel von Henry Watville. Der Abend war eine angenehme Ueberraschung. Nicht nur, daß vorzüglich gespielt wurde, auch das Werk selbst ermöglichte ein Mitgehen. Das Drama, in dem der ver-

standesmäßige Kaskal auf die Theaterwirkung die Direktive gegeben haben mag, unterscheidet sich vom hergebrachten Typus jedenfalls durch weitgehende Vereinfachung der Mittel. Der ganze komplizierte Apparat mächtig konstruierter Voraussetzungen, mit denen die französischen Autoren sich den Weg zu ihrer „großen Szene“ zu bahnen pflegen, fehlt hier. Bietet die Psychologie keine intimere Vertiefung, keinen Ausblick auf neuartige Probleme, so hat sie doch Halt und deutlichen Zusammenhang. Sie wird, so wichtig dem Verfasser die Effekte sind, doch nicht zugunsten der Effekte verdrängt und umgefälscht.

Es handelt sich um die Ehebruchsgeschichte einer romantisch schwärmenden Fabrikantenfrau aus der Provinz, die in blinder Verliebtheit einem erzkatholischen Gauer in die Arme läuft. Ida Roland brachte die glühende Ekstase, ebenso wie den jähen Umschlag zu Scham und Verzweiflung, als der Vergitterte die schöne Nahe lästert, in der Liebeszene des ersten Aktes mit suggestiver Kraft heraus. Auch in dem zweiten Aufzuge, in dem der Erpresser sich den Eingang in ihr Haus erzwingt und mit einer Welle des Edelmutts die tödlich Gebenmühtige zu verschonen sucht, konzentriert sich das ganze Interesse auf die Frau. Der Gatte bleibt im Hintergrund. Man begriff nicht recht, was Kayhler's männlich herbe Persönlichkeit in dieser anfänglich so banalen Bourgeoisstrolche sollte. Aber der Kontrast ließ den späteren elementaren Ausbruch des Affekts dann nur umso mächtiger wirken. Die Berichte sind dem Abenteuer auf die Spur gekommen. Frau Férion, deren Namen er bei seinen Schwindelzügen benutzte, hat eine Jugendverlobung erhalten. Ein alter Freund des Hauses hilft der Geängsteten das Geheimnis wahren. Wie der Chemann J., der lange schwelgend zugegeben, endlich den Affen stellt, wie seine Erregung immer wider wird, bis die brutale Wut jede Schranke der Selbstbeherrschung wegschafft, das war in der Darstellung durch Kayhler's eminentes Temperament ein padendes Gemälde menschlicher Leidenschaft. In wahrer Hysterie ruft er Wut und Kinder als Zeugen seiner Abrechnung mit der Genden herbei. Aber die Stimme vermag, der drohend aufgeredete Ann sinkt wieder, als er sein Weib erblickt, und die Bestimmung erwacht aus dem Starckrampe. Er läßt sie reifen, ohne ihr ein Wort zu sagen. Und als sie wiederkommt, hat der Orkan in seiner Seele ausgetobt. Die Sache ist bekannt geworden, aber er fürchtet den Skandal nicht mehr. Das Auf und Ab der sich in Férion bekämpfenden Empfindungen ist feinfühlig mit sicherer Hand skizziert. Er wird die Ungetreue nicht von den Kindern reifen.

Der Verfall klang stark und toll.

At.

Notizen.

— Kunstabend. Der Liliencron-Abend des Charlottenburger Schiller-Theaters wird am Sonntag 8^{1/2} Uhr wiederholt.

Wie seine Vorgänger, so ist der neue Kritik-Kalender wieder reich an gutem, schönem Stoffe. Dem Andenken des so früh aus seiner vielseitigen Tätigkeit abwesenden Gottfried Reimann widmet Hans Witz einen trefflichen, ehrenvollen Nachruf. Eine Anzahl kleinerer und größerer Erzählungen wechseln ab mit belehrenden Abhandlungen von H. Reher über die Entwicklung der schweizerischen Konsumvereine, Dr. Wehrli über Erdboden, Dr. Herz über die Entwicklung der Weltwirtschaft. Die Reisebilder von Seidel über die Wipser Täler ist unterhaltend und belehrend zugleich, und in der sozialpolitischen Rundschau erhält der Leser eine prägnante Zusammenfassung aller erwähnenswerten Ereignisse. Der Kalender ist mit einer ganzen Anzahl sonstiger nützlicher Angaben aus der schweizerischen Arbeiterbewegung ausgerüstet. Jeder Käufer des Kritik-Kalenders nimmt übrigens noch an einer Gratistverlosung guter Bücher teil.

Jugendbewegung.

Die sozialdemokratische Jugendbewegung in Schweden.

In der verflochtenen Woche hielt der Sozialdemokratische Jugendverband Schwedens im Volkshaus zu Stockholm seinen Verbandstag ab. Es waren 200 Jugendklub durch 180 Delegierte vertreten. Als Gäste nahmen der Vorsitzende des dänischen sozialdemokratischen Jugendverbandes, Genosse Jens Knudsen, sowie Genosse Dr. Karl Liebknecht an den Verhandlungen teil.

Die sozialdemokratische Jugendbewegung Schwedens umfaßt jetzt 429 Klubs mit ungefähr 15 000 Mitgliedern. Von diesen Jugendklubs stehen jedoch noch 70 außerhalb des Zentralverbandes. Seit dem vorigen Verbandstag, 1907, ist die Zahl der Klubs um 67 gewachsen, die Mitgliederzahl jedoch um ungefähr 2000 zurückgegangen, was offenbar auf die Wirtschaftskrise, die ungeheure Arbeitslosigkeit und die fortgeschrittenen Massenauflösungen zurückzuführen ist, wodurch große Scharen, namentlich junger Leute aus dem Lande getrieben wurden. Die Agitation ist in der verflochtenen Geschäftsperiode recht lebhaft gewesen. Allein auf Veranstaltung des Zentralverbandes wurden 36 Agitationsreisen veranstaltet, mit denen 1132 Versammlungen verbunden waren, an denen über 165 000 Personen teilnahmen. Von der Ausdehnung der schriftlichen Propaganda zeugt die Tatsache, daß nicht weniger als 514 257 Bücher und Broschüren verbreitet wurden, neben ungefähr 1 Million Flugblättern und abgesehen von dem Verbandsorgan „Fram“ („Vorwärts“), das monatlich in 30 bis 40 000 Exemplaren erscheint. Der antimilitaristische Propaganda wurde besondere Aufmerksamkeit gewidmet, ebenso der Aufklärungs- und Bildungsarbeit sowie dem Kampf gegen die Schmutzliteratur. Der Verband verfügt zurzeit über 30 Bankebibliotheken, die auf Verstellung von Ort zu Ort geschickt werden und namentlich für die schwachbedienten Landstriche bestimmt sind, wo es den Klubs an den Mitteln fehlt, sich aus eigener Kraft eine ausreichende Bibliothek zu verschaffen. Ferner zählt der Verband 50 Studiengruppen, die einem tieferen Bildungsbedürfnis Rechnung tragen.

Auf dem Kongress wurde über verschiedene wichtige Fragen beraten. In einer der Öffentlichkeit nicht zugänglichen Sitzung diskutierten man die Frage des Wehrpflichtstreiks. Das Ergebnis war eine Resolution, in der ausgesprochen wird, daß der Kongress sich nicht der Illusion hingibt, die militäristische Frage könne durch einen Wehrpflichtstreik gelöst werden, daß jedoch ein solcher Streik unter gewissen Umständen — z. B. wenn die Machthaber von der wehrpflichtigen Jugend Schwedens noch größere Opfer fordern sollten — eine wirksame gelegentliche Waffe im Kampfe gegen den Militarismus sein könne und daß darum die sozialdemokratische Jugend die Frage diskutieren müsse: ob nicht in einer solchen Situation eine neue Taktik mit Musterstreik oder Wehrpflichtstreik angewandt werden sollte. Ferner wurde beschlossen, alle Jahre zum 1. Mai eine Antimilitaristen- und Friedensmarche herauszugeben, die bei den allgemeinen Kundgebungen im ganzen Lande verlaufen soll. Sodann wurde über „Königtum oder Republik“ diskutiert und beschlossen, eine kräftige Agitation für republikanische Staatsverfassung zu entfalten sowie dahin zu streben, daß diese Forderung vom nächsten Parteitag in das aktuelle Parteiprogramm aufgenommen wird. Ein Antrag, wonach der Jugendverband die unter Redaktion des Genossen Höglund erscheinende Zeitung „Stormfloden“ übernehmen soll, fand ebenfalls die Zustimmung des Kongresses.

Eine lebhaft entwickelte sich über das Thema „Antimilitaristische Reichstagsaktion“, wobei eine gewisse Zustimmung über die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion zur Militärfrage hervortrat. Zu diesem Punkte wurde eine Resolution angenommen, in der der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion dargelegt wird, daß sie infolge ihrer Kompromisspolitik die Prinzipien der Sozialdemokratie, besonders in der Militärfrage, beiseite gelassen habe, und verlangt wird, daß die Fraktion eine scharfe prinzipielle Kritik und nicht nur Detailkritik führe, daß sie in Übereinstimmung mit den Beschlüssen der internationalen Kongresse dem bestehenden Militärwesen alle Mittel verweigere, daß sie bei guter Gelegenheit, ebenso wie es in Norwegen und in Dänemark geschehen ist, einen Abrüstungs-vorschlag vorlege und daß die Initiative zu einer gemeinsamen skandinavischen Aktion für die Verwirklichung der Friedensidee ergriffen werde.

Ferner wurde eine Resolution zur Rüsternheitsfrage angenommen, in der erklärt wird, daß bei den Festen und Veranstaltungen des Jugendverbandes keine alkoholischen Getränke ausgedient werden dürfen, daß die Agitatoren des Verbandes in ihren Vorträgen auf den Alkoholismus als eins der größten Hindernisse des Fortschritts hinweisen sollen und daß in den Publikationen des Verbandes keine Annoncen über Alkoholgetränke Aufnahme finden!

Zur Religionsfrage wurde beschlossen, eine Proklamation an die Arbeiter zu richten: sich und ihre Kinder von allen kirchlichen Zeremonien, wie Taufe, Konfirmation, kirchliche Trauung usw., fernzuhalten, sofern sie nicht aus religiöser Ueberzeugung daran teilnehmen. Auch zum Sport nahm der Kongress Stellung; er erkannte den guten Einfluß einer vernünftig betriebenen Gymnastik an, wachte sich jedoch gegen die einseitige physische Ausbildung und die Refordjäger, wie sie bei den Sportleuten häufig hervortreten, und betonte, daß die sozialen Mißverhältnisse und Ungerechtigkeiten das größte Hindernis der Entwicklung eines gesunden, starken Volks sind. Im übrigen wurde eine Resolution gegen die indirekten Steuern angenommen, und schließlich sprach der Kongress sich für die Förderung des Gedankens einer Weltsprache aus. Außerdem wurden besondere Maßnahmen zur Bekämpfung der Schmutzliteratur beschlossen.

Der Sitz des Verbandes wurde von Kalmar nach Stockholm verlegt. Der Kongress beschloß, drei besoldete Funktionäre anzustellen; für diese Posten wurden gewählt: als „Stormflodens“ Redakteur J. Höglund, „Frams“ Redakteur Frederik Ström und als Geschäftsführer des Verbandes Emil Wallin, der diese Stellung schon bisher bekleidete.

Genosse Liebknecht, der schon auf dem Kongress eine Ansprache gehalten, die Notwendigkeit der antimilitaristischen Agitation betont und seine Freude über die radikale sozialdemokratische Jugendbewegung Schwedens ausgesprochen hatte, hielt vor einer großen Versammlung im Volkshaus zu Stockholm über „Opportunismus in der Politik“ einen Vortrag, der lebhaften Beifall fand.

Aus Industrie und Handel.

Krisen-Gewinne.

Das Gejammer über hohe Löhne, niedrige Preise, enorme Ver-lustung durch die Sozialpolitik usw., das besonders aus der Groß-

Industrie ertönt, erscheint als Ausfluß schrankenloser Begehrlichkeit angefaßt der Abfälle der meisten Unternehmen. Daß manche von ihnen unter der Krise gar nicht gelitten haben, sie es trefflich verstanden, die Folgen des Konjunkturschwundes auf die Arbeiter abzuwälzen, dafür ein paar Beispiele: Die Dillinger Hüttenwerke brachten für das letzte Jahr 2 667 156 M. Reingewinn heraus, gegen nur 2 476 707 M. im Jahre vorher; der Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hüttenverein, der für 1907/08 mit einem Betriebs-überschuß von 8 900 822 M. abschloß, erzielte im letzten Jahre 10 571 699 M. Die Planneemann-Höfnerwerke schlossen für das letzte Jahr mit 4 676 931 M. Reingewinn ab gegen 4 004 830 M. im Vorjahre. Die Aktionäre brauchen sich keine Sorge um das tägliche Brot zu machen. Für das neue Geschäftsjahr werden ebenfalls „befriedigende“ Ergebnisse in Aussicht gestellt.

Deutscher Ankerhandel im September 1909.

Nach dem Septemberheft der vom kaiserlichen Statistischen Amt herausgegebenen monatlichen Nachweise gestaltete sich der auswärtige Handel Deutschlands im September d. J. wie folgt:

Einfuhr 5 487 409 Tonnen verschiedene Waren, ferner 154 493 Stück, worunter 11 693 Pferde usw., gegen 6 008 980 und 5 588 489 Tonnen im Vormonat und im September v. J. und 116 493 und 165 410 Stück in diesen beiden Monaten.

Ausfuhr 4 195 431 Tonnen, ferner 32 407 Stück, worunter 408 Pferde usw., gegen 4 360 855 und 4 267 843 Tonnen im Vormonat und im September vorigen Jahres und 43 430 und 29 487 Stück in diesen beiden Monaten.

Die Gesamteinfuhr in den ersten neun Monaten dieses Jahres 45 068 612 Tonnen gegen 44 640 291 im Vorjahre, ferner 1 088 267 gegen 1 127 580 Stück im Vorjahre.

Die gleichzeitige Gesamtausfuhr 34 859 768 gegen 33 858 171 Tonnen im Vorjahre, ferner 264 789 gegen 293 840 Stück im Vorjahre.

Die Gesamteinfuhr hatte ohne Edelmetalle einen Wert von 6040,2 Millionen Mark gegen 5620,2 Millionen Mark, die Gesamtausfuhr einen solchen von 4795,5 Millionen Mark gegen 4732 Millionen Mark im Vorjahre. Der Edelmetallverkehr erreichte im laufenden Jahre einen Wert von 219,6 Millionen Mark in der Einfuhr und 222,0 Millionen Mark in der Ausfuhr. Die Vorjahreswerte waren 203,6 Millionen Mark in Einfuhr und 55 Millionen Mark in Ausfuhr.

Gemeindewaldungen der Provinz Brandenburg.

Nachfolgend geben wir eine Zusammenstellung der finanziellen Ergebnisse einer großen Anzahl von Gemeindewaldungen der Provinz Brandenburg, soweit vergleichende Angaben vorliegen. Es bleibt bei der Wertung der Zahlen zu berücksichtigen, daß die absolute Größe der jetzigen Waldbehandlung und der daraus resultierenden Rentabilität nicht angegeben können. Diese ist mit abhängig von der Qualität des Bodens usw. und nicht zum wenigsten von der Sorgfalt und der forstwirtschaftlichen Geschäftigkeit, mit welcher die Baumbestände in den letzten fünf und mehr Jahrzehnten gepflegt worden sind. Da sämtliche in Betracht kommende Forsten räumlich eng verbunden sind — was ziemlich gleiche Wärme- und Feuchtigkeitsbedingungen schafft — und auch bei ähnlichen Bodenverhältnissen in nicht allzu verschiedener Höhenlage existieren, können die sich aus den Verschiedenheiten ergebenden Differenzen allerdings nicht sehr groß sein.

	Roh-Einnahme pro ha		Gesamt-Ausgaben in Proz.		+ oder -	Einnahme-Überschuß pro ha	
	1906	1907	1906	1907		1906	1907
Rottbus	19,24	22,20	55	50	- 5	9,38	11,57
Ryritz	33,85	40,78	58	52	- 1	15,80	10,68
Verleberg	34,81	33,20	44	43	- 1	17,38	19,06
Lübben	25,52	31,83	42	28	- 14	14,74	23,07
Treuenbriezen	18,50	25,10	42	34	- 8	10,68	16,67
Brandenburg a. H.							
Altstadt, Revier	28,08	29,45	42	41	-	16,20	17,80
Neuhäutl, Forst		29,20		46			15,83
Franfurt a. O.	33,43	35,02	40	35	- 5	19,65	20,04
Sommerfeld	33,80	38,29	38	37	- 1	20,60	24,05
Härstenwalde, Spree	35,71	37,56	36	36	-	22,68	24,09
Veelitz	30,94	25,27	35	50	+ 15	19,78	12,65
Freienwalde a. d. D.	54,18	57,87	35	35	-	35,30	37,61
Reu-Stuppen	45,98	45,81	35	36	+ 1	29,91	29,05
Eberwalde	50,98	52,35	38	36	+ 3	34,20	33,35
Rothenow	46,98	37,46	32	32	-	32,60	25,39
Prenzlau	49,83	43,44	31	40	+ 9	34,38	25,92
Landberg a. W.	30,82	34,80	30	38	+ 8	21,25	21,42
Templin	37,58	31,96	30	39	+ 9	26,21	19,64
Dahme	32,47	39,05	28	32	- 4	24,13	27,40
Lenzen a. E.	44,25	46,14	27	30	- 3	32,41	32,22
Ludau	15,15	16,68	27	43	+ 10	13,60	9,45
Köpenick	39,80	41,05	27	23	- 4	29,20	31,45
Trebbin	29,65	33,44	26	29	+ 3	21,80	23,63
Müritze	46,94	39,90	25	48	+ 23	30,69	18,59
Wiesenthal	38,33	38,62	25	29	- 4	25,10	20,24
Wittstock	44,04	43,16	24	30	- 6	33,39	30,31
Guben	52,92	48,57	24	33	- 9	40,29	43,09
Arnsvalde	80,13	47,46	23	27	- 4	62,01	34,49

Lübben steht somit an erster Stelle der Gemeindewaldungen, deren Ausgaben sich vermindert resp. deren Einnahmen sich gesteigert haben. Bei den Mehrausgaben steht an erster Stelle mit 23 Prozent der gesamten Einnahmen die Gemeindewaldung Müritze. Leider ist zu befürchten, daß bei der allgemeinen Finanznot die Gemeindewaldungen allzusehr als Milchkuh betrachtet werden, wobei die Gefahr des Raubbaues nahe liegt.

Staatsanträge für Waggonfabriken. Wie die „Magd. Ztg.“ berichtet, wird die preussische Regierung vom Landtage 150 Millionen Mark für Beschaffung neuer Güterwagen fordern. Diese Forderung sei hervorgerufen durch zahlreiche Klagen, die seit Einführung der Güterwagengemeinschaft aus anderen Bundesstaaten, insbesondere aus Sachsen, über die Verwendung der diesen geborenen Güterwagen in Preußen laut geworden sind. Im Sinne des Güterwagengemeinschaftsvertrages müssen auch die anderen Bundesstaaten Preußen mit der Vermehrung ihres Güterwagenparks folgen. So muß z. B. wenn der preussische Landtag die geforderten 150 Millionen bewilligt, Sachsen für die Vermehrung der Zahl seiner Güterwagen eine Summe von annähernd 14 Millionen Mark aufwenden.

Soziales.

Saftung Dritter im Sinne des § 151 des Unfallversicherungsgesetzes für Land- und Forstwirtschaft.

Vor dem Reichsgericht wurde dieser Tage eine Klage des Oekonom S. in Neuhof gegen 22 Oekonomen dieser Gegend verhandelt, die eine sogenannte Dreifachgenossenschaft bilden und ihre Dampfdreschmaschine nebst Personal nebenbei auch anderen Bauern zur Verfügung stellen. Als diese Maschine am 6. August 1904 bei einem Bauern in Neuhof arbeitete und der Kläger diesem Hilfe leistete, bestieg er in seinem Dienstleister die Maschine, um für den Einleger einzutreten, der sie für einen Moment verlassen hatte. Hierbei geriet er in die Dreifachkammer, die ihm den linken Fuß gerammt. Er mußte sich das Bein abnehmen lassen, und nimmt nun für alle Schäden die zu der erwähnten Genossenschaft vereinigen beklagten Oekonomen in Anspruch, da die Maschine mehrfach Mängel gehabt habe und auch bei der Ausstellung gegen die Unfallversicherungsversicherer verstossen worden sei. Voraussetzung

für den Anspruch ist, daß die beklagte Genossenschaft als „Dritter“ im Sinne des § 151 in Betracht kommt. Dies bedingt wieder, daß der Kläger nicht im Betriebe der Genossenschaft, wofolbst er für einen Moment aushalf, sondern im Betriebe des Landwirts, dem er dreifach half, beschäftigt gewesen sein muß.

Das Landgericht Jülich erkannte auf Abweisung des Klägers. Auf die Berufung des Klägers erkannte das Oberlandesgericht Nürnberg soweit zugunsten des Klägers, als Schmerzensgeld und dessen weitere Ansprüche für die ersten 13 Wochen in Betracht kommen. Im übrigen wies es die Klage ab.

Die dann vom Kläger beim Reichsgericht eingelegte Revision hatte den Erfolg, daß das Urteil des Oberlandesgerichts Nürnberg insoweit aufgehoben wurde, als Kläger mehr als zu einem Fünftel abgewiesen worden war und wurden die Ansprüche des Klägers auf Ertrag der Kur- und Pflegetkosten, auf Ertrag des entgangenen Arbeitsverdienstes, auf Schmerzensgeld und auf Entschädigung für dauernde Entstellung zu vier Fünfteln dem Grunde nach als gerechtfertigt anerkannt.

Der erkennende 6. Zivilsenat legt in seinen Entscheidungsgründen dar, daß es keinem Zweifel unterliege, daß der Kläger in dem Betriebe des Bauern tätig war, dem er beim Dreschen Hilfe leistete. Seine Tätigkeit habe darin bestanden, daß er dem Einleger die Garben zureichte. Die Dreifachgenossenschaft stelle zu ihrer Maschine nur zwei Personen, den Maschinisten und den Einleger, während für alle übrigen Arbeitskräfte der Landwirt, der dreifach lasse, zu sorgen habe. Bei Dampfdreschmaschinen werde aber nicht einmal der Einleger zu dem Maschinistenpersonal gerechnet, sondern mehrfach unter die landwirtschaftlichen Arbeiter. Im vorliegenden Falle habe der Einleger zwar zu der Genossenschaft gehört, trotzdem bleibe aber die Folgerung gerechtfertigt, daß, wenn ein Arbeiter des dreifachenden Landwirts zeitweise die Funktionen des Einlegers übernimmt, er immer noch in dem landwirtschaftlichen Betriebe des Betriebebesizers tätig sei. Bei vorübergehenden Hilfeleistungen zu einem fremden Betrieb finde ein Uebertritt des Arbeiters in diesen Betrieb nicht notwendig statt, insbesondere nicht, wenn die fragliche Arbeit zu gleich dem Interesse des eigenen Betriebes diene. (Amll. Nachr. des R. O. A. 1891, S. 244 ff. Nr. 1027—1030.) Dieses berechtige aber zu der Annahme, daß nicht die beklagte Genossenschaft, sondern der Bauer, dem der Kläger dreifach helfe, Unternehmer des Betriebes gewesen ist, in welchem der Kläger den Unfall erlitten hat; somit sei die beklagte Genossenschaft als Dritter im Sinne des angeführten § 151 anzusehen. Als Dritter habe sie aber, soweit die Ansprüche des Klägers nicht auf die Berufsgenossenschaft übergehen, gemäß den §§ 823, 830, 707 ff., 714 des Bürgerlichen Gesetzbuches.

Handlungsgehilfin oder Gewerbegehilfin?

Gegen den Fleischermeister Paul Recker klagte vor dem Innungsschiedsgericht die Verkäuferin A. Sie war seit dem 1. August beim Beklagten beschäftigt. Am 1. September wurde ihr zum 15. gekündigt und schon am 2. September eine weitere Verkäuferin eingestellt. Am gleichen Tage wurde die Klägerin von der Ehefrau des Beklagten zum Arzt geschickt, der ihr die Wunden von den Händen entfernen sollte. Die Klägerin wurde dadurch erwerbsunfähig und deshalb sofort entlassen. Sie fordert 23,54 M. Entschädigung für 14 Tage. Der Beklagte wendet ein, daß er zur sofortigen Entlassung berechtigt gewesen sei; eine Verkäuferin mit Wunden an den Händen könne er nicht beschäftigen. Da die Klägerin bereits einen vollen Monat beschäftigt gewesen ist, befreit sie die Berechtigung dieser Einrede. Das Innungsschiedsgericht wies die Klage ab, weil die Klägerin die Krankheit schon vorher gehabt hat und sich dieselbe nicht im Betriebe des Beklagten zugezogen hat.

Die Entscheidung geht aus zwei Gründen fehl. Formell ist nicht das Innungsschiedsgericht, sondern das Kaufmannsgericht zuständig. Die Fleischerinnung, ebenso die Wäldermanninnung, berichtet keine technischen Dienste, sondern hat mit dem Umkehr der Waren zu tun. Sie ist mithin Handlungsgehilfin. Die entgegenstehende Spruchpraxis des Innungsschiedsgerichts und einiger Kaufmannsgerichte vertritt gegen das Gesetz. Materieell war der Anspruch der Klägerin aber berechtigt, weil der vom Innungsschiedsgericht angeführte Grund im Gesetz keine Stütze findet. Hossentlich geht die Klägerin an das Amtsgericht, um hier die Unzuständigkeit des Innungsschiedsgerichts aussprechen zu lassen, und klagt dann beim Kaufmannsgericht ihr Gehalt für die Dauer eines Quartals ein.

Gastpflicht des Arbeitgebers für entwendete Sachen.

Der Maurer A. klagte gestern beim Gewerbegericht gegen den Architekten Berfeld auf Zahlung von 11,50 M. als Schadenersatz für eine Hufe, die ihm auf der Arbeitsstelle abhanden gekommen ist. Der dem Kläger zur Aufbewahrung der Kleidung zur Verfügung stehende Kellerraum wurde vom Poller nicht abgeschlossen. Das Gewerbegericht hielt den Beklagten mit Recht für erschaftspflichtig, weil es zu den Pflichten des Arbeitgebers gehört, einen verschließbaren Raum zur Aufbewahrung ihrer Sachen den von ihm Beschäftigten zur Verfügung zu stellen. Der gerichtsfertige Vergleichsvorschlag auf 8 M. wurde von beiden Seiten angenommen.

Die „Blutegel“ des Herrn Antelmann

beschäftigten die letzte Sitzung der 1. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts. Der Kläger S. war mit drei anderen Handlungsgehilfen in gleicher Stellung bei dem Delagierten Bruns Antelmann, Inhaber des „Deutschen Kolonialhauses“, als Reisender tätig. Nach der Behauptung des Klägers soll nun A. eines Tages zu allen vier Reisenden zugleich gekauert haben: „Sie sind Blutegel an meinem Körper! Sie saugen mich aus!“ Der Kläger fühlte sich durch diese Worte in seiner Ehre schwer gekränkt und verließ sofort die Stellung. Er nahm auch seine Tätigkeit nicht wieder auf, nachdem der Beklagte ihn durch Boten hatte bitten lassen, wieder ins Geschäft zu kommen. Der Beklagte wendet demgegenüber ein, daß er nur eine ähnliche Redewendung in Form eines Gleichnisses gebraucht habe. Weil die Herren so lange in der Kneipe saßen, habe er gesagt, daß Leute, die es so wenig gewissenhaft mit ihrer Tätigkeit nehmen, Blutegeln gleichkommen, die ihn ausaugen wollen. Zudem bezog sich die Redewendung nur auf die drei anderen Reisenden. Gerade der Kläger war nicht gemeint, da er nur in das von seinen Kollegen geschmielerte Komplott mit hineingezogen worden sei. Vollends hätte der Kläger seine Tätigkeit wieder aufnehmen müssen, wenn der Chef extra zu ihm hinschide. Er könne doch nicht verlangen, daß der Prinzipal selber ihn demütigt zurückhole.

Das Kaufmannsgericht verurteilte den Beklagten zur Zahlung des Restgehältes von 118 M. Auch in der vom Beklagten zugestellten Form durfte dieser den Aufwand nicht gebrauchen. Kläger konnte als Teil der beklagten Gemeinschaft seine Tätigkeit sofort einstellen und hatte auch nicht nötig, einem späteren wie immer auch gearteten Erkranken um Wiederannahme der Arbeit Folge zu leisten. Seinen Gehaltsanspruch behalte er bis Ablauf der Kündigungsfrist.

Das Gatten eines Apothekerlehrlings.

Der Apotheker W. aus Posen hatte einen jungen Menschen in seinem Geschäft angestellt, welcher Bengin, Ragentropfen usw. verkaufte. Eine höhere Schule hatte der junge Mensch nicht besucht. Ein Gehilfe war in der Apotheke nicht tätig. Von dem Regierungspräsidenten hatte W. keine Erlaubnis erhalten, einen Gehilfen zu halten. Die Strafkammer erkannte gegen W. auf Grund der Apothekenbetriebsordnung und des § 367 (5) des Strafgesetzbuches auf eine Geldstrafe, weil er im Betriebe seiner

Apotheker ohne Genehmigung des Regierungspräsidenten keinen Lehrling beschäftigen dürfte. Diese Entscheidung focht W. durch Revision beim Kammergericht an und betonte, er verkaufe auch solche Sachen, welche in Kaufhäusern und Drogeriegeschäften zu haben seien. Der junge Mensch sei nicht im eigentlichen Apothekenbetriebe, sondern mit dem Verkauf von solchen Sachen im Handelsgewerbe beschäftigt worden, welche auch in Drogeriehandlungen feilgehalten werden. Das Kammergericht hob die Vorentscheidung auf und wies die Sache zur anderweitigen Verhandlung und Entscheidung an die Strafkammer zurück. In den Gründen führte es unter anderem aus: Nach der Apothekenbetriebsordnung könne jeder Apothekenvorstand soviel Lehrlinge, als er Gehilfen habe, zur Ausbildung annehmen; wer keinen Gehilfen halte, könne einen Lehrling ausbilden, bedürfe aber hierzu der Erlaubnis des Regierungspräsidenten. Eine Verurteilung des Angeklagten auf Grund des § 307 (5) des Strafgesetzbuches könne nur in dem Falle eintreten, wenn W. dem jungen Menschen erlaubte, Arzneimittel zu verkaufen. Es bleibe mithin zu prüfen, ob Kagenkropfen zu den Arzneimitteln gehören.

Son der Elektrotechnik.

Die Berufsvereinigungen der Feinmechanik hat sich im Vorjahre auch den Namen: „für Elektrotechnik“ noch zugelegt. Ein Verzeichnis für das Fortschreiten der Elektrotechnik in Deutschland. Versichert waren im Jahre 1907: 5803 Betriebe, im Jahre 1908 dagegen 6182. Auch die Zahl der versicherten Arbeiter ist von 229 786 auf 224 497 gestiegen. In der Elektrotechnik sind davon allein 108 472 beschäftigt oder 48 Proz. der Versicherten. Der Jahresdurchschnittslohn eines Versicherten hat sich gegen das Jahr 1907 von 1311 M. nur auf 1315 M., also um kaum 4 M. erhöht. Den niedrigsten Lohn zahlt man in Schlefien mit 1018 M., den höchsten in Sektion I Berlin mit 1474 M. pro Jahr.

Auch die Zahl der Unfälle ist etwas zurückgegangen, weil, wie der Bericht richtig bemerkt: „die Industrie weniger stark beschäftigt war.“ Es fiel infolgedessen die unheilvolle Leberarbeit fort, die Zahl der ungeschulten Arbeiterkräfte war da sicher nicht so groß, als in Zeiten der Hochkonjunktur usw. Gemeldet wurden im Berichtsjahre 9042 Unfälle, gegen 10 336 im Jahre 1907. Ohne weitere Unfallsfolgen waren hiervon allein 7528 Fälle laut Bericht innerhalb der ersten 13 Wochen erledigt, so daß zum Schluß nur an 1418 Verletzte Rente gezahlt werden mußte. Von diesen Rentenempfängern waren 1906 männlichen und 112 weiblichen Geschlechts. Als Folgen dieser entschädigten Fälle gibt der Bericht an: 67 Todesfälle, 1097 Fälle mit teilweiser und 254 Fälle mit vorübergehender Erwerbsunfähigkeit.

Die technischen Aufsichtsbeamten können es sich nicht entgehen lassen, wieder den Verletzten die Hauptschuld an den Unfällen selbst zuzuschreiben. Den Unternehmern wird dies wieder große Freude bereiten, aber es stimmt mit den „Feststellungen“ nicht. So wollen die Beamten „keine schweren Missetaten durch Beschäftigung von jugendlichen Arbeitern an gefährlichen Maschinen“ finden!

Radem die Beamten zur Freude der Unternehmer wiederholt erklärten haben, daß „ein großer Teil der Unfälle auf die Unachtsamkeit und teilweises sogar grobes Versehen“ der Arbeiter zurückzuführen seien, schildert man später folgende Zustände: „Bei Verwendung von offenen Schmelzöfen haben die Arbeiter in geschlossenen Räumen häufig unter Rauch und Qualm zu leiden.“ — „Gesundheitsschädliche Einflüsse hat man im elektrischen Schweißbetriebe beobachtet.“ Die Folgen waren „chronische Augenentzündungen“, auch „Nackelkrümmung“, die aber heute noch nicht als Betriebsunfälle entschädigt werden. Wie sehr die Unfallgefahr von den Unternehmern selbst geschaffen wird, gibt der Bericht selbst zu: „Auch für die Aufstellung von Kraftmaschinen in kleinen Betrieben, borchentlich von Gas- und Petroleummotoren, stehen mitunter nur ungeeignete Betriebsräume zur Verfügung. In niedrigen Kelleräumen ohne Luft und Licht oder auch in dunklen, anderweitig unbenutzbaren Wintern der Arbeitsräume selbst finden sich Gasmotoren, deren sorgfältige Bedienung unter solchen Umständen nahezu ausgeschlossen ist.“ Trotzdem klagt der Bericht darüber, daß die Strafanordnungen gegen die Arbeiter erfolglos bleiben und schlägt vor: „scharfer vorzugehen!“

Das Glück der Unfallverletzten im Rentenstreit ergibt sich aus den Zahlen des Berichts. Von den Berufungen der Verletzten wurden von den Schiedsgerichten 594 abgewiesen und nur 231 als begründet anerkannt. Auch das Reichsversicherungsamt hieß in dieselbe Reihe, denn es wies 196 Rekurse der Verletzten zurück und nur in 29 Fällen hieß es den Rekurs für begründet. Dagegen hatte die Genossenschaft 62 Erfolge und 45 Mißerfolge mit eigenen Rekursen.

Aus der Frauenbewegung.

Die englischen Frauenrechtlerinnen.

Die Behandlung der Frauenrechtlerinnen in den Gefängnissen gibt zu vielen irrtümlichen Anschauungen Anlaß. Die Fälle, daß eine Frauenrechtlerin wegen Verleumdung, Angriffe auf Polizei, Fenstererschlagungen bei Ministern, Steinwerfen auf Ministerwagen usw. direkt zu Gefängnis verurteilt wird, sind äußerst selten. Gewöhnlich wird die Verleumdung mit Geld bestraft, erst bei Nichtzahlung tritt Gefängnisstrafe ein. Im Gefängnis widersetzen sich die Frauenrechtlerinnen der Gefängnisordnung. Das neueste Protestmittel ist Fasten im Gefängnis, worauf die Gefängnisbehörden zur Zwangsernährung greifen. Die Zwangsernährung führt wieder zu aufstrebenden Szenen im Gefängnis und schließlich zu einer Klage der durch Zwang ernährten Gefangenen gegen den Minister des Innern. Hier ein Beispiel: Der Premierminister Asquith sprach vor einigen Wochen in einer öffentlichen Versammlung in Birmingham. Bei seiner Rückfahrt zum Bahnhof wurde er mit Steinen beworfen. Eine Frau, die sich als Steinwerferin verhaftet und zu zehn Mark Geldstrafe verurteilt. Sie zog Gefängnis vor. Hier angelangt, lehnte sie es ab, sich der Gefängnisordnung zu unterwerfen. Sie verweigerte alle Nahrung, worauf sie zwangsweise ernährt wurde. Nach der Entlassung aus dem Gefängnis strengte sie einen Prozeß gegen den Minister des Innern an wegen Verleumdung, Verhinderung ihrer Gesundheit usw. Das Gericht beschloß, der Anklage vorläufig stattzugeben und den Minister, die Ärzte und die Gefängnisbehörden vorzuladen.

Eine demokratische Frauenrechtlerin hat sich jetzt in England gebildet. Im Gegensatz zu den Stimmrechtsfrauen, die nur die Ausdehnung des geltenden Wahlrechts auf die Frauen und damit eine Vermehrung der Wählerzahl aus den bestehenden Massen auf Kosten der Arbeiter fordern, verlangt die neue Liga dem sozialistischen Programm gemäß: eine Stimme für jeden Mann und jede Frau! Dem Verein gehören auch Männer an. Sein taktisches Vorgehen unterscheidet sich in angenehmer Weise von dem jener Suffragette aus den bestehenden Massen, die alles tun, um den gegenwärtigen Kampf um Demokratie im Staat zu fördern und so der Frauenklage am meisten Schaden. Er fordert nach Erledigung der Budget- und Oberhausfrage den Erfolg eines Gesetzes für ein völlig demokratisches Männer- und Frauenstimmrecht. Dafür sind bereits 24 Abgeordnete gewonnen. Ebenso wird die Agitation unter den Massen kräftig betrieben. Schon haben 70 Organisationen, darunter die Frauen-Genossenschaftsliga mit 26 000 und die Arbeiterinnen-Union in Deel (8000) ihren Beitritt erklärt und Duzende anderer unterstützen die neue Bewegung.

In den Vereinigten Staaten hat sich die nationale Organisation der bürgerlichen Frauenrechtlerinnen für das unbefristete und allgemeine Frauenwahlrecht rühmlich ausgeprochen. Die Präsidentin, Frau Anna Howard Shaw, erklärte öffentlich, bei Gelegenheit der Eröffnung des neuen Hauptquartiers, daß die Organisation unter Ablehnung eines beschränkten Frauenwahlrechts für das allgemeine Wahlrecht kämpfe. Sie bemerkte: „Im vorigen

Jahre hat man mich erucht, einem im Staate Süd-Dakota eingerichteten Gefängnis, der den Steuerzahlenden Frauen das Wahlrecht geben sollte, meine Unterstützung zuzuwenden. Ich verweigerte sofort: Bekämpft diesen Gefängniswurf, unsere nationale Organisation wird keinen Cent zur Unterstützung dafür ausgeben.“ Derselbe Antwort gaben wir, als im Staate Oregon ähnliche Gesetze durchgedrückt werden sollten. Seitdem hat man in diesen beiden Staaten Gefängniswürfe eingerichtet, die das allgemeine Stimmrecht für die Frauen fordern und diese haben wir unterstützt. Von den Südstaaten trat man an uns heran mit dem Ansuchen, das Wahlrecht nur für die weißen Frauen zu fordern. Unsere Erklärung lautete: „Wir wünschen das Wahlrecht nur dann, wenn es allen Frauen, den schwarzen wie den weißen, zuerkannt wird.“ Das hat man uns im Süden sehr übel genommen und unsere Sekretärin im Staate Louisiana mußte daraufhin sogar ihr Amt niederlegen.“

Lesende.

Stegly. Freitag, den 22. Oktober, 8^{1/2} Uhr, bei Rohmann, Schloßstraße 117: Rezitation Mendelscher Gedichte.

Gerichts-Zeitung.

Unterschlagung im Amte.

Den Anforderungen ihres Amtes nicht gewachsen war die frühere Fahrkartenvorläuferin Hedwig Kollis, die sich gestern auf die Anklage des Vergehens im Amte vor der 1. Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten hatte. Die Angeklagte nahm im Alter von 26 Jahren eine Stellung bei der königlichen Eisenbahndirektion in Berlin an und wurde drei Jahre zunächst als Auskultante und sodann als Antwärterin beschäftigt. Sie war zunächst auf dem Potsdamer Fernbahnhof, dann auf dem Bahnhof Wannsee und zuletzt in Friedenau als Fahrkartenvorläuferin tätig. Ihr wurde zum Vorwurf gemacht, in den Jahren 1907 bis 1909 fortgesetzt Veruntreuungen begangen zu haben. Sie soll in den Jahren 1908—1909 1115 M., die sie in amtlicher Eigenschaft empfangen, ferner im Jahre 1907 300 Fahrkarten II. Klasse nach Potsdam, im Jahre 1909 40 Monatskarten II. Klasse von Friedenau nach Berlin unterschlagen haben. Sie war im großen und ganzen gefählig, die höchst komplizierten Mänder ausgeführt zu haben, die dazu gehören, um die Entnahme so großer Beträge von Fahrkartenscheinen zu bewerkstelligen, ohne daß das Fehlen der Karten gemerkt wurde. Sie bestritt aber lebhaft, auch nur einen Pfennig für sich verbraucht zu haben. Sie will Fehlbeträge an Geld und Manos an Billetts schon in den ersten Wochen ihrer Schaltertätigkeit bemerkt haben. Sie versichert, daß sie die veruntreuten Gelder nicht für sich, sondern nur zur Dedung der immer wiederkehrenden Fehlbeträge verwendet habe, die ihr auf unerklärliche Weise entstanden seien. Sie ist auch der Ansicht, daß sie für die Sünden anderer vielleicht mitbüßen müsse, denn auch andere Personen hätten Zutritt zu den Fahrkartenscheinen und es sei nicht unmöglich, daß diese das Defizit, welches sie zu decken getrachtet habe, vergrößert haben. Der Eisenbahnminister ist nicht zu Schaden gekommen, da der Vater der Angeklagten den fehlenden Betrag ersetzt hat. Die Angeklagte selbst ist aus dem Eisenbahndienst entlassen worden. Sie hat sich dies so zu Herzen genommen, daß sie einen Selbstmordversuch gemacht hat; zurzeit sucht sie sich als Schneiderin durch die Welt zu bringen. Da es sich um Amtsvergehen handelt, beträgt das geringste Strafmaß 3 Monate. Der Staatsanwalt empfahl die Einsetzung dieses geringsten Strafmaßes und da drei Fälle unter Anklage standen, eine Gesamtstrafe von 6 Monaten Gefängnis. — Das Urteil des Gerichts lautete auf 4 Monate Gefängnis. Der Verteidiger der Angeklagten, Rechtsanwalt Schmidt, hatte einen Beweis für die Einwände der Angeklagten nicht angetreten.

Analysenfälschung.

Wegen Verleumdung des kaiserlichen Admiralsitätsrats Professor Dr. Stöhr, Vorstandes des Torpedolaboratoriums zu Kiel, hatte sich der Chemiker und Verleger Dr. Werner Eich zu Hamburg vor der 6. Strafkammer des Landgerichts Berlin I zu verantworten. Dr. E. war Assistent in dem Torpedolaboratorium unter Professor Stöhr gewesen und hatte diese Stellung gekündigt, da er in einem gegen Stöhr seinerzeit anhängig gemessenen Disziplinarverfahren als Zeuge gegen diesen vernommen werden sollte. Er behauptet nun, seit dieser Zeit von Prof. Stöhr ungünstig beurteilt zu sein und wurde auch seinerseits in seiner Eigenschaft als Reserveoffizier in ein ehrengerichtliches Verfahren verwickelt, weil er gegen Stöhr den Vorwurf der Analysenfälschung erhoben haben sollte. Er soll nämlich — und darum dreht sich auch der Verleumdungsprozeß — gegenüber dem Großindustriellen Dr. Rajert und dessen Sohn bedauert haben, Professor Stöhr habe Analysen gefälscht und sich nicht gekümmert, dieses Vergehen ihm (Eich) in die Schuhe zu schieben. Hierunter erhielt Professor Stöhr Kenntnis und stellte Strafantrag. Der Angeklagte wendete ein, es sei seinerzeit von Herrn Professor Stöhr ein Verzicht an den vorgehenden Admiral entworfen und in eine Analysentabelle eine gefälschte Zahl statt einer genau berechneten zwecks Täuschung eingesetzt worden. In dem Falle der Unterredung mit Dr. Rajert junior habe er in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt, da er diesen in seinem ehrengerichtlichen Verfahren juristisch konsultiert habe. Dem Vater Dr. R. gegenüber habe der Angeklagte überhaupt nichts gesagt. — Das Gericht sprach den Angeklagten in dem Falle mit Dr. Rajert junior frei, indem es ihm den Schutz des § 193 zubilligte und beschloß, die Verhandlung über den anderen Fall zu vertagen und neue Beweise zu erheben, insbesondere Professor Dr. Stöhr zu laden.

Mundraub.

Übermals, am Dienstag, hatte sich das Reichsgericht gegen eine zu enge Auslegung des § 370 Ziffer 5 des Strafgesetzbuches zu wenden. Das Landgericht M. A. B. hatte am 22. April die unverschämte Walfraß wegen Rückfalldiebstahl zu 9 Monaten, ihre Schwester, die verheiratete Barbara Spitz, wegen einfachen Diebstahls zu einer Woche Gefängnis verurteilt. Sie haben ihrem Dienstherrn 9 Flaschen Wein und eine Flasche Sekt entwendet. Das Landgericht meinte, schon wegen des nicht unbedeutenden Wertes könne Mundraub nicht in Frage kommen. Das Reichsgericht hob auf die Revision der Angeklagten das Urteil auf, da nicht geprüft ist, ob es sich nicht um eine geringe Menge zum alsbaldigen Verbrauch handelte. Wird diese Frage bejaht, so kann nur Verurteilung auf Grund des § 370 Ziffer 5 erfolgen, der mit Geldstrafe bis zu 150 M. oder mit Haft bis zu 6 Wochen die Entwendung von Nahrungs- oder Genussmitteln von unbedeutendem Wert oder in geringer Menge zum alsbaldigen Gebrauch bedroht.

§ 175.

Dem Landgericht III in Berlin ist, wie unseren Lesern erinnerlich, am 4. Mai der Rechtsanwalt Dr. Magnus Haase zu Berlin wegen Vergehens gegen die Sittlichkeit nach § 175 zu drei Monaten Gefängnis und Unfähigkeit zur Verrichtung öffentlicher Ämter auf drei Jahre verurteilt worden. Mit verurteilt ist der Steinscheregehilfe Schmidt, wegen Haase, dessen Ehe geschieden ist, jedoch ein Entmündigungsverfahren und ein Disziplinarverfahren. — Seine Revision gegen das erwähnte Strafurteil wurde am Dienstag vom Reichsgericht verworfen.

Wegen 5 Pfennig — 3 Monate Gefängnis.

Der Fabrikarbeiter Müller in Würzburg war arbeits- und mittellos. Er bettelte und schäufte, um das Nötige zu erwerben, ein fürperliches Gebrochen vor. Ein Architekt gab ihm 5 Pfennig. Daraus wurde er wegen Betruges angeklagt. Da er wegen Betruges rückfällig ist, wurde er zu der gesetzlichen Mindeststrafe von 3 Monaten Gefängnis verurteilt!

Betrug begeht nach dem Strafgesetzbuch, wer in der Absicht, sich oder einem Dritten einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen, das Vermögen eines anderen dadurch beschädigt, daß er durch Vorpiegelung falscher oder durch Entstellung oder Unterdrückung wahrer Tatsachen einen Irrtum erregt oder unterhält. Das Gericht muß demnach angenommen haben, der Architekt hätte die 5 Pf. nicht hingegeben, wenn er nur gewußt hätte, der Bettelnde sei arbeits- und vermögenslos; vielmehr sei er zur Hingabe der Pfennige durch den Glauben an das vorgeschäufte Gebrochen veranlaßt.

Vermischtes.

Verhaftung wegen Abtreibung.

Magdeburg. Verhaftet wurde Herzfeld die frühere Hebamme Pauline Wolf, welche durch Hilfe, die nach § 218 des B. Str. G. B. verboden ist, glänzende Geschäfte machte. Sie betrieb die Geschäfte zuletzt in einer der frequentesten Straßen Magdeburgs.

Tod auf den Schienen.

Mainz. Auf der Strecke Mainz—Worms wurde gestern abend ein Unbekannter von einem Eisenbahnzug totgefahren. Die Leiche war völlig verstümmelt. Das Herz des Getöteten wurde auf dem hiesigen Hauptbahnhofe auf einem Triebwagen des Zuges gefunden.

Der Nord auf Rügen harzt immer noch der Auflärung. In Ribbelsdorf auf Rügen sind vorgestern zwei Personen im Seegelboot angekommen, auf die das Signalement der Rügiger Rörder paßte. Sie wurden verhaftet, mußten jedoch, wie eine Meldung aus Röhrenhagen besagt, wieder freigelassen werden, nachdem sich ihre Unschuld herausgestellt hatte.

Neue Cholerafälle. Nach amtlicher Meldung aus Königsberg i. Pr. sind der Arbeiter August Schulz und die Arbeiterfrau Marie Ranzol in Andreschken, Kreis Riederode, an Cholera gestorben.

Königsberg i. Pr., 20. Oktober. (B. T. V.) Die heutige amtliche Meldung über die Choleraerkrankungen in Andreschken wird dahin berichtet, daß außer dem Oberleiter Schulz der Arbeiter Ranzol an Cholera verstorben ist. Bei der Ehefrau des letzteren sind zwar Choleraerkrankungen festgestellt worden, jedoch liegt bisher eine Erkrankung nicht vor.

Ein Taifun in Hongkong. Aus Hongkong wird vom gestrigen Tage gemeldet: Hier wütete gestern ein heftiger Taifun, der unter den Schiffen großen Schaden anrichtete und viele Schiffbrüchige herbeiführte. Mehrere Häuser sind eingestürzt, viele Menschen gesunken. In Macao wurde ein französisches und ein portugiesisches Kanonenboot durch den Orkan auf ein Reiskfeld geworfen.

Wie aus Manila gemeldet wird, hat der Taifun, der in Hongkong und Macao wütete, auch im nördlichen Teile sowie im Innern der Insel Luzon große Verheerungen angerichtet und viele Menschenleben gefordert.

Eingegangene Druckschriften.

Die tatsächlichen Differenzen in der Arbeiterbewegung. Von A. Ullrich. 50 Bl. Kurt u. Co., Hamburg.
Ueber die Institutionen der Hochgebirgsfluren für Kerkenträfte. Von Geh. R. Prof. Dr. A. Roth. 50 Bl. — Kinderansagen. Von Dr. D. Hanmann. 1 M. C. Marhold, Halle a. S.
Zu G. Morgan. Experimentelle Zoologie. Von Dr. L. Humber. Geh. 1 M., geb. 12 M. B. G. Teubner, Leipzig.
Der Zigarettenfabrikant. Komödie von J. Galsworthy. 96 Seiten. D. Cassier, Berlin W. 35.
Die Abendburg. Von Bruno Wille. Brosch. 6 M., geb. 6,50 M. C. Dieckhoff Verlag, Jena.
Sonnenstage. Reisebilder aus Andalusien von M. Andersen Regz. Brosch. 3 M., geb. 4 M. C. Dieckhoff Verlag, Leipzig.
Drei Novellen von abeliger Luft. Von R. Martens. 2 M. — Quellen im Sande. Roman von E. G. Reuling. 3,50 M. — Glücksjahre. Roman von H. v. Rohlf. 4 M. — Eine Verli. Roman von Annelina Heinz. 3 M. C. Dieckhoff u. Co., Berlin, Wilmstr. 16.
Sant Pous. Roman von D. Catala. Geh. 4 M., geb. 5 M. — Das ewige Rästel. Roman von Gustaf af Geijerstam. Geh. 2,50 M., geb. 3,50 M. — Hans aus einer anderen Welt. Roman von G. Girsfeld. Geh. 5 M., geb. 6 M. C. Dieckhoff, Berlin, Wilmstr. 16.
Ein eigentümlicher Mensch. Von F. Kutschke. Brosch. 3 M., geb. 4 M. Verlag für Literatur, Kunst und Musik in Leipzig.
Internat. Roman von G. Hesse. 1 M., geb. 1,25 M. C. Dieckhoff, Berlin, Wilmstr. 16.
Streifzüge durch die Welt der Großstadt. Ein Lesebuch für Schule und Haus. Von F. Gansberg. Geh. 2,20 M. — Der Fabrikarbeiter. Kauterformular. Mit einem Anhang: Die rechtlichen Grundlagen des Fabrikarbeiterverhältnisses. Von Dr. E. Faulhaber. Geh. 0,30 M. — Notizstudien. Ein Buch für die Jugend von Professor Dr. R. Krapelin. Kart. 1 M. B. G. Teubner, Leipzig.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Ehrenkranz findet am 22. Oktober, 7 Uhr, wochentags abends von 7^{1/2} bis 9^{1/2} Uhr statt. Gestern 7 Uhr. Sonnabend beginnt die Verhandlung um 6 Uhr. Jeder Anträge ist ein Sachlage und eine Kopie aus Verzeichnisse beizubringen. Briefliche Antworten wird nicht erteilt. Bei der Benützung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Einige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

B. G. 63. 1. Ihr eigenes Vermögen bleibt Ihnen, außerdem würden Sie ein Viertel des Nachlasses Ihres Mannes erben, drei Viertel fällt an seine Kinder. 2. Ja, wenn es kann aber ein Testament gemacht werden, durch das die Kinder auf das Vermögen (die Hälfte der gesetzlichen Portion) gesetzt werden. Wird solch Testament gemacht und Sie im übrigen als einzige Erbin eingetret, so würden Sie fünf Viertel erben. — C. D. 101. Das ist unmöglich. Ein während der Ehe geborenes Kind trägt den Namen des Mannes und gilt als eheliches Kind, auch wenn es durch Ehebruch erzeugt ist. Nur der Mann ist berechtigt, gegen das Kind an Unrechtllichkeitverletzung und Veränderung des Namens zu klagen. — W. G. 10. Der junge Mann gehört der evangelischen Kirche an und möchte aus dieser austreten. — R. G. 84. Da ein schriftlicher Vertrag nicht vorliegt, ist die Kündigung rechtlich nicht erfolgt. Sie hätte noch bis am 3. Oktober ausgeprochen werden können. — W. G. 4. Jenseits Wiederübertragung müssen Sie sich an das Vormundschaftsgericht mit dem Antrag wenden, Ihnen einen Auseinandersetzungsplan behufs Wiederübertragung zu erteilen. Brechnähig ist es, dem Antrage die Sterbeurkunde Ihrer Frau, die Geburtsurkunde Ihrer Kinder beizulegen und einen Teilungsvertrag vorzulegen. Die Teilung bezieht sich auf den Nachlaß Ihrer Frau. Das Ansuchen müssen Sie dann bei dem Standesamt vornehmen, vor dem die Ehe vollzogen werden soll. — W. G. 136. Haben Sie sich geeinigt, so können Sie gegen den Vergleich nichts mehr machen. Sonst würden Sie ständig Klagen machen vornehmen können. — W. G. 100. Die vorübergehende Inpalliditäre tritt ein, wenn mindestens 3 Wochen hintereinander Erwerbsunfähigkeit vorliegen hat, also 3. B. bei Krankheit für den Rest der Krankheit. — R. G. 777. 1. Ein rechtlich verfolgbare Anspruch hebt der Frau nicht zu. 2. Nur soweit die Betroffenen ohne Beeinträchtigung des Unterhalts ihrer Familie hierzu imstande sind. — W. M. Rem.

Witterungsüberblick vom 20. Oktober 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hohes mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temper. in C.	Stationen	Barometer hohes mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temper. in C.
Schwetzingen	765,5	SW	2	Wolke	11	Karlsruhe	763,8	SW	2	Schnee	0
Stuttgart	764,5	SW	2	Wolke	11	Heidelberg	760,2	SW	2	Schnee	12
Berlin	768,5	SW	1	Wolke	9	Bayreuth	756,2	SW	1	Schnee	14
Frankfurt	766,0	SW	2	Wolke	10	Berlin	743,5	SW	1	Schnee	12
München	768,0	SW	2	Wolke	5						
Wien	767,8	SW	2	Wolke	11						

Wetterprognose für Donnerstag, den 21. Oktober 1909.
Mild und vielfach heiter, zeitweise neblig oder wolke bei mäßigen südwestlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.
Berliner Wetterbureau.

A. WERTHEIM G.M. B.H.



LEIPZIGER STRASSE

ROSENTHALER-STRASSE.

ORANIEN-STRASSE.

KOLONIAL- WAREN

Viktoria-Erbsen	Pfund 17 Pf.
Kleine Erbsen	Pfund 16 Pf.
Glasierte Erbsen gelb	Pfund 24 Pf.
Spalterbsen gelb	Pfund 19 Pf.
Grüne Erbsen	Pfund 16 Pf.
Linsen I	Pfund 22 Pf.
Linsen II	Pfund 15 Pf.
Grosse Bohnen	Pfund 24 Pf.
Langbohnen	Pfund 20 Pf.
Kleine Bohnen	Pfund 16 Pf.
Rangoon-Reis	Pfund 16 Pf.
Bassein-Reis	Pfund 20 Pf.
Patna-Reis	Pfund 25 Pf.
Java-Reis	Pfund 25, 30, 38 Pf.
Erbswurst mit Speck, Schinken oder Schweinsohren	28 Pf.
Hafermehl in Paketen von 1/2 kg	45 Pf.
Hafermehl in Paketen von 1/4 kg	24 Pf.
Grünkernmehl in Paketen von 1/2 kg	60 Pf.
Grünkernmehl in Paketen von 1/4 kg	32 Pf.

Suppentafeln, Spezialmarke

Kartoffeln, Reis, Grünkern, Erbsen gelb und grün, Linsen, Tapioca-Julienne, Reis Julienne, Julienne-Bouillon, Bohnen, Gerste, Gries, Hafergrütze, Hausmacher, Kerbel, Rumford, Sago	Tafel 15 Pf.
Tapioca-Bouillon, Mochturtle, Krebse, Curry, Frühlings-Ochsenchwanz, Fils, Potage à la reine, Tomaten und Wildpret	Tafel 24 Pf.

In dieser Woche besonders preiswert:

KONSERVEN

Kaiserschoten	1/2 Dose 1.10, 1/3 Dose 60 Pf.
Junge Schoten extrafein	1/2 Dose 90 Pf., 1/3 Dose 50 Pf.
Junge Schoten IV	1/2 Dose 38 Pf.
Stangen-Spargel extrastark	1/2 Dose 1.65, 1/3 Dose 88 Pf.
Stangen-Spargel II	1/2 Dose 1.25, 1/3 Dose 68 Pf.
Stangen-Spargel III	1/2 Dose 1.10, 1/3 Dose 60 Pf.
Riesenbruch-Spargel	1/2 Dose 1.30, 1/3 Dose 70 Pf.
Bruchspargel I	1/2 Dose 1.00, 1/3 Dose 55 Pf.

Bruchspargel ohne Köpfe	1/2 Dose 70 Pf., 1/3 Dose 40 Pf.
Steinpilze	1/2 Dose 1.15, 1/3 Dose 63 Pf.
Steinpilze bayerische Art	1/2 Dose 1.30, 1/3 Dose 70 Pf.
Pfefferlinge	1/2 Dose 48 Pf.
Bismarckheringe	Dose 45 Pf.
Bratheringe	Dose 45 Pf.
Heringe in Gelee	Dose 33 Pf.
Anchovis	Glas 24 Pf.
Sardinen	Glas 24 Pf.
Aal in Gelee	Dose 70 Pf.
Delikatess-Heringe	1/2 Dose 78, 1/3 Dose 50 Pf.

Bei Briefen ist Angabe Leipzigerstrasse erforderlich

KAKAO U. SCHOKOLADE

Deutscher Kakao	Pfd. 75 Pf., 1 Mk.
Holländ. Kakao	Pfund 1.80, 2.10
Haushalt-Schokolade	Pfd. 60, 75 Pf.

Block-Schokolade	Pfund 75 Pf.
Vanille-Schokolade	1.05, 1.15
Haushalt-Cakes	Karton 60 Pf.

FLEISCHWAREN

Teewurst	Pfund 1.15
Salamiwurst	Pfund 1.15
Zervelatwurst	Pfund 1.10
Gänsebrust	Pfund 1.45
Mausschinken	ca. 2 bis 3 Pfund schwer . . . Pfund 1.20

Schinkenspeck	Pfund 1.00
Feine Leberwurst	Pfund 95 Pf.
Hall. Leberwurst	Pfund 1.00
Landleberwurst	Pfund 90 Pf.
Jagdwurst	Pfund 90 Pf.

Rotwurst I	Pfund 65 Pf.
Rotwurst II	Pfund 45 Pf.
Königsberg. Fleck	1/2 Dose 85 Pf.
Königsberg. Fleck	1/2 Dose 50 Pf.
Kassel. Rippespeer	80, 90 Pf.

Weintrauben blau Pfund 10 Pf., Pisa-Goldtrauben, Kiste ca. 9 1/2 Pfund 1.45 Mk.

Junge Gänse	Pfund 55, 60, 65 Pf.
Junge Enten	Stück 2.25, 2.50
Brathühner	Stück 75 Pf., 1 Mk., 1.20
Suppenhühner	Stück 1.60, 1.90, 2.20

Bananen	Pfd. 18 Pf.
Italienische Birnen	Pfd. 14 Pf.
Kochbirnen	Pfd. 7 Pf.
Tafeläpfel	Pfd. 12 Pf.
Kochäpfel	Pfd. 10 Pf.

In unserem Geschäftshause Rosenthaler-Strasse:

Rindfleisch

Roastbeef	Pfd. 90 Pf., ohne Knochen 1.20
Filet	Pfd. 95 Pf., ausgeschält 1.50
Schmorfleisch	80, ohne Knochen 90 Pf.
Goulaschfleisch	Pfd. 75 Pf.
Roulade	Pfd. 90 Pf.
Pökelbrust	Pfd. 90 Pf.

Hammelfleisch

Keule	Pfd. 75, geteilt Pfd. 80 Pf.
Rücken	Pfd. 75, 80 Pf.
Roulade	Pfd. 1 Mk.
Dünnung	Pfd. 60 Pf.
Dicke Rippe	Pfd. 75 Pf.
Ragout	Pfd. 70 Pf.

Schweinefleisch

Filet	Pfd. 1.20
Kassler-Filet	Pfd. 1 Mk.
Schinken	Pfd. 75 bis 80 Pf.
Kotelettes	Pfd. 90 Pf.
Gehacktes Fleisch	Pfd. 60 Pf.
Pökelkamm	Pfd. 85 Pf.

Kalbfleisch

Keule	Pfd. 85 u. 90 Pf.
Nierenstück	Pfd. 85 Pf.
Rücken u. Brust	Pfd. 85 Pf.
Haxe	Pfd. 60 Pf.
Schnitzel	Pfd. 1.40
Leber	Pfd. 1.40

Verfammlungen.

Die Diskussion über den Parteitag, welche die Genossen des fünften Reichstagswahlkreises in ihrer Versammlung vom 28. September nicht beendet hatten, wurde am letzten Dienstag fortgesetzt.

Robert Schmidt, der als erster Redner das Wort erhielt, polemisierte gegen die Ausführungen, welche Dr. Wehl in der vorigen Versammlung gemacht hat. Es sei eigentümlich, daß Genosse Wehl, der seinerzeit mit großem Eifer dafür eingetreten sei, daß unsere Stadtverordneten die Reise zu einer höflichen Veranstaltung nach London mitmachen, jetzt unzufrieden darüber sei, daß ihm der Parteitag nicht radikal genug gewesen sei. Wenn man radikal sein wolle, dann müsse man doch auch konsequent im Radikalismus sein und nicht hin und her schwanken. Dies schon oft am Genossen Wehl beobachtete Verhalten lasse seine Kritik wenig wertvoll erscheinen. Wehl habe sich darüber beklagt, daß unsere Agitation gegen die Reichsfinanzreform nicht energisch genug betrieben worden sei. Diese Klage sei unbegründet, denn während der Beratung der Steuerentwürfe sei die Stimmung im Volke nur sehr lau gewesen, für eine Obstruktion, die an sich nicht durchführbar gewesen sei, wäre gar keine Stimmung vorhanden gewesen. Die Ansicht des Genossen Wehl, daß es von einzelnen Personen abhängt, ob Obstruktion gemacht werde, widerspreche der materialistischen Geschichtsauffassung. Die Frage der Obstruktion sei auf dem Parteitag gar nicht ernstlich erörtert worden, weil man allgemein überzeugt war, daß sie unter den gegebenen Verhältnissen nicht durchführbar gewesen wäre. Zur Frage der Erbschaftsteuer vertrat der Redner in längeren Ausführungen den Standpunkt: Wir hätten in dritter Lesung für diese Steuer stimmen müssen, weil sie in unserem Programm gefordert wurde und weil es sich im vorliegenden Falle darum gehandelt habe, von der Steuersumme, welche die Regierung verlangte, und die ihr auch in voller Höhe von den Mehrheitsparteien in Form indirekter Steuern bewilligt worden wäre, so viel wie möglich den Besitzenden aufzuerlegen. Man sage, wegen des Verwendungszweckes müßten wir diese Steuer ablehnen. Das würde zutreffen, wenn die Regierung erst die Bewilligung der Steuern fordert, um eine nachher geforderte Ausgabe für Militärzwecke decken zu können. Es sei aber umgekehrt. Die Ausgaben für Rüstungszwecke seien bewilligt, die dazu nötigen Einnahmen sollten beschafft werden und wären auch von den Mehrheitsparteien bewilligt worden, so daß es also unsere Pflicht gewesen sei, die ärmeren Volksschichten möglichst zu entlasten und den Besitzenden so viel wie möglich von den neuen Steuern aufzublasten. Der Standpunkt: Diesem System keinen Groschen, würde nur dann berechtigt sein, wenn wir durch die Ablehnung der geforderten Steuern die Regierung stürzen und dem herrschenden System ein Ende machen könnten. Dazu seien wir als Minderheitspartei aber nicht in der Lage. Ja, wenn wir durch die Ablehnung der Erbschaftsteuer die Auflösung des Reichstages hätten herbeiführen können, dann hätten wir selbstverständlich für die Ablehnung gestimmt. Also, nicht um jeden Preis und nicht unter allen Umständen sollten wir für die Erbschaftsteuer oder überhaupt für direkte Steuern stimmen, sondern nur in dem Maße, wo wir die Vermehrung der Steuern nicht verhindern können. In diesem Falle sei es unsere Pflicht, dahin zu wirken, daß wenigstens ein Teil der Mehrbelastung den Besitzenden in Form direkter Steuern aufgelegt werde. In diesem Falle sei die Sozialdemokratie allein als Anwalt der Besitzlosen aufzutreten.

G. u. H. begründete sehr eingehend einen Antrag, welcher verlangt, daß der Ausschluß des früheren Mitgliedes, Brauer Vogel, aus der Partei rückgängig gemacht werde.

Dr. Wehl stellte den Antrag: Die Versammlung ersucht den Aktionsausschuss, schleunigst bei der Verwaltung des Gewerkschaftshauses vorstellig zu werden, auf daß der Ausschuss von Schnaps und alkoholhaltigen Getränken, soweit sie mit Kartoffelspiritus verschnitten sind, sofort einzustellen ist.

Genosse Wehl begründete seinen Antrag mit dem Hinweis auf den vom Parteitage beschlossenen Schnapsboykott und führte aus, daß seiner Meinung nach von den Parteimitgliedern von Groß-Berlin für die Durchführung des Boykotts nicht genug getan werde. Die Redaktion des „Vorwärts“ habe ja in dieser Hinsicht im redaktionellen Teile des Blattes ihre Schuldigkeit getan. Aber im Inseratenteil würden immer noch Liköre und derartige Getränke empfohlen. Dieser Unfug müsse beseitigt werden. In allen Gewerkschaftshäusern sei nach Annahme des Parteitagebeschlusses der Schnapsgenuss untersagt worden, aber im Berliner Gewerkschaftshaus nicht. Hier würden immer noch Getränke ausgedrückt, deren Genuss durch den Parteitagebeschluss verboten sei. — Zu den Ausführungen des Genossen Robert Schmidt sagte der Redner, es wäre gut, wenn Genosse Schmidt bei sachlichen Debatten den Ton hochhaltender Unschicklichkeit unterlassen würde, den er hier angeschlagen habe. Was die Englandfahrt der Stadtverordneten anlangt, so sei er (Wehl) unglücklichweise für dieselbe eingetreten, weil sie auf einem Fraktionsbeschluss beruhe und lediglich kommunalen Studien dienen sollte. Von einer höflichen Veranstaltung, wie Genosse Schmidt die Reise nannte, könne keine Rede sein. Man habe vorher nicht wissen können, daß sich in London gewisse für unsere Genossen unpassende Situationen ergeben würden. — Da die Reichstagsfraktion in der Frage der Erbschaftsteuer geteilter Meinung gewesen sei, hätte sie die Frage der Entscheidung den Parteigenossen unterbreiten müssen. Manche Parlamentarier würden manche Seitenfragen nicht gemacht haben, wenn sie immer rechtzeitig mit den Genossen Fühlung genommen hätten. Genosse Schmidt habe kein Recht, ihm, dem Redner, ein Hin- und Herwandern vorzuwerfen. Schmidt habe doch auch seine Meinung über manche Fragen geändert. Wenn man eine gegenteilige Meinung für minderwertig erkläre, dann höre die Möglichkeit einer Verständigung auf. — Bei der Beratung der Steuerentwürfe hätte die Fraktion energischer vorgehen müssen. Es seien zwar energische, aber keine langen Reden gehalten worden. Wir hätten den Gegnern das Durchgehen ihrer Pläne nicht so leicht machen dürfen. Ein bißchen raubbürgerlich und widerborstiger hätte die Fraktion auftreten müssen. — In der vorigen Versammlung habe Genosse Wehl die „Sozialistischen Monatshefte“ gekennzeichnet. Wohin er damit zielte, das scheint nicht von allen verstanden worden zu sein. Die Mitarbeit des Genossen Schmidt an den „S. M.“ erscheine der Mehrheit der Genossen des fünften Kreises außerordentlich taktlos. Genosse Schmidt sollte das Vertrauen der Genossen nicht durch seine Mitarbeit an den „S. M.“ verschmerzen. Schmidt, der anderen vorwerfe, daß sie hin und her schwanken, sei ja vor zwanzig Jahren ein ganz anderer gewesen, als wir es heute sei. Aus einem Radikalen sei er ein zahmer Epichbürger geworden. Schmidt habe sich auf die rechte Seite beggeben. Er liege auf einer schiefen Ebene, er möge in seinem und des Kreises Interesse auf dieser Rutschbahn Halt machen. — In der Frage der Erbschaftsteuer dürften wir nicht Opportunismus treiben, sondern nur prinzipielle Politik.

Geno Max zog den Antrag, welchen er in der vorigen Versammlung betreffs der Wiederaufnahme des Verfahrens in Sachen des vom Parteitage ausgeschlossenen Buchdruckers Müller in Stuttgart zurück. Weiter führte er aus, die Steuerfragen, die uns in letzter Zeit beschäftigten, hätten uns unvorberichtet getroffen, deshalb müßten wir uns jetzt mit Dampfkraft auf das Studium dieser sehr komplizierten Fragen werfen, damit noch vor dem nächsten Parteitage Klarheit in dieser Angelegenheit geschaffen werde. — Vom Genossen Schmidt zu verlangen, daß er sich der Auffassung der Mehrheit des Kreises füge, gehe nicht an. Wenn der Abgeordnete eines Kreises sich den Ansichten der Mehrheit füge und seine eigene Meinung im Wussten bewahren solle, dann würde das geistige Leben in der Partei beeinträchtigt werden.

Wehl machte gegen den Antrag Wehl geltend: Der Aktionsausschuss, an den sich der Antrag wende, sei kein ausführendes Organ eines einzelnen Kreises. Auch gegen den Antrag selbst beständen Bedenken. Die Gewerkschaftshäuser seien Einrichtungen der Gewerkschaften. Wenn die Partei Einfluss ausüben wollte auf die Geschäftsführung der Gewerkschaftshäuser, so könnten dadurch leicht Konflikte entstehen, die unabsehbar seien. Man könnte sagen, die Partei übernehme keine Gewähr für das geschäftliche Bestehen des Gewerkschaftshauses; aber sie verbiete der Geschäftsleitung die Ausübung einer Einnahmequelle. Die Konsequenz des Antrages Wehl würde dahin führen, daß wir auch von den Schankwirten, die Parteigenossen sind, verlangen müßten, sie sollten keinen Schnaps verkaufen. Dann müßten auch die Wirte, die sich einem solchen Beschluß nicht fügen, aus der Partei ausgeschlossen werden. Zu solchen Eingriffen in den Geschäftsbetrieb bestimmter Personen hätte die Partei kein Recht. Solche Versuche könnten der Durchführung des Boykotts nur schaden. Vom Standpunkt der Abstinenz dürfe der Parteitagebeschluss nicht betrachtet werden. Wenn im Inseratenteil des „Vorwärts“ der Verkauf von Schnaps angezeigt werde, so könne das nicht unterjagt werden. Der Inseratenteil sei unabhängig von der Redaktion und müsse als neutrales Gebiet behandelt werden, von dem nur Streifbrecher- und Schwindelinserate fernzuhalten seien. Der Redner ersuchte um Ablehnung des Antrages Wehl, sowie des Antrages G. u. H. Hinsichtlich der Erbschaftsteuer vertrat er den Standpunkt, daß unsere Fraktion in der dritten Lesung für dieselbe hätte stimmen müssen. Mit Radikalismus und Revisionismus habe diese Frage nichts zu tun. Man solle doch nicht jeden, der mit bestimmten Auffassungen in der Partei in Widerspruch kommt, als Revisionist brandmarken. Hinsichtlich der Mitarbeit des Genossen Schmidt an den „S. M.“ erklärte sich der Redner mit dem Genossen Wehl einverstanden und ersuchte den Genossen Schmidt, seine Mitarbeit an den „S. M.“ einzustellen und auch seine Freunde in diesem Sinne zu beeinflussen.

Robert Schmidt wandte sich gegen die auf seine Person bezüglichen Ausführungen des Genossen Wehl. In bezug auf seine Mitarbeit an den „S. M.“ sagte der Redner: Hier ist ein Mißverständnis gegen mich gerichtet worden. Die Genossen, die hier sind, werden die „S. M.“ gar nicht lesen und also gar nicht wissen, was ich schreibe. Ich bin gern bereit, über das, was ich für die „S. M.“ schreibe, mit den Parteigenossen zu diskutieren. Ich sehe kein Verbrechen darin, an einem Blatte mitzuarbeiten, für das nur Parteigenossen schreiben. Das Recht der Mitarbeit kann ich mir nicht nehmen lassen. Ich bin gern bereit, Wünsche der Parteigenossen zu erfüllen; aber sie dürfen keine Wünsche an mich stellen, die ich nur erfüllen könnte, wenn ich ein Heuschler wäre. Ich glaube im Interesse der Partei zu handeln und der Partei zu dienen, indem ich meine Meinung vertrete. Wenn ich, um mit dem Genossen Wehl zu reden, auf der schiefen Bahn hinunterzurutschen, so ist das ehrenvoller, als oben zu bleiben durch Heuschelerei. Ich bin kein Streiber. Es würde mir deshalb nicht schwer werden, von dem Posten, auf den die Genossen dieses Kreises mich gestellt haben, zurückzutreten, wenn Sie es verlangen, und wenn es Ihnen nicht genügt, daß ich Parteigenosse bin, sondern Sie es für nötig erachten, unter den Parteigenossen eine Auslese zu halten und nur den Ihres Vertrauens zu würdigen, der einen ganz bestimmten Standpunkt einnimmt. Ich kann nicht versprechen, Ihren Wünschen in dieser Sache entgegenzukommen. Es kommt nicht darauf an, wo ich schreibe, sondern was ich schreibe. Nur hierüber kann geurteilt werden und hierüber will ich gern diskutieren.

H. u. F. erklärte sich in der Frage der Erbschaftsteuer mit Wehl einverstanden und sprach gegen den Antrag G. u. H. P. i. l. e. befürwortete den Antrag Wehl und bezeichnete es als selbstverständlich, daß in den Gewerkschaftshäusern kein Schnaps ausgeschenkt und in den Inseraten der Parteipresse kein Schnaps empfohlen werde.

Hierauf wurde die Diskussion auf Antrag geschlossen. — Der Antrag Wehl wurde gegen eine starke Minderheit angenommen. Der Antrag G. u. H. (Wiederaufnahme des ausgeschlossenen Vogel) wurde abgelehnt.

Einstimmig angenommen wurde eine Resolution, durch welche sich die Versammlung mit der Haltung ihrer Parteitagebelegierten einverstanden erklärt.

Die Fortsetzung der Generalversammlung für den sechsten Berliner Reichstagswahlkreis brachte eine längere Diskussion über den Parteitag.

Genosse Fröh Krüger eröffnete diese und meinte, die Generalversammlung vom 28. September habe durch den Vertagungsbeschluss bewiesen, daß für das behandelte Thema großes Interesse bei den Parteigenossen vorhanden ist. Redner behandelt in seinen Ausführungen die württembergische Hofjägererei als ein Symptom innerhalb der Partei. Es sei entschieden zu beurteilen, daß sich Abgeordnete unserer Partei an den Tisch des Königs setzten. Ähnliche Vorkommnisse gehören leider nicht zu den Seltenheiten und seien genau so wie die Mitarbeit an der bürgerlichen Presse zu beurteilen. Wohin wir bereits gekommen sind, sehe man an der Tatsache, daß in der Gewerkschaftsschule Nichtparteigenossen als Lehrer beschäftigt würden. Nebels Warnung in Dresden, wir sollten uns und die Genossen, die wir als unsere Vertreter zu bestimmen gedenken, gründlich ansehen, dürfe nicht in Vergessenheit geraten. Unter die Arbeiter müsse mehr Klarheit gebracht, der wissenschaftliche Sozialismus besser verbreitet werden, zu welchem Zweck die bestehende Bildungsorganisation in die allgemeine Parteiorganisation hineinzuarbeiten sei. Die Stellungnahme des Parteitage zur Steuerfrage befriedigt den Redner nicht. Er wünscht deren gründliche Diskussion, damit bis zum nächsten Parteitage die Meinungen geklärt sind und die Parteitagebelegierten vorher auf die prinzipielle Frage festgelegt werden können.

Martin Meyer ist in der Steuerfrage gegenwärtiger Meinung wie der Voredner, der sich für Ablehnung in dritter Lesung ausgesprochen hatte. Daß auf dem Parteitag die Einigkeit der Partei hochgehalten wurde, ist dessen erfreulichstes Moment. Die Hofjägererei sei nicht zu billigen, aber nachdem von den betreffenden Genossen die bekannte Erklärung abgegeben war, sei der Parteitag einstimmig über alle Anträge zur Tagesordnung übergegangen. In längeren Ausführungen polemisierte der Redner gegen Ledebour, dessen Form des Auftretens gegen Genossen, die anderer Meinung sind wie er, bei vielen Versammlungsbesuchern Mißfallen hervorruft.

Zur Erbschaftsteuer übergehend ist Genosse Meyer der Ansicht, daß die Fraktion in dritter Lesung für dieselbe zu stimmen hatte. Die Berufung eines Genossen auf Wehl hat Ledebour fälschlich als Autoritätsbusekel hingestellt. Daß Wehl etwa nur infolge unzureichender Fühlung mit der Fraktion anderer Meinung war, ist bei einem so alten, erfahrenen Genossen ausgeschlossen. Hier lagen tatsächliche Argumente vor, man kann sich also ohne „Autoritätsbusekel“ sehr wohl auf Wehl berufen. Derselben Regierung, der wir eine verderbliche Kolonialpolitik vorwerfen, haben wir doch auch nicht die Mittel zur Führung des Hererokrieges verweigert. Damals enthielten sich die Abgeordneten unserer Partei der Abstimmung, statt sich gegen jede Bewilligung mit allem Nachdruck zu wenden. Redner schließt mit dem Wunsche, es möge wie auf dem Parteitage die sachliche Diskussion auch zur Signatur der Generalversammlungen werden.

S. h. o. d. e. meint, der Parteitag weise einen Zug nach rechts auf. Zur Weisheit ist die Partei auf die Unterstützungsfrage festgelegt worden, aber sie dürfe wohl in dieser Hinsicht kaum in Anspruch genommen werden, da man den Arbeitern die Weisheit geradezu verweigert habe. Ihn, den Redner, beschleiche immer ein furchtbares Gefühl, wenn gesagt wird, es bestünde doch kein so großer Unterschied zwischen Radikalen und Revisionisten. Es sei soweit gekommen, daß wenn jemand die reinsten Ideale des Sozialismus vertritt, er als Präsenzfeld bezeichnet wird. Die Sozialdemokratie ist im Sturm

geboren und im Sturm groß geworden, und jetzt soll sie es notwendig haben, an dem Freisinn eine Stütze zu suchen? Welcher Art dieser sei, sehen wir an Haugmann, bei dessen Brief an Webel man sich fragen muß, ob denn der Schreiber ein Mann ist, der im öffentlichen Leben steht. Bei der Erbschaftsteuer kommt in Frage, für welchen Zweck die Steuer verwendet wird. Wir dürfen nicht Mittel bewilligen, nicht Steuern zustimmen, die zur Aufrechterhaltung des Klassenstaates dienen.

Ledebour wendet sich gegen Meyers Ausführungen, die in zwei Teile zerfielen. Der erste Teil soll der Aufrechterhaltung des guten Tonens dienen. Das ist recht hübsch, aber es fällt doch auf, daß sich diese guten Lehren immer nur an die sogenannten radikalen Genossen richten. Wenn er gegen Genossen Müller in scharfer Weise gesprochen habe, dann weil dieser Ausdruck gebraucht hatte, die direkt beleidigend waren. So sagte Müller doch in der letzten Versammlung, manche Radikale seien nur Präsenzfelder mit Phylisterköpfen, eine Nebenart gegen Parteigenossen, die noch dazu der bürgerlichen Presse entnommen ist. Schlußmeister habe ihm ferngelegen, aber wer glaubt, anderen gute Lehren geben zu dürfen, der fühle sich als Schlußmeister, und das habe Genosse Meyer getan.

Redner wendet sich nun eingehend der Steuerfrage zu. Was die Bezugnahme auf Webel anlangt, so habe er in der letzten Versammlung gesagt, daß dieser zu einer Äußerung über die Erbschaftsteuer provoziert wurde. Damit habe er nicht etwa eine „Veranlassung“ Webels durch ein Privatgespräch gemeint, sondern gerade das treffen wollen, was Webel selbst in seiner Erklärung im „Vorwärts“ hervorgehoben hat: daß er nämlich durch wiederholte Nennung seines Namens zu einer öffentlichen Stellungnahme genötigt wurde. Sagte doch zum Beispiel Genosse David, „wir stehen auf dem Standpunkte Webels“. Daß Webel keine Gründe habe, und sich solche nicht erst zurechtlegen müsse, ist doch ganz selbstverständlich; darüber ist unter vernünftigen Menschen kein Wort zu verlieren. Aber daß man Webel angesichts der ganzen Situation, wo eine Darlegung seiner Gründe nicht zu erwarten war, vor die Front schieben wollte, das ist die unverständliche Provokation. Die Erbschaftsteuer ist vom Gesichtspunkt des Budgetrechts zu beurteilen. Seitens der Regierung ist planmäßig darauf hingearbeitet worden, die Parteien für die dritte Lesung dieses einzelnen Gesetzes festzulegen. Die Finanzreform ist in einzelnen Gesetzen eingebracht worden, es mußte jedes für sich abgefragt werden. Während bei den früheren Steuererträgen schließlich die Zusammenfassung durch ein Mantelgesetz erfolgte, ist das bei der Finanzreform unterblieben. Die Verbindung mit dem Budget wurde umgangen, es erfolgten lauter Einzelabstimmungen, so daß niemand für die ganze Vorlage verantwortlich gemacht werden konnte. Auf diese Zertrümmerung des Budgetrechts ist Genosse Meyer hereingefallen. Nach dem bisher üblichen konstitutionellen Brauch konnte man in der Vorabstimmung zunächst ein Einzelgesetz annehmen, wenn dazu Gelegenheit war, und in der letzten Abstimmung doch die ganze Vorlage ablehnen.

Gelegentlich der Verfassungsdebatten haben wir auch die Forderung an die bürgerlichen Parteien gerichtet, der Regierung keinerlei Steuern zu bewilligen, ehe nicht die Verfassungsfrage geregelt ist. Wenn wir damals so argumentierten, und wenn wir weiter jetzt sehen, wie durch die Form der Steuerertragsbringung das Budgetrecht des Reichstages zertrümmert wird, dann sind das zwei Argumente, die ausschlaggebend waren, die Erbschaftsteuer abzulehnen. Was unsere Enthaltung bei der Abstimmung gelegentlich des Hererokrieges anlangt, so überließ Genosse Meyer, daß es sich damals um zwei Aktionen handelte. Einmal um die Rettung der Weizen und zweitens um die Fortsetzung des Kolonialkrieges. Wegen der ersten Möglichkeit enthielten wir uns zunächst der Abstimmung; als das nicht mehr in Frage stand, stimmten wir gegen die Bewilligung der Mittel. Redner erläuterte dann noch seine Stellung zum Eintausch direkter Steuern gegen indirekte, wobei es sich nicht um die Bewilligung neuer Steuern, sondern um den Ersatz schlechter durch bessere handeln würde.

Genosse Haller mißbilligt die Hofjägererei. Der Parteitag habe gegen die Württemberger sehr brüderlich gehandelt, ihm erschein aber schärfere Maßnahmen angebracht. Abgesehen davon, daß der Parteitag einen Boß geschossen habe, indem er den Wahlkreisvorständen das Ausschlußrecht einräumte, ist Redner vom Parteitage befriedigt.

Genosse Martin Meyer wendet sich nochmals gegen Ledebour und dessen Stellung zur Erbschaftsteuer. Es seien in der Partei zwei Richtungen vorhanden, von denen die eine prinzipiell keinerlei Steuern bewilligen wolle, während die andere der Fraktion zur Aufgabe mache, daß sie, wenn sie schon das Uebel nicht verhindern kann, es zu lindern versuchen müsse. Nur um durch die Ablehnung zu zeigen, daß wir uns das Budgetrecht nicht verletzen lassen, rechtfertige man noch nicht, daß dadurch die Arbeiter mit Steuern belastet und die Besitzenden entlastet werden.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Nach persönlichen Bemerkungen der Genossen Fröh Müller, Krüger, Ledebour und Weinert wird ein Antrag, den Aktionsausschuss zu ersuchen, auf die bessere Durchführung des Schnapsboykotts durch Ausschaltung entsprechender Plakate hinzuwirken, vom Genossen Fischer als zwecklos bekämpft und auf Anregung des Genossen Leid mit der Motivierung abgelehnt, daß damit nicht ausgesprochen sein soll, die Versammlung wünsche keine Verschärfung des Schnapsboykotts; im Gegenteil sei es ganz angebracht, den Aktionsausschuss zu ersuchen, zur Verschärfung des Schnapsboykotts geeignete Mittel in Erwägung zu ziehen.

Nach einer Aufforderung zur regen Beteiligung an der Wahlarbeit wird die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Landtagswähler-Versammlungen.

Im 5. Landtagswahlbezirk fand am Dienstagabend eine Wählerversammlung im Lokal „Sandsouci“, Kottbusser Straße, statt, die sehr gut besucht war. Der Landtagsabgeordnete Ströbel hielt einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag. Schwarz ging er mit den Freisinnigen ins Gericht und gemann sich die allgemeine Zustimmung der Versammelten, die dem Appell am Schluß der Rede, daß alle Kräfte angespannt werden müßten, um im 5. Bezirk dem Genossen Vorgan zum Siege zu verhelfen, begeistert zuzustimmen. — Vergebens forderte der Vorsitzende die Gegner in der Versammlung zur Diskussion auf; es meldete sich niemand. Nach einer kurzen Ansprache des Vorsitzenden, in der er zu energischer Wahlarbeit aufforderte, wurde die Versammlung geschlossen.

Im 6. Landtagswahlbezirk fand am Dienstag in den „Markgrafen-Sälen“ eine gut besuchte Landtagswählerversammlung statt. Der geräumige Saal war bis auf den letzten Platz besetzt. Stadtverordneter Genosse Heiman sprach über: „Preussische Wirtschaft unter dem Dreiklassen-Wahlrecht“. Lebhafter Beifall folgte dem Vortrage. Da Gegner sich nicht meldeten, wurde auf Vorschlag des Vizepräsidenten von einer Diskussion Abstand genommen. Der Vorsitzende ersuchte die Versammelten, im Sinne des Referats zu wirken und schloß die Versammlung mit einem Hoch auf die internationale siegreiche Sozialdemokratie.

Die bauererblichen Arbeiterorganisationen im Kampfe um die Arbeitsbedingungen.

Dieses Thema beschäftigte am Dienstag eine Generalversammlung der Sektion der Gips- und Zementbranche des Bauereverbundes, die den großen Saal des Gewerkschaftshauses füllte. Der Referent Hermann Silberbach schilderte

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Der größte Erfolg
der Theatersaison!
Henry Bender
in der tollen Burleske
Der süße Doktor.
Ferner:
Claire Waldoff
und der große Variété-Teil.

WINTERGARTEN
765

Die enthusiastisch gefeierte
Primadonna
Maria Galvany
von der kgl. Oper in Madrid
und die sensationellen
12 Oktober-Attraktionen 12
und das ferneren nur 4 Tage:
Lebend singende Bilder
Enrico Caruso:
Donnerstag: Arie a. „La Bohème“
Freitag: Arie a. „Don Sebastiano“
Sonnabend: Arie a. „Triseritorno“
Sonntag: Arie aus „La forza del destino“
Sonntag, den 24. Oktober 1909:
Nachmittag-Vorstellung.
Anfang 3 1/2 Uhr. Kleins Preise!

Apollo Theater
9 Uhr:
Tohuwabohu.
Burleske in Gesang und Tanz (aus dem Amerikanischen) in 3 Bild. bearb. v. Heinz Gordon, Gesangsdir. v. Rud. Schaner, Musik v. Paul Gindshofer, 2. Bild: Ballett-Einlagen, getanzt von The Irish Indian Maids.
Vorher ab 8 Uhr: Die vollständig neuen Spezialitäten m. Mabel Serra, The Automaten, 5 Schwestern Warwick, 4 Black Diamonds.

Metropol-Theater
Hallo!!!
Die große Revue!
In 8 Bildern von Jul. Freund, Musik v. Paul Lincke. In Szene gesetzt vom Dir. Rich. Schultz.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Herrnfeld Theater
Kommandantenstr. 57. T. U. 4, 5083.
Die erfolgreichsten
Lach-Komödien
Meine = Deine = Tochter
Frau Elfans Friseur
mit Anton und Donat Herrnfeld.
Vorverkauf 11-2 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Walhalla-Variété-Theater
Weinbergsweg 19-20, Rosenh. Tor.
Anf. 8 Uhr. Die großartigen
Oktober-Spezialitäten.
Im Tunnel: Regimentskapelle.
Theaterbesuchern freier Eintritt!

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
Anfang:
Bisont.
8 Uhr.
Sonntags
7 Uhr.

Sanssouci, Kottbusser
Straße 8.
Direktion Wilhelm Reimer.
Sonntag, Montag und Donnerstag:
Neues Programm.
Elite-Soiree Tanz-
fränschen
von
Hoffmanns Nordd. Sängern
Großer Erfolg!
Ein alter Flickhuster.
Volksstück
u. d. Kolossal-Programm.
Bsp. Sonnt. 5, wochent. 8 U.
Morgen Freitag: Extra-Theater-
abend.

Karl Haverland Theater
77/79 Kommandantenstraße 77/79.
Anfang 8 Uhr.
Schlager auf Schlager
bringt das
Oktober-Programm.

Fahrrad-Haus „Frisch auf“
Berlin N. 31, Brunnenstr. 35.
Begen Brandschaden bleibt unser
Geschäft bis auf weiteres geschlossen.
Wir bitten unsere werthe Kundenschaft,
vorläufig Ihren Bedarf in unserer
Zentrale Kottbuserstr. 9 zu decken.

Passage-Panoptikum.
Die Traumalerin
Aya d. schwebende
Jungfrau.
Der Motoboy
d. künstl. zerl. Mensch
Tamburitz-Brigant.
Panophon-Vorträge
Vitaskop-Theater
Alles
ohne
Extra-
Entree!
Dauervorstellung von 4-7 Uhr.

Buggenhagen
am Moritzplatz
Anf. 8 Uhr.
L. Theatersaal: D. Kanonenschlager
Meyer mit 'n Hängeboden
mit **Paul Bendix** in der Titel-
rolle und das glänzende
Spezialitäten-Programm.
Im Konzertsaal:
Täglich: Gr. Konzert
der
ersten Kapellen der Berliner
Garde-Regimenter.

Hygienische
Bedarfsartikel. Neues Katalog
m. Empfehl. viel. Aerzte u. Prof. grat. u. ff.
H. Unger, Gummiwarenfabrik
Berlin NW., Friedrichstraße 91/92
Einen verehrten Publikum zur ge-
fälligen Nachricht, daß ich am 21. Okto-
ber im Hause Kurfürstendamm 111,
Eingang Katharinestraße, eine
Restoration und Stebbierhalle
eröffne, und soll es mein Bestreben
sein, durch gute Speisen und Ge-
tränke auszuwärtigen.
Hochachtungsvoll
Julius Gelepta.
264/12

Vorsicht!
Erfinder
verlangen vor der Patent-
Anmeldung gratis u. franko die
Brochure
„Denke nach“
von **Ing. Carl F. Reichel**
Berlin F., Friedrichstr. 247.

Weißbier-Brauerei



C. Breithaupt
NO. 18. Palisaden-Straße 12/13 und 97.
Fernsprecher VII, 2634.
Flaschenbierversand durch meine Verleger. Aufträge nimmt
die Brauerei entgegen. 27631.*

Amor
bleibt das beste Metallputzmittel.

Nein!
Das können Sie nicht verlangen
daß man in einer solchen verpesteten Luft wohnen bleibt! Das
nennen Sie Desinfektion? Das wäre ja noch schöner, wenn eine
gut durchgeführte Desinfektion immer riechen müßte! Kennen
Sie denn nicht **Automors**? Nun, so lassen Sie sich einen
Prospekt hierüber in irgend einer Apotheke oder Drogerie geben
oder von **Gebr. Heyl & Co., A.-G., Charlottenburg**, kommen,
dann werden Sie sehen, daß **Automors** geruchlos desinfiziert und
giftfrei ist. Wozu sich denn die Luft verpesten, wenn man es besser
haben kann?!
19102

Todes-Anzeige.
Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß
am Sonntag, den 17. Oktober, meine liebe Frau
Auguste Goebel geb. **Stresse**
nach langem, schwerem Leiden im Alter von 43 Jahren verstorben
ist. Um stille Teilnahme bitte!
Wilhelm Goebel, Vogthagen Str. 27.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 22. d. Mts., nach-
mittags 4 1/2 Uhr von der Leichenhalle des Central-Friedhofes in
Friedrichshofe aus statt. 29426

Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme sage ich allen meinen
herzlichsten Dank. 29436
Frau **Anna Barsch.**

Dankagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme und die Krankspenden bei
der Beerdigung meines lieben Vaters,
unseres guten Vaters, des Restau-
rateurs **August Lange** sagen
wir allen werthen Gästen, Freunden
und Bekannten sowie den Kollegen
der Pianofabrik von Görs u. Kall-
mann, dem Verband freier Gastwirte
und dem Sozialdemokratischen Wahl-
verein für den 2. Berliner Reichs-
tagswahlkreis (Bezirk 118) unseren
innigsten Dank. 29402
Die trauernde Witwe
Emma Lange nebst Kindern.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, Moritzplatz,
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Blumen- u. Kranzbinderei
Aug. Krause,
Wiener Straße 7,
Refect Vereinsstränge-alm. billigt.
Charlottenburg.
Sollte Ihnen, moderne Goldsoreen,
Reparaturen preiswert und gut.
Friedrich Stabenow,
* jetzt Berliner Straße 146.

Ohne Anzahlung
Gardinen, Portieren, Stores, Stepp-
u. Tischdecken, Bilder, Teppiche,
Uhren auf Teilzahlung.
L. Matzner, Auguststr. 50.
* Nur Karte erheben.

Rheumatismus
Gicht, Gliederreihen, Nerven-
schmerzen, Hüftweh, Gichtwulst etc.
sind oft unerträglich, daher gebrauche
man sofort
Reichels „Electricum“
(Leichtes Kiefernadelöl-Waldwollöl)
ein reines, unschädliches Naturprodukt.
Electricum wirkt gleichsam elektrifi-
zierend auf den Körper und nicht wie
spirituöse Einreibungen nur momentan,
sondern ist von kräftig durchgrei-
fender, nachhaltiger, schmerz-
stillender Wirkung. Flasche 1 M.
und 2 M. Die Wirkung wird noch
erhöht durch den inneren Gebrauch
von Reichels
Wacholder-Extrakt „Medico“
Flasche 75 Pf., 1.50 und 2.50 M.
In den meisten Drogerien erhält-
lich, und zu beziehen durch
Otto Reichel, Berlin 43, Ethenbahnstr. 4.

Sozialdemokratisch. Wahlverein
des
6. Berl. Reichstagswahlkreises.

Todes-Anzeige.
Am Montag, den 18. Oktober,
verstarb unser Mitglied, der
Rechner
Friedrich Müller
Gartenstr. 11.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Donnerstag, den 21. d. Mts., nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des städtischen Friedhofes in
Friedrichshofe aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
231/17 Der Vorstand.

Verband
deutscher Gastwirtsgehilfen
(Ordnungsverwaltung Berlin I.)
Am 18. Oktober verstarb unser
Mitglied
Friedrich Müller
im Alter von 48 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Donnerstag, den 21. d. Mts., nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des städtischen Friedhofes,
Friedrichshofe, aus statt.
Um rege Beteiligung bitte!
290/3 Der Vorstand.

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Schlosser
Hermann Diehr
am 18. d. Mts. an Magenleiden
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 21. Oktober,
nachmittags 3 Uhr, von der
Leichenhalle des Sophien-Kirch-
hofes in Köpenick aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Nachruf.
Den Kollegen und Kolleginnen
zur Nachricht, daß unser Mitglied,
die Arbeiterin
Justine Seitz
gestorben ist. 194/7
Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Deutscher
Transportarbeiter-Verband.
Ortsverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Arbeiter
Karl Otto
am Mittwoch, den 13. Oktober,
im Alter von 31 Jahren infolge
eines Schädeltraums gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 21. d. Mts.,
nachmittags 4 1/2 Uhr, von der
Leichenhalle des städtischen Fried-
hofes, Müller-, Ede Seelestraße,
aus statt. 70/00
Die Verwaltung.

Am Dienstag, den 19. Oktober,
morgens 4 Uhr, starb mein
lieber Mann, unser guter Vater,
Schwiegervater und Großvater,
der Dreher
Franz Maschetzke
nach kurzem, schwerem Leiden im
50. Lebensjahre.
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 22. Oktober, nachm.
4 Uhr, von der Leichenhalle des
St. Sebastian-Kirchhofes, Reincken-
dorf, Humboldtstraße, aus statt.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Dankagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme bei der Beerdigung meines
lieben, unvergesslichen Frau
Marie Lehnigk
geb. **Lehmann**
sage ich allen Verwandten und Be-
kannten, insbesondere dem Verbands-
der freien Galt- und Echanwirte,
dem Wahlverein des 4. Kreises und
den Mitgliedern des Wahlbezirks 948,
dem Gesangsverein „Apollon“, dem
Spartverein „Schimmernde Grotte“
und dem Vergnügungsverein „Roses
Dreieck“ meinen herzlichsten Dank.
29412
Franz Lehnigk.

Peek & Cloppenburg

Spezialhaus für moderne Herren- u. Knabenkleidung
Gertraudenstraße 25, 26, 27 □ Roßstraße 1 u. 2.

Fertig am Lager!
Schwarze Gehrock-Anzüge
Tuchkammgarn . . . M. 41, 46, 50, 56
64, 68, 74, 86 u. s. w.
Melton-Cheviot . . . M. 56, 61, 68, 74, 86 u. s. w.
Frack-Anzüge:
Tuchkammgarn . . . M. 46, 56, 60, 70, 84 u. s. w.
Smoking-Anzüge:
Tuchkammgarn . . . M. 38, 41, 50, 56, 62
75, 89 u. s. w.
Melton-Cheviot . . . M. 62, 70, 84 u. s. w.



Ein Mord in der Weberstraße.

Ein Kapitalverbrechen ist in der vergangenen Nacht im Nordosten der Stadt verübt worden. In einem Bäderladen in dem Hause Weberstr. 40b wurde gestern morgen um 5 Uhr die am 18. Dezember 1897 zu Danzig geborene Verkäuferin Alice Makowski, genannt Bader, ermordet und anscheinend beraubt aufgefunden. Ein Stuch mit einem großen Schlächtermesser hat sie getötet.

Alice Makowski leitete seit Jahresfrist das Zweiggeschäft der Bäckerei „Nordstern“ des Bädermeisters Müller in der Landsberger Straße 75. Müller hat mehrere Zweiggeschäfte. Ihre Leiterinnen wohnen alle bei ihm in der Landsberger Str. 75. Alice Makowski kam Dienstagabend nicht nach Hause. Der Meister schickte deshalb gestern morgen um 5 Uhr die Verkäuferin Hulda Gessert nach der Weberstraße, damit sie sich nach ihrer Kollegin umsehe. Das Mädchen fand den Laden offen. Als sie ihn betrat, bot sich ihr ein schrecklicher Anblick. Auf dem dunklen Flur lag in ihrem Blute schwimmend die Leiterin der Filiale. Sie war tot. Fräulein Gessert eilte sofort wieder nach Hause und machte ihrem Meister Mitteilung. Dieser benachrichtigte die Revierpolizei, die dann sofort die Kriminalpolizei herbeieführte. Nach kurzer Zeit erschien der Chef der Kriminalpolizei, Oberregierungsrat Hoppe, mit mehreren Kommissaren und dem Gerichtsarzt Dr. Strouss auf Tatorie, um den Befund aufzunehmen. Im Laden, dessen Tür aufstand, war es noch dunkel. An der Wertschneidemaschine lagen einige Loden des toten Mädchens. Auf dem Tische standen eine Kaffee- und eine Milchkanne und zwei Tassen, die kurz vorher gebraucht worden waren. Hiernach mußten zwei Personen im Laden gewesen sein. Die angelehnte gewesene Korridortür war ebenso wie die großen Türen, die daran hingen, mit Blut besudelt. Einige Spritzer zeigen, daß das Mädchen unmittelbar an dieser Tür erstochen worden ist. Etwa einen Schritt hinter der Tür lag die ermordete Verkäuferin in der Kleidung, in der sie augenscheinlich hat ausgehen wollen, ohne Hut, auf dem Korridor. Der Mantel lag hinter ihr, ebenso das Kleid, das sie tagsüber getragen und dann mit einem hellblauen Kleide vertauscht hatte. Der Körper schwamm im Blute. Eine starke Lache hatte sich gleich an der Schwelle gebildet. Das Blut war in starkem Strome einer großen Stichwunde entquollen, die sich in der Herzgegend befindet. Die Wunde rührt von einem großen Schlächtermesser her, das stark mit Blut besudelt in einer Ecke neben der Türschwelle lag. Es ist ein ganz neues Messer, das nicht in den Laden hineingehört, ein Messer mit breiter Klinge, die nach vorn zugespitzt ist, und einem starken Holzgriff. In der Blutlache an der Schwelle ist ein Fußabdruck sichtbar. Er ist augenscheinlich dadurch entstanden, daß der Täter, nachdem er den tödlichen Stich geführt hatte, mit dem linken Fuß neben die Leiche trat. Diese lag auf dem Rücken.

Nachdem der Befund am Tatort durch photographische Aufnahmen festgelegt worden war, leitete die Kriminalpolizei alsbald die Nachforschungen nach dem Mörder ein. Festgestellt wurde, daß die Ermordete ein Liebesverhältnis mit einem angeblichen Jockey Korb unterhält und sich in anderen Umständen befand. In der nächsten Zeit wollte sie mit dem Jockey nach London fahren, um sich dort trauen zu lassen. Nebenher hatte sie aber auch noch andere Liebhaber. Das Verhältnis mit dem angeblichen Jockey Ernst Korb bestand schon seit Jahren. Der angebliche Jockey wandte ihr auch wiederholt Geld zu, jedesmal, wenn er, wie er sagte, auf der Rennbahn gewonnen hatte. Er klagte aber auch mitunter, daß er verloren habe und deshalb kein Geld schicken könne. Es ist wohl auch vorgekommen, daß er sich selbst von seiner Geliebten Zuwendungen machen ließ. Vor einiger Zeit gerieten die Beziehungen ins Wanken. Das Mädchen erfuhr, daß ihr Geliebter gar nicht Jockey war und auch nicht Korb heißt. Um sich Gewissheit zu verschaffen, hatte sie den Jockey Korb aufgesucht und nun einen ganz anderen Mann gefunden. Als sie darauf hin ihren Geliebten zur Rede stellte und ihm vorwarf, daß er geschwindelt habe, gab er das zu und nannte sich jetzt Friseur Hans Jähneemann. Dabei behauptete er aber, daß er ein verheirateter Rennpferdbesitzer sei. Trotz ihrer unliebamen Entdeckung verkehrte Alice Makowski noch weiter mit dem Manne. Es scheint, daß das Mädchen mit einem Manne, der um 9 Uhr, nach Schluß des Geschäftes, noch im Laden gesehen worden ist, Dienstagabend noch ausgegangen ist. Von der Dienstags-Losung, die etwa 95 M. betragen haben muß, ist nur noch das Wechselgeld in 10 und 5 Pf.-Kollen vorhanden. Das Goldgeld, das die Verkäuferin in eine kleine Kiste zu legen pflegte, und das Silbergeld, das sich in einem Leinenbeutel befand, sind verschwunden. Der Befund, insbesondere der Zustand des Auges und der Frisur erklärt sich auch aus der Annahme, daß das Mädchen mit dem Täter kurz vor der Tat nach Hause zurückgekehrt ist.

Das Polizeipräsidium erläßt folgende Bekanntmachung: 1000 Mark Belohnung. Am 20. d. M., morgens gegen 5 1/4 Uhr wurde die untreue Verkäuferin Alice Makowski, am 18. Dezember 1897 in Danzig geboren, Landsberger Str. 75 bei Müller wohnhaft, in dem Bäderladen Weberstr. 40b tot aufgefunden. Die Leiche lag in einem von dem Laden nach hinten abzweigenden Korridor bescheidet auf dem Rücken mit einer Stichwunde in der linken Brustseite. Das zu der Tat anscheinend benutzte 8 Zoll lange Messer mit gezieltem Holzgriff und polierter Klinge der Firma J. A. Köhler, Solingen, lag in einer Wulstlade zu Füßen. Hut, Paletot, Handtasche, Taschentuch und Handtasche lagen teils auf, teils neben der Leiche. Die Alice Makowski ist am 19. d. M. gegen 9 Uhr abends im Laden lebend gesehen worden, im Gespräch mit einem neben ihr stehenden Manne von keiner Gestalt. Während der Nacht ist sie entgegen ihrer Wohnort nicht nach Hause gekommen. Die Verstorbene hat auch mehrfach in der letzten Zeit Selbstmordabsichten geäußert. Für den Fall, daß ein Verbrechen vorliegt, ist die oben ausgesetzte Belohnung für die Personen aus dem Publikum bestimmt, die sachdienlich Angaben zur Ermittlung des Täters beibringen. Besonders wichtig sind alle Mitteilungen über den Aufenthalt und den Verbleib der Makowski in der Zeit vom 19. abends bis zum 20. Oktober früh. Mitteilungen nimmt die Kriminalpolizei und jedes Polizeirevier entgegen. Berlin, den 20. Oktober 1909. Der Polizeipräsident J. B. (gez.) Friedheim.

Daß ein Mord und nicht ein Selbstmord vorliegt, geht wohl ohne Zweifel aus dem ursprünglichen Befund hervor. Als der erste Beamte an die Leiche kam, war deren Gesicht mit Kleidungsstücken bedeckt. Erst der Beamte nahm diese herunter und legte sie hinter die Leiche, um zu sehen, ob sich noch Leben in dem Körper befindet. Von der Jubelung rührt es auch her, daß diese Kleidungsstücke auch einige Blutstöße aufweisen. Allem Anscheine nach ist das Mädchen auf dem Korridor, an dessen Ende sich eine Toilette befindet, kurz vor der Ladentür unter dem tödlichen Stich zusammengebrochen. In einem Waschnapf in der Toilette hat sich der Täter die Hände

gewaschen. Der Kopf weist noch Blutspuren auf. Blutiges Wasser ist einem Chemiker zur Untersuchung übergeben worden. An einer Schürze, mit der der Mörder sich die Hände abgetrocknet hat, finden sich noch Blutspuren und kleine Blutstöße.

Die weiteren Ermittlungen der Kriminalpolizei haben bereits ein bedeutendes Ergebnis gehabt. Es ist durch Zeugen festgestellt, daß der Friseur Hans Jähneemann Dienstagabend seine Geliebte aufgesucht hat. Um 8 Uhr nachts hat er dann ein Frauenzimmer nach Hause begleitet. Von dort ist er um 6 Uhr morgens wieder weggegangen. Einige Kleinigkeiten hat er zurückgelassen. Jähneemann, der am 15. Februar 1888 zu Hamburg geboren wurde, wohnt in Wilmersdorf in der Gängestr. 96. Er ist niemals Jockey gewesen, wohl aber Friseur. Jetzt nennt er sich Kaufmann. Er ist noch nicht ermittelt. Wenn er auf der Rennbahn, die er viel besuchte, gewann, so sandte er, wie wir schon mitteilten, seiner Geliebten wiederholt Geld. Sonst lebte er von ihrem Gelde oder aus ihrer Kasse. Jähneemann ist klein und schlank von Gestalt. Er hat schwarzes Haar, schwarze Augen und ein brünettes Gesicht. Man kann ihn für einen Ausländer halten. Bemerkenswert ist, daß der Lebenshals fehlt.

Nachdem auch Staatsanwalt Müller den Tatort besichtigt hatte, wurde die Leiche mittags nach dem Schauplatz gebracht, um dort alsbald gerichtsärztlich untersucht zu werden. Gegenüber dem Bäderladen in der Weberstraße drängte sich den ganzen Vormittag über eine große neugierige Menschenmenge, die von einem Schutzmannausgebot in Schach gehalten werden mußte.

Nach den weiteren Ermittlungen der Kriminalpolizei ist der Friseur Jähneemann ohne Zweifel der Mörder. Jähneemann kam gestern morgen um 8 Uhr nach seiner Wohnung in der Gängestr. 96 in Wilmersdorf zurück und trank mit einer Tochter seiner Wirtin, zu der er ebenfalls in Beziehungen stand, Tee. Nachdem er sich umgelleidet hatte, ging er wieder fort, um, wie er sagte, die Rennbahn in Weizensee zu besuchen. In seiner Wohnung fand man den Anzug, den er gestern getragen hat. Er ist ganz und gar mit Blut besudelt. Das Jackett weist starke Spritzer auf, die Weste große Flecke. Die graue Hose, die Jähneemann aufgetrennt trug, ist an einigen Stellen mit Blut durchtränkt. Es sieht fast aus, als ob er in der Wulstlade gestiegen hätte. Auch das Unterzeug und Hemd enthielten Blutspuren. Die Wirtstochter war auf die Ermordete sehr eifersüchtig. Gestern abend wurde sie vor dem Laden gesehen, wo sie auf und ab ging. Auch die spätere Ermordete sah sie und äußerte: „Was will denn die, das ist ja Jähneemanns Wirtin!“ Das Mädchen wurde gestern von der Kriminalpolizei vernommen. Es befindet unter anderem, daß Jähneemann das bei der Leiche gefundene Messer schon seit zwei Monaten besessen habe.

Partei-Angelegenheiten.

In den vier Landtagswahlbezirken:

Sonntag

Flugblattverbreitung!

Niemand darf fehlen!

Die Wahlkomitees.

Dritter Wahlkreis. Heute Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, findet im Dreißiger Garten, Dresdenstr. 45, für den 17. Kommunalwahlbezirk eine Versammlung statt. Stadtverordneter Adolf Ritter und der Kandidat Wilhelm Börner werden über unsere kommunalen Forderungen sprechen.

Am Freitag, abends 8 1/2 Uhr, findet für den 18. Kommunalwahlbezirk eine Versammlung in den Ritterjulen, Ritterstr. 75, statt. Stadtverordneter Dr. Alfred Gerstlein und der Kandidat Emil Kerstin werden über dasselbe Thema sprechen.

Brü- und Bau. Sonnabend, den 23. Oktober, findet im „Landhaus“, Chausseestr. 97, das Stiftungsfest des Wahlvereins statt. Billets à 25 Pf. sind bei den Mitgliedern zu haben. Regen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Ober-Schönweide. Freitag, den 22. Oktober, abends 8 Uhr, im „Wildebeinshof“: Dessenitische Versammlung. Tagesordnung: „Die Ermordung von Francesco Ferrer“. Hierzu heute abend Handzettelverbreitung. — Ebenfalls finden am Freitag, den 22., und Sonnabend, den 23. Oktober, abends von 8 1/2 Uhr an und Sonntag früh Verbreitungen des „Vorwärts“ statt. Pflicht der Genossen ist es, sich möglichst in den Bezirkslokalen einzufinden. Niemand fehle, dann ist die Agitationsarbeit eine leichte. Der Vorstand.

Vernau, Müntgental, Schönau. Am Sonnabend, den 23. d. M., findet die Feier des neunzehnjährigen Bestehens des Wahlvereins Vernau im großen Saale des „Lichtstums“ hier selbst statt. Anfang 8 1/2 Uhr. Mitwirkende: Herr Emil Balkotte, Agitation; Herr Schulz-Härsberg, Celso; Fräulein Rosa Kallischer, Konzertsängerin. Genossen! Ein außerordentlich genussreicher Abend steht uns bevor; belohnt durch zahlreichen Besuch diese Darbietungen.

Berliner Nachrichten.

Herbstwanderung.

Müßig schreiten wir die graue von Kiefernblättern eingefasste Landstraße dahin. Die Luft ist von einer wunderbaren Klarheit. Ueberall fette, grelle Farbentöne auf tiefblauen Schatten. Winfende Flugscharen schneiden Zickzack in das Erdreich, dessen Ausbuchtung vereint mit dem süßlich-bitterem Geruch des absterbenden Kartoffelkrautes die Gegend erfüllt. Auf den umgepflügten Aekern arbeiten kartoffelrodende Frauen. Eingehüllt in verschmutzte Kleider, knien sie auf dem feuchten Erdboden und wühlen für einen armseligen Tagelohn die Kartoffeln aus den kalten, durchnähten Schollen. Reinen Augenblick lassen sie sich Zeit den überanstrengten, krummgebogenen Rücken aufzurichten. Hastig wühlen sie mit verkrüppelten Fingern Knollen suchend in der Erde herum. Die Ernte ist gut. Nicht stehen die hohen Säcke auf dem Acker herum, um gegen Abend mit dem Fuhrwerk abgeholt zu werden.

Es ist Vesper. Mit einem Seufzer der Erleichterung richten sich die zusammengestürzten Gestalten auf. Es sind noch Frauen in den besten Jahren. Aber ohne Form und Farbe. Abgeradert und von der Arbeit verkrüppelt, ist ihnen alle Weichheit in Körper und Gemüt geraubt worden. Hastig und plump ihre Bewegung; hart und verbittert ihre Sprache. Kein schüchternes Lachen erschallt hier. Das ist schon lange, lange tot. Mürrisch machen sie sich über ihr mageres Vesperbrot her, das sie mit einem Schluck kalten Kaffees hinunterspülen. Wortlos blüht jede vor sich hin, schon in Gedanken die Arbeit einteilend, die nach Feierabend zu Hause wartet.

Aus den Schornsteinen des mit seinen hell getünchten Giebelwänden, grünen Fensterläden und roten Ziegeldächern freundlich herübergründenden Dorfes ringeln blaue Rauch-

bänder empor. Der Wind weht den Geruch verbrannten Reisigs her. Mit Rüben und dergleichen beladene Wagen knarren und holpern die Dorfstraße entlang. Aus den offenen Fenstern des Dorftruges ertönen laute Stimmen. Wir treten ein. Einige Bauern und ein Viehhändler sind im eifrigen Gespräch über die Begehrlichkeit der „Leute“. Ein älterer, behäbig aussehender Bauer eifert heftig gegen die Unzufriedenheit der Weiber, die er zum Kartoffelbuddeln hatte, welche früher zum Frühstück und Vesper ihren „Korn“ bekamen und jetzt gar schon ihren warmen Kaffee aufs Feld gebracht haben wollen. Und alle Tage Hering und Schmalz, oder Muskatle paste ihnen auch nicht mehr. Ja, er wüßte, warum die Arbeiter in der Stadt so schlecht aussehend und so früh stürben: sie äßen alle zuviel Fleisch. Ernsthaft nickte man ihm Beifall. Nach einer längeren Pause meinte der Viehhändler: „Ach so, was ich noch sagen wollte, ich war gestern beim Landrat, und da hörte ich gerade, Bittner, daß Euer Pferdejunge, der Euch vor acht Wochen ausgerückt ist, Euch anzeigen wollte. Ihr sollt ihm damals mit der Wagenrunge den Arm zerbrechen haben. Der dumme Kerl verstand sich aber nicht zu benehmen. Na, den hat der Landrat schon angehaucht, der wird wohl das Wiederkommen vergessen! Was habt Ihr denn mit ihm vorgehabt?“ „Na, der Himmel hatte mit den Fuchsen so lieblich aufgeschirrt, daß er sich durchgeschauert hatte. Na, und da hab ich ihm mal ein bißchen die Jade verknopft.“ Gelächter.

Nachdem wir unseren Kaffee bezahlt, verließen wir die nebenan liegende Gaststube und traten den Heimweg an. Das Viech blüht in den Ställen; Eimer klappern; Pumpenschwengel kreischen. Es ist Abend! Das Dorf ist bald hinter uns. Die Strahlen der sinkenden Herbstsonne lassen die braunen Kiefernstämme dort drüben am Waldbesamme glühendrot aufleuchten. Wald umfassen uns die Schatten des Waldes. Noch ein letztes Blühen in den Gipfeln der Kiefern — — — und dann ist alles vorbei. Aus den Moosen und Farren des Waldbodens schlängeln sich graue Schleier an den glatten Stämmen empor. Einige Frauen, die von der Feldarbeit kommen, überholen uns. Hastig leuchten sie dahin. Eine von ihnen zieht in einem kleinen Wägelchen zwei kleine Kinder hinter sich her. Das eine, kaum dreijährig, mit traurigem Gesicht, hat das kleinste kramphast umschlungen, um es vor dem Hinanfallen zu bewahren. Bald sind auch sie in die sinkende Nacht verschwunden. Ein Frösteln durchschauert unseren Körper. Kein Ton ringsum. Nur das Stapfen unserer Schritte hallt in die im fahlen Licht dämmernde Landschaft hinaus.

Von der kommunalen Wahlkreisgeometrie.

Berlin bekam die letzte Neuaufgrenzung der Gemeindevahlbezirke vor einem Jahrzehnt. In diesen zehn Jahren hat die Wählerzahl der einzelnen Bezirke sich in so ungleicher Weise geändert, daß da schon wieder die ärgsten Kontraste bestehen. Uns interessieren hierbei besonders die Wahlbezirke dritter Abteilung, in die die breite Masse der wertvollen Bevölkerung sich hineinstreuen lassen muß, damit eine bevorrechtete Minderheit durch die zweite und erste Abteilung die Herrschaft in der Gemeindeverwaltung ausüben darf.

An den bedorftenden Stadtverordnetenwahlen nehmen von den 48 Bezirken dritter Abteilung 16 teil, und auf sie soll unsere Betrachtung sich erstrecken. Ihre jetzige Wählerzahl (ohne die noch zu erwartenden geringen Nachträge) schwankt zwischen 2570 im kleinsten und 16195 im größten Bezirk, und die Gesamtzahl der Wähler dieser 16 Bezirke stellt sich auf 121069. Vor sechs Jahren, als dieselben 16 Bezirke zu wählen hatten, stellte die Gesamtzahl ihrer Wähler sich auf 107019 und im einzelnen schwankte die Wählerzahl zwischen 4249 im kleinsten Bezirk und 11320 im größten. Man sieht, wie seitdem die Ungleichheit der Bezirke zugenommen hat. Vor sechs Jahren war der damals größte dieser 16 Bezirke nicht dreimal so groß wie der kleinste, heute aber ist der kleinste Bezirk nur noch wenig über ein Sechstel des jetzt größten, der im übrigen noch lange nicht der überhaupt größte aller 48 Bezirke dritter Abteilung ist.

Im einzelnen hat die Wählerzahl der diesmal wählenden 16 Bezirke sich folgendermaßen geändert: im 2. Bezirk von 4249 auf 2870, im 5. Bezirk von 6445 auf 6131, im 8. Bezirk von 6288 auf 5776, im 13. Bezirk von 7526 auf 6642, im 14. Bezirk von 7232 auf 7097, im 17. Bezirk von 4911 auf 4251, im 18. Bezirk von 4598 auf 3956, im 24. Bezirk von 9112 auf 15676, im 25. Bezirk von 11320 auf 14655, im 28. Bezirk von 5717 auf 5021, im 31. Bezirk von 5610 auf 5821, im 37. Bezirk von 6312 auf 5784, im 39. Bezirk von 7245 auf 6208, im 42. Bezirk von 5250 auf 6981, im 43. Bezirk von 8367 auf 8495, im 47. Bezirk von 6842 auf 16195. Der 47. Bezirk hat die stärkste Mehrung der Wählerzahl gehabt, sie ist hier weit über das Doppelte gestiegen.

Die Bezirke 8, 13, 14, 24, 25, 28, 31, 37, 39, 43, 47 sind Besitz der Sozialdemokratie, dagegen werden die Bezirke 2, 5, 17, 18, 42 noch durch Freisinnige im Rathaus vertreten. Die letztgenannten fünf Bezirke hatten vor sechs Jahren zusammen 25458 Wähler, im Durchschnitt 5091, jetzt haben sie nur noch zusammen 24189, im Durchschnitt 4838. Dagegen betrug für die elf sozialdemokratisch vertretenen Bezirke vor sechs Jahren die Wählerzahl zusammen 81566, im Durchschnitt 7415, heute beträgt sie zusammen 96879, im Durchschnitt 8806. Die Forderung der sozialdemokratischen Stadtverordneten, daß die längst wieder nötig gewordene Neuaufgrenzung der Wahlbezirke schleunigst durchgeführt werde, hatte für 1909 — so versprochen man — endlich erfüllt werden sollen. Das Versprechen ist nicht gehalten worden, weil das dem Magistrat und der freisinnigen Stadtverordnetenmehrheit „nicht zweckmäßig“ erschien. Ein Blick auf diese 16 Bezirke lehrt, welches die Wirkung einer Neuaufgrenzung sein müßte. Der Freisinn hat durchschnittlich die kleinsten Bezirke noch zu behaupten vermocht, während die größten, deren Wählerzahl noch immer weiter wächst, sozialdemokratisch Besitz sind. Bei einer Neuaufgrenzung würde der Freisinn ohne weiteres mehrere seiner Schlupfwinkel einbüßen.

Versteht Du's, Wähler, warum der Freisinn diese schmachliche Verzichtung der breiten Wählermasse so lange wie möglich aufrecht erhalten zu sehen wünscht? Dann wirst Du um so mehr dafür sorgen wollen, daß bei den diesjährigen Stadtverordnetenwahlen die

Sozialdemokratie ihre bisherigen Bezirke behauptet und womöglich auch der Freisinn aus einigen seiner Schlupfwinkel vertrieben wird.

Fürsorge für Schwindsüchtige. Die Fürsorge für Kranke mit vorgeschrittener Lungen- und Kehlkopf-Tuberkulose bezweckt ein gemeinsamer Erlaß des Ministers des Innern und des Ministers der Medizinalangelegenheiten an die Regierungspräsidenten und den Polizeipräsidenten in Berlin. Es soll insbesondere bei den städtischen und Kreisbehörden für eine weitere Ausgestaltung der Fürsorge für die Lungenkranke bei jeder sich bietenden Gelegenheit nachdrücklich gewirkt werden. Empfohlen wird in erster Linie die Absonderung der Kranken mit offener Lungen- und Kehlkopf-Tuberkulose, soweit sie nicht in Lungenheilstätten sich befinden. Zu diesem Zweck soll die möglichst langdauernde und möglichst viele beratige Kranke umfassende Unterbringung in allgemeinen Krankenhäusern stattfinden. Die Kranken sollen dort in eigenen Räumen abgefordert werden. Namentlich in großen Städten sollen in der Nähe der Stadt eigene Tuberkulosekrankenhäuser in gesunder, waldiger Gegend errichtet werden. Dagegen sollen Anstalten für unheilbare Kranke im letzten Stadium nicht errichtet werden. Auch außerhalb der Krankenhäuser soll die Gefahr einer Ansteckung der Umgebung möglichst verhütet werden. Ueberall soll es Untersuchungsämtern geben, in denen unentgeltlich Sputumuntersuchungen vorgenommen werden.

Dieser Erlaß der Minister ist insbesondere der Stadt Berlin zur Beachtung zu empfehlen. Es besteht zwar die Absicht, ein Krankenhaus für Lungenkranke zu bauen, aber diese Absicht besteht schon seit Jahresfrist, ohne daß endlich Ernst mit dem Bau gemacht wird.

Die Neueinteilung der Stadtverordnetenwahlbezirke für die dritte Abteilung fand am Dienstag in dem dazu eingesetzten Ausschuss zur Beratung. Auf Veranlassung von Mitgliedern des Ausschusses war dem Ausschuss das Verzeichnis der eingeschriebenen Wähler in jedem Wahlkreis zugegangen. Das zeigte nun eine abermalige Verschiebung zu ungunsten der Außenbezirke gegenüber der inneren Stadt.

Der kleinste Bezirk (der 2.) enthält jetzt nur noch 2870 eingeschriebene Wähler, der 1. Bezirk 3210. Diese beiden Bezirke umfassen die Stadtbezirke 1 bis 20 und 24. Also fast das ganze Alt-Berlin, beginnend an der Jannowitz-Brücke bis zum Circus Wusch, von dort an der Spree entlang bis zum Reichstag, dann weiter bis Prinz-Albrecht-Straße, von dort bis Spittelmarkt und Waisenbrücke. Die in diesem großen Bezirk wohnenden Wähler dritter Klasse sind fast ausnahmslos Portiers, Hausbedienten, Kutsher und Diener. Durch die Niederlegung des Wertes an der Stralauer Straße zwischen Waisenbrücke und Mühlendamm, der Regulierung der Neuen Friedrichstraße und Parochialstraße, durch die unaufhörlichen Abbrüche der Wohnhäuser in der Friedrichstadt und Dorotheenstadt werden die 6000 Wähler dieser beiden Bezirke gar bald auf die Hälfte zusammenschmelzen. Ganz ähnlich verhält es sich mit den Bezirken Nr. 3, 4, 11, 16, 17, 18, 19, 20. Denn auch dort verschwindet ein Wohnhaus nach dem anderen, um reinen Geschäftshäusern Platz zu machen. Die 25 kleinsten Bezirke haben zusammen 121 200 Wähler, im Durchschnitt 4848. Die acht größten Bezirke haben 118 878 Wähler, das sind 14 869 im Durchschnitt. Für die übrigen 15 bleiben dann noch 104 640, also im Durchschnitt 6976 Wähler. Da die Gesamtzahl der Wähler der dritten Abteilung für 1909 344 718 ist, beträgt die Durchschnittswahlereife für jeden Wahlbezirk 7180. 1899 betrug sie jedoch nur 6892. Die fünfundsiebenzig kleinen Bezirke sind daher weit unter dem Durchschnitt. Trotzdem war im Ausschuss eine Minorität vorhanden, die sich gegen die Vornahme der Neueinteilung aussprach und warten wollte, bis das jetzt noch unerbaut Berlin ausgebaut ist. Das könnte natürlich noch lange dauern. Schließlich kam der Ausschuss einstimmig zu dem Ergebnis, den Magistrat wiederholt um eine Neueinteilung zu ersuchen und zwar bis 1911, und diese Einteilung für die dritte Abteilung so vorzunehmen, daß dieselbe neun Monate vor den Ergänzungswahlen fertiggestellt ist.

Wie lange wird der Magistrat brauchen, ehe er diesem schon im Jahre 1906 einmal gefassten Beschlusse der Stadtverordnetenversammlung nachkommen wird?

Zu der Sitzung der städtischen Hochbaudeputation vom 20. Oktober unter Vorsitz des Stadtrats Kammlau wurden unter anderem die Vorentwürfe und Kostenrechnungen für Bauten beim Kaiser- und Kaiserin-Friedrich-Kinderkrankenhaus (Pavillon für geschlechtskranke Kinder, Erweiterungsbau des Kesselhauses) im Betrage von 637 000 M. genehmigt. Ferner wurden die Kostenanschläge für Einrichtung einer Warmwasserheizung im Kaiser-Realgymnasium und in der 58. Gemeindeschule im Betrage von zusammen 90 000 M. sowie ein Kostenanschlag über 70 100 M. für Neueinrichtung und Instandsetzung von Räumen des Dorotheenstädtischen Realgymnasiums und des Friedrich-Werderschen Gymnasiums gutgeheißen. Weiter legte Stadtbaurat Hoffmann einen Vorentwurf zum Neubau der städtischen höheren Weibeskule sowie spezielle Entwürfe und Kostenanschläge für den Neubau der vierten Irrenanstalt in Buch vor. Diese Entwürfe werden ebenfalls genehmigt.

In der Sitzung der Schuldeputation vom 20. Oktober unter dem Vorsitz des Stadtrats Hirsfeld wurde u. a. beschlossen, die Verträge mit dem Werkunterricht (Modellieren in Plastelin) in den acht Klassen, welche vereinzelt schon stattgefunden haben, im Anschluß an den Anschauungsunterricht weiter stattfinden zu lassen und die Genehmigung des Provinzial-Schulcollegiums hierzu einzuholen.

Silfe bei Massenunfällen.

Im Rathaus fand gestern unter Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Reide eine Besprechung über die für Massenunfälle zu erlassenden Bestimmungen statt. Außer Vorstandsmitgliedern des Bezirksvereins, des Berliner Rettungswesens, der Berliner Unfallstationen vom Roten Kreuz, der Vereinigung der Berliner Sanitätswachen und des Verbandes für erste Hilfe waren Vertreter des Polizeipräsidenten und der Feuerwehr geladen und erschienen. Man einigte sich darüber, daß es am zweckmäßigsten sei, bei allen Massenunfällen grundsätzlich zunächst telephonisch die Telephonzentrale des Magistrats im Rathaus in Kenntnis zu setzen, weil diese am besten in der Lage ist, durch direkte Leitungen mit den beim Hilfswerk beteiligten Institutionen die Meldungen am raschesten an diese Stellen zu leiten. Sie wird die nächste ärztliche Wache des Rettungswesens, den Verband für erste Hilfe, wegen Wagenstellung, das nächst gelegene Krankenhaus wegen Bereitstellung von Betten und etwaiger Entsendung weiterer Ärzte anrufen usw. Damit soll selbstverständlich nicht ausgeschlossen sein, daß unter Umständen zunächst die nächste ärztliche Hilfsstelle des Rettungsdienstes angegangen wird. Die an die Unfallstelle entsandten Ärzte, die durch Anbinden äußerlich kenntlich sind, werden dann, wenn sie es für nötig halten, Feuerwehr und Polizei herbeirufen. Auf dieser Grundlage soll eine allgemeine Anweisung ausgearbeitet werden und dann an die Vorortgemeinden herangeführt werden, daß sie sich im gleichen Sinne an der Regelung dieses Rettungsdienstes beteiligen.

Die Cholera in Berlin?

Unter dem Verdacht der Erkrankung an Cholera wurde gestern Abend ein Mann namens Kopischke aus der Niederbarnimstraße zu Lichtenberg nach der Charité gebracht. Dort wurde er isoliert. Ob wirklich Asiatische Cholera vorliegt, bedarf noch näherer Untersuchung.

Polizeitalen.

Seit einigen Tagen ist die Berliner Polizei von einer nervösen Unruhe ergriffen, als gälte es, ein halbes Duzend noch unentdeckter Mörder einzufangen. Und was ist der Grund? Weil in weiten Kreisen der Berliner Bevölkerung die Empörung über einen in Spanien an einem Freitagsmorgens vollzogenen Justizmord zum Ausdruck gelangt. Am deutlichsten kam diese Nervosität zum Ausdruck anlässlich der drei am Sonntag von unserer Partei veranstalteten Versammlungen. In welcher Weise an diesem Tage von der Polizei, Vertretenen wie Fußhülfeuten, gegen die ahnungslos dahergehenden Arbeiter eingehauen wurde, haben wir am Dienstag in kurzer Darstellung wiederzugeben versucht. Wie spätere Zuschriften zahlreicher Zeugen bezeugen, geben unsere Mitteilungen nur ein kleines Bild der tatsächlichen Vorgänge. In Wirklichkeit ist an verschiedenen Stellen geradezu in unerhörter Weise gegen die Versammlungsteilnehmer vorgegangen worden und zwar ohne jeden Grund und ohne jede Ursache.

Wie wir bereits in der gestrigen Nummer mitteilten, ist auch die Polizei gegen die Teilnehmer einer von bürgerlicher Seite einberufenen Versammlung, in der gegen die Hinrichtung Ferrers protestiert wurde, eingeschritten. Graf v. Hoensbroeck schreibt der „Volkzeitung“ über seine Erlebnisse mit der Polizei folgendes:

„Als nach der Versammlung die tausendköpfige Menge in größter Ruhe und Friedlichkeit sich nach Hause begeben wollte, da trat die Berliner Polizei, die durch Offiziere und zahlreiche Schutzleute zu Fuß und zu Pferde vertreten war, in einer Weise auf, die die allerhöchste Zurückweisung erfordert. In das sich durchaus ruhig und anständig verhaltende Publikum, das selbstverständlich nicht auf einmal verschwinden konnte und das als einzige harmlose Demonstration ein Hoch auf die Referentin des Abends, Frau Eilz Braun ausbrachte, sprengte plötzlich eine Kolonne von acht bis zehn berittenen Schutzleuten in schärfstem Tempo hinein. Diese Attake wurde nicht bloß auf dem Straßenrand geritten, sondern auch auf dem Bürgersteig. Ich selbst bin nur durch einen raschen Seitensprung dem Fortretreten durch die Pferde entgangen. Auf einen neben mir stehenden Herrn, der sich durchaus ruhig verhalten hatte, stürzte ein Polizeihauptmann los, packte ihn wie einen Dieb oder Mörder am Genick und warf ihn vom Bürgersteig auf den Straßenrand auf die Gleise der elektrischen Bahn. Daß mir nicht das gleiche zuziefte, ist ein reiner Zufall, denn ich hatte daselbe Verbrechen begangen wie dieser Herr, das heißt, ich hatte mich anständig und gefittet betrogen.“

Unter Nennung meines Namens trat ich zu einem Polizeihauptmann heran und erhob Einspruch gegen dies unerhörte Verhalten der Polizei und verlangte Schutz vor ihr. Der Hauptmann antwortete mir, allerdings höflich, was geschähe, geschähe auf Befehl.

Die Stellen, von denen solche Befehle ausgehen, sind nicht wert, ihre Ämter zu besitzen. Stragantmultituden und Revolutionäre können nicht schlimmer, gewalttätiger und ungerechter vorgehen, als gestern Abend die königlich preussische Polizei der Haupt- und Residenzstadt Berlin gegen ein durchaus friedliches und harmloses Publikum vorgegangen ist, und zwar mit Mitteln, die Leib und Leben von Staatsbürgern und Frauen auf das schwerste gefährden.

Man mag über Ferrer-Versammlungen denken, wie man will. Ich selbst halte sie allerdings für sehr bedenklich, zumal wenn sie so ruhig und würdig verlaufen wie die gestrige, aber die verschiedenen Auffassungen über solche Versammlungen gibt der Polizei ganz gewiß auch nicht einen Schein von Recht, in dieser Weise vorzugehen. Ihr Verhalten war nicht ein Aufrechterhalten der Ordnung, sondern ein Umsturz der Ordnung. Es ist das mindeste, was friedliche Staatsbürger verlangen können, daß sie nicht durch die Polizei an Leib und Leben gefährdet werden.

Graf von Hoensbroeck hat in seinem Leben wahrscheinlich das erste Mal etwas von dem Wirken der Berliner Polizei mit eigenen Augen gesehen. Gegen die Arbeiter ist noch in viel schärferer Weise vorgegangen worden, und der Herr Graf soll seiner Kritik über die Taten der Polizei nicht gar zu sehr die Zügel schlaffen lassen, wenn er den Polizeistaat Preußen nicht noch von einer anderen Seite kennen lernen will. Ein getreuer Staatsbürger muß die Polizei loben; höchstens darf er die Faust in der Tasche machen. Die Wahrheit über die Heldentaten der Polizei darf man heute in Preußen nicht sagen. Uebrigens begeht in seinem Bericht über die oben genannte Versammlung das „Berliner Tageblatt“ die Unverschämtheit, vom Berliner Mob zu reden, was wir pflichtgemäß festnageln wollen.

Für unsere Genossen aber und alle, die gegen die Polizeiwilktät Front machen wollen, ist gerade jetzt Anlaß, bei den bevorstehenden Landtags-Wahlwahlen mit aller Kraft für die Kandidaten der Sozialdemokratie zu wirken. Im Landtage muß über das Wirken der Berliner Polizei das gesagt werden, was in der Presse nicht ungekürzt gesagt werden kann.

Durch einen Sturz vom Treppengeländer ist gestern Abend ein 5 Jahre altes Mädchen Frida Engeler aus der Remeler Str. 63 tödlich verunglückt. Die Kleine begleitete ihre Mutter beim Zeitungstragen, während Frau Engeler in dem Hause Theodorstr. 52 den dritten Stock bereits erreicht hatte, befand sie sich noch im zweiten Stock, lehnte sich über das Geländer, verlor das Gleichgewicht und stürzte auf den Fuß hinab. Die Verunglückte wurde nach der Rettungswache in der Warshauer Straße gebracht, der Arzt konnte aber hier nur noch den Tod feststellen.

Der deutsche Arbeiter-Sängerbund (Gau Berlin) hielt am Sonntag seine Ausschussung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde auf Antrag beschlossen, die Ausschussung und die Uebungsstunde um 12 Uhr aufzuheben, um den Sängern die Gelegenheit zu geben, an den Protestversammlungen teilnehmen zu können. Der Vorsitzende gibt bekannt, daß der Verein „Delweiß“ aus dem Bund ausgetreten ist. Anlaß hierzu hat die Raiffeisen gegeben. Ausgenommen in den Bund sind die Vereine „Freiheit“ (Angermünde) 24 Mitglieder und „Melodia“ (Rittenswalde) 19 Mitglieder. Das Stützgebäude Sängerkreis führte zu einer längeren Aussprache. Beim Stiftungsfest am 11. Dezember wirken folgende Vereine mit: „Nichte“, „Georgina“, „Liedesfreiheit-Dst“ und „Lerche“, „Kreuzberger Harmonie“, „Gesundbrunnen Harmonie“, „Berliner Männer-Chor“, „Liberale“, „Liedertafel II“, „Liedertafel West“. Die Vereine haben auch in diesem Jahre ihre Pflichtbilletts zu entnehmen und zu bezahlen. Der Vorstand wurde beauftragt, allen Vereinen, welche sich nicht mit 75 Proz. ihrer aktiven Mitglieder gesanglich an der Raiffeisen beteiligen, eine Klage zu erteilen; grundlegend hierbei ist die Statistik des Bundes. Zu der bevorstehenden Schillerfeier werden die Vereine um ihre Mitwirkung ersucht und gebeten, diesbezügliche Mitteilungen an den Vorstand zu richten. Bekanntgegeben wird noch, daß der Verein „Nichte-Georgina“ am Sonntag, den 24. Oktober, in der Brauerei Friedrichshain zugunsten des Kaufmanns für den Turnverein „Nichte“ ein Fest veranstaltet; es wird um rege Beteiligung gebeten. Dem Vorstande ist mitgeteilt, daß sich die Vereine „Rote Rose“ mit „Empor“ unter dem Namen „Rote Rose Empor“ und „Raientraum“ mit „Soni-belli“ unter dem Namen „Raientraum-Soni-belli“ verschmolzen haben. In der nächsten Uebungsstunde werden folgende Lieder gesungen: „Sehnsucht“, „Der Warden“, „Stalieder von Vombelle“.

Die Arbeiter-Radsfahrer werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Einkassierstelle des Bundes „Solidarität“ in Kaulsdorf, Lokal Damanns Gesellschaftshaus früher Reich, aufgehoben ist. Der Bezirk 21 (Niederbarnim) hat die Einkassierstelle nach Mahlsdorf, Restaurant Müller, auch an der Chaussee, oben am Berg gelegen, neu errichtet.

Der Berliner Arbeiter-Radsfahrerverein (Mitglied des Arbeiter-Radsfahrerbundes „Solidarität“) hält am Sonnabendabend von 8 Uhr ab in der „Neuen Welt“ in der Hafengebe sein fünftes Stiftungsfest ab, wozu Freunde und Gönner des Arbeiter-Radsfahrersports bestens eingeladen sind.

Dem Berliner Aquarium sind von Norden und Süden her farbenprächtige Erscheinungen aus der Lebewelt der Meeresgründe zugegangen, die nun in erwünschter Weise die Befragung der See-wasserbecken vervollständigen. Die königl. Biologische Anstalt auf Helgoland sandte eine große Anzahl Blumentiere von außerordentlicher Annut in Form und Farbe, besonders von jener Art, die ob ihrer kurzen, breiten, gefransten, den Kronenblättern einer Nelke zu vergleichenden Fühler als „Seenelke“ bezeichnet wird. Hat durch diese Zuführung das sog. Nordseebecken des Aquariums einen prachtvollen lebendigen und anziehenden Schmuck erhalten, so hat das angrenzende große Seeperlbodenbecken verschiedene auffallende Bewohner des Mittelmeergebietes aufgenommen. In erster Linie aus dem Kreise der Stachelhäuter drei Arten Seeesterne, von denen der Purpursterne durch sein intensives Purpurrot ebenso wie der gleichzeitig angelangte gelbe Norstschwamm aus der Arktida durch sein leuchtendes Orange das bunte Farbenkleid des Beckens beherrscht; ferner aus der Gruppe der verwandten Seeigel mehrere sehr große schwarze blaue und weiße Steinseeigel u. a. m.

Straßensperrung. Der Große Weg von der Charlottenburger Chaussee bis zum Restaurant Charlottenhof wird behufs Ausbesserung des Fahrdammes vom 20. d. Mts. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt. — Sperrt wird auch die Große Nordstraße von der Hauptstraße bis zur Bahnstraße wegen Sanierungsarbeiten sofort bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter.

Feuerwehrrachrichten. Um 7 $\frac{1}{2}$ Uhr früh wurde die Feuerwehr nach dem Rathaus gerufen. Sie konnte aber gleich wieder abrufen, da eine Gefahr nicht mehr vorhanden war. In der Nähe des Ratskellers, die im Keller auf dem Hofe an der Jüdenstraße unter einem Glasdache eingerichtet ist, war wieder einmal Fett in einem Kessel aus Unachtsamkeit in Brand geraten. Das brennende Fett flammte mächtig empor, wodurch die über dem Glasdache arbeitenden Bauhandwerker erschreckt wurden und eiligst Feuer meldeten. Als die Feuerwehr eintraf, war der Kessel mit dem Fett schon ausgebrannt. Wegen eines Wohnungsbrandes wurde die Feuerwehr nach der Thurnerstraße 7 gerufen. In einer Glühstrumpfweberei in der Liebenwalder Straße 10 brannten Rahmen mit Glühstrümpfen und anderes. Weitere Feuermeldungen liefen aus der Dranienstraße 181, Mahlauestraße 12 und anderen Stellen ein.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Zu den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen herrscht im gegnerischen Lager bereits ein lebhaftes Treiben. Versammlung folgt auf Versammlung, um namentlich die Wähler der dritten Abteilung zu gewinnen. Alle Zeichen deuten darauf, daß unsere Genossen diesmal einen heißen Kampf zu bestehen haben werden. Es ist daher jetzt, da der Wahltermin immer näher rückt, doppelte Pflicht eines jeden Arbeiters und Parteigenossen, sich in den Dienst der sozialdemokratischen Agitation zu stellen.

Die Wahlen finden, wie wir bereits einmal mitgeteilt haben, für die dritte Abteilung am Sonnabend, den 6. November, von vormittags 9 Uhr bis abends 8 Uhr statt.

Jeder in die Liste eingetragene Wähler erhält vom Magistrat eine auf seinen Namen lautende Ausweis-Karte, soweit der Einzelne nicht nach außerhalb verzogen oder seine innerhalb des Ortes veränderte Wohnung unbekannt ist, zugefandt. Wer von den Wählern bis zum 2. November d. J. nicht im Besitz einer Ausweis-Karte ist, kann diese von dem Tage ab im Rathaus, 1 Treppe, Zimmer 22, an den Werktagen von 9 bis 8 Uhr in Empfang nehmen. Diese Karte soll als Ausweis bei Ausübung des Wahlrechts gelten. Indes bleibt es dem Wahlvorstand überlassen, im Einzelfalle die Identität des Wählers nach eigenem Ermessen festzustellen; als Ausweis dürfen auch Steuerquittung und Militärpapiere genügen. Wähler, die keine Legitimation vorlegen können, auch sonst Mitgliedern des Wahlvorstandes nicht bekannt sind, müssen mit der Stimmenabgabe dann solange zurückstehen, bis die mit Karte versehenen gewählt haben. Daraus ergibt sich für jeden Einzelnen, daß er sich vorzeitig mit entsprechender Legitimation versehen muß.

Morgen Freitag, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, bei Hofmann, Vorberg, Ecke Gleditschstraße: Zweiter Vortragsabend. Referent: Genosse Albin Mohs über „Jugend und Genossenschaften“. Am Sonntag, den 24. Oktober: Familienabend bei Grotzer, Martin-Luther-Str. 51, Anfang 6 Uhr. Zu diesen Veranstaltungen bitten wir um das Erscheinen aller Jugendlichen und deren Eltern.

Der Jugendbildungsausschuss.

Rixdorf.

Die zweite Theateraufführung veranstaltet der hiesige Bildungsausschuss am Sonntag, den 24. Oktober, nachmittags 2 $\frac{1}{2}$ Uhr im Rixdorfer Theater, Bergstraße 147. Zur Aufführung gelangt: „Die rote Robe“, Schauspiel in 4 Akten von Eugene O'Neill. Eintrittskarten a 60 Pf. inkl. Garderobe sind noch in der Expedition Redarstraße 2 erhältlich. — Ferner beginnt gleich zu Anfang des November der Vortragskursus über: Die Grundbegriffe des wissenschaftlichen Sozialismus. (Vortragender Genosse Julian Vorwardt.) Dieser Kursus erstreckt sich auf 5 Abende und zwar am 1., 8., 15., 22. und 29. November, abends 8 Uhr. Für jeden, der den Drang nach Wissen hat, ist es notwendig, sobald als möglich sich mit einer Eintrittskarte a 60 Pf., welche für alle 5 Abende berechtigt, zu versehen. — Zum Andenken an den 150jährigen Geburtstag Schillers wird am Sonnabend, den 6. November im Rixdorfer Theater eine Schiller-Feier stattfinden. Kammermusik, Festsprache, Gesang und Rezitation werden dazu beitragen, den Abend zu verschönern. Der Eintritt beläuft sich hier auf 60 Pf.

Dieses sind die nächsten Veranstaltungen des Bildungsausschusses, der nun die Arbeiterschaft ersucht, daß sie hieran regen Anteil nimmt. Billetts zu allen Veranstaltungen sind bei den Bezirksführern und in der Expedition, Redarstraße 2 zu haben.

Der Bildungsausschuss.

Lichtenberg-Rummelsburg.

Die Vorträge der Arbeiter-Bildungsschule nehmen am heutigen Abend 9 Uhr im Lokale von Steiner, Frankfurter Chaussee 128, ihren Anfang. Es wird der Arbeiterschaft hierdurch Gelegenheit geboten, sich weiter zu bilden. Eine recht zahlreiche Beteiligung ist daher nur dringend zu wünschen. Der erste Abend ist unentgeltlich.

Friedrichshagen.

Der Jugendauschuss für Friedrichshagen veranstaltet am Sonntag, den 24. d. M., nachmittags 4 Uhr, im Saale „Sängerhalle“ eine öffentliche Versammlung mit der Tagesordnung: Die proletarische Jugendbewegung. Referent: Herr Alb. Horst-Albershof. Parteigenossen! Bekundet durch zahlreiches Erscheinen, welches Interesse Ihr der Jugendbeziehung entgegenbringt. Sorgt auch dafür, daß Eure Söhne und Töchter die Versammlung besuchen.

Bossen.

Die Stadtverordneten-Ergänzungswahlen finden, wie jetzt der Magistrat bekannt macht, bereits am Donnerstag, den 4. November, im Rathaus, Zimmer 1, statt. Die dritte Abteilung wählt von vormittags 11 bis nachmittags 2 Uhr. Daß die Wahl schon am 4. November angelegt ist, überrascht allgemein. Allem Anschein will man der Sozialdemokratie möglichst wenig Zeit zur Agitation lassen. Unsere Genossen werden indessen für kurze

Prift ausführen, um für die Kandidaten der Sozialdemokratie, die Genossen Buchdrucker Friedrich Saube und Ladierer Hermann Bismann eine nachdrückliche Propaganda zu entfalten.

Tegel.

Ein tragischer Unglücksfall, der den Tod eines Kindes zur Folge hatte, ereignete sich am gestrigen Mittwochvormittag gegen 1/12 Uhr vor dem Hause Treslowstr. 8. Die vierjährige Tochter des in diesem Hause wohnenden Straßenbahnfahrers Schulz spielte auf dem gegenüberliegenden Seite eine Spiellameradin erblickte. Die Kleine wollte schnell hinüberlaufen, als ein Straßenbahnwagen der Linie 31 herannah. Das Mädchen blieb einen Augenblick stehen und sah nach dem Straßenbahnwagen hin, vermutlich um zu sehen, ob sich ihr Vater auf demselben befindet. Als das Kind einen fremden Fahrer bemerkte, lief es weiter und betrat unmittelbar vor dem Motorwagen das Gleis. Der Fahrer des Straßenbahnzuges hatte die Bremse schon angezogen, als das Mädchen dann stehen blieb jedoch dem Zuge wieder freie Fahrt gegeben. Auf diese Weise gelang es ihm trotz Anwendung der Gefahr-

Bremse nicht mehr, den Wagen zum Stehen zu bringen. Die kleine Schulz wurde von der Vorderplattform erfasst, niedergedrückt und geriet mit dem Oberkörper unter den Schutzrahmen. Um die Verunglückte zu befreien, mußte der Wagen mit Binden angehoben werden. Das Kind wurde als Leiche herbeigezogen, ihm war der Brustkasten eingedrückt worden.

Lübars-Waldmannslust.

Die letzte Gemeindevertreterversammlung genehmigte den Ankauf der circa 8 Morgen großen Dorfsane vom Domänenfiskus zum Preise von 1 M. pro Quadratmeter. Für die Ausrüstung der neuerbauten Turnhalle wurden 465 M. und zur Pflasterung des Weges zum Gemeindefriedhof 1100 M. bewilligt. Es zeigte sich nun, wie leicht man in unserer Gemeinde von der Steuer befreit werden kann. Vom Kirchenbauverein lag ein Antrag auf Erlass der Grundwertsteuer im Betrage von 38 M. vor, welcher ohne Debatte angenommen wurde. Nicht ein einziger der bürgerlichen Vertreter hat es für nötig befunden, auch nur ein Wort darüber zu verlieren. Ein bürgerlicher Gemeindevertreter hat den Gemeindevorsteher um Auskunft über die Regelung der Lehrgelöhler. Der Gemeindevorsteher teilte mit, daß das Grundgehalt 1400 M., Alterszulagen 100 M.,

Ortszulagen 100 M. und Wohnungsgeldzuschuß 850 M. (früher 650 M.) betragen. Zu einer Einigung mit den Lehrern wäre es nicht gekommen, weil sie 700 M. Ortszulage verlangt hätten. Am 21. August seien die Lehrer nochmals aufgefordert worden, sich dazu zu äußern, was sie jedoch nicht getan hätten. Daraufhin habe der Gemeindevorsteher am 1. Oktober den Lehrern die im vorigen Jahre nach der neuen Lehrerbeförderungsreform zubehaltene bezahlte Mietsentschädigung im Betrage von 200 M. vom Gehalt in Abzug gebracht, so daß die Lehrer 200 M. weniger erhalten hätten als bisher. Nachdem die Schulkommission noch um zwei Herren vermehrt wurde, wurde die Regelung der Lehrgelöhler übertragen; damit war die ganze Angelegenheit erledigt. Ob die Lehrer aus dem Verhalten des Gemeindevorstandes sowohl wie der Gemeindevertretung die Lehre ziehen und bei der nächsten Gemeindevertreterwahl im Frühjahr 1910 nur solchen Kandidaten ihre Stimme geben werden, die ihre Interessen im Gemeindepalament vertreten, bleibt abzuwarten. An unseren Genossen liegt es, jetzt in verstärkter Weise für unsere Ideen zu agitieren, damit wir bei der nächsten Wahl an Einfluß gewinnen.

Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer
und
Verein der Buch- u. Steindruck-Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen.

Donnerstag, den 21. Oktober, abends 8 Uhr,
im **Gewerkschaftshause**, Engelufer 14/15, Saal 4:

Versammlung
der Delegierten der Ortskrankenkasse für das
Buchdruckgewerbe und der Vertrauensleute.

Tages-Ordnung:
Besprechung der Anträge zur Generalversammlung der Ortskrankenkasse.
Die Vorstände. A. A. Massini, A. Moritz.

Deutscher Buchbinder-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Donnerstag, den 21. Oktober 1909, abends 8 Uhr:
Öffentliche

Branchen-Versammlung

aller in Album-, Mappen- u. Galanteriewarenfabriken beschäftigten Arbeiter u. Arbeiterinnen
in **Kürstens Festsälen**, Oranienstraße 180.

Tages-Ordnung:
1. Die weiteren Verhandlungen mit den Prinzipalen und die Bedeutung unseres Tarifabchlusses. Referent: Kollege Strauß. 2. Wahl einer Schlichtungskommission. 3. Verschiedenes.
Das Erscheinen aller Kollegen ist notwendig. 24/14
Die gemeinsame Lohnkommission
des Buchbinder- und des Sattler- und Portefeuilier-Verbandes.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Verwaltung Berlin.

Montag, den 25. Oktober, abends gleich nach Feierabend, um 5 1/2 Uhr beginnend, 6 Uhr:
Zwei Mitglieder-Versammlungen.

Tagesordnung: Die am 8. November stattfindende Delegiertenwahl der Ortskrankenkasse für das Gewerbe der Tischler und Piano- und Klavierbauer und die Aufstellung der Kandidatenliste.
Für die Kollegen, welche im Bezirk rechts der Spree arbeiten, in den Andreas-Festsälen, Andreasstr. 21.
Für die Kollegen, welche im Bezirk links der Spree beschäftigt sind, im Wärfischen Hof, Altmirafstr. 18c.
Verbandsmitgliedsbuch legitimiert. 90/16*
Die Ortsverwaltung.

Arbeiter-Wanderbund
Die Naturfreunde
Wanderfahrten

am Sonntag, den 21. Oktober 09.
1. Groß Arney-Rosler Lehm-
Waldenort.
Abfahrt Potsd. Fernbahnhof, 5 1/2 Uhr
vormittags.
2. Königsmusterhausen-Biegenhald
-Schmöwitz.
Abf. 1. Okt. Bahnh. 6 1/2 Uhr vorm.
II. Schleißh. Bahnh. 6 1/2 Uhr vorm.,
Zobanitzthal umsteigen.
3. Pantow-Franz-Buchholz-Buch.
Treffpunkt: 2 Uhr nachm. Pantow,
Kirche.
Gäste willkommen. 1/18

Steppdecken
Spezialhaus

Emil Lefèvre
Berlin, Oranienstr. 158

Similiseide in den 4 65 625
Farb. rot 7 50 875
blau, oliv.
auf beid. Seit. benutzbar 11,25
Wollatlas rot . . . 7 50 900
Bunte Normal-
Schlafdecken 17 50 250 350
Wolldecken extra dick 3 00 4 00
Wolldeckenextradick 3 00 4 00
Ein Posten extra
Kamelhaardecken 10-24 00
Mein neuer
Pracht-Katalog
mit ca. 650
Abbildungen gratis u. franco.
Kohlengeschäft
umständlicher sofort verständig.
Warenbestand nachweislich gut. Sprech-
zeit nach 4 Uhr. Pantow, Schmöwitzstr. 2.

Herr Doktor!!!

Alles haben Sie mir verboten! Meine
sämtlichen Leibesgerichte, Wein, Bier, Likör,
Tee und Kaffee! Was bieten Sie mir als
Ersatz? - Trinken Sie den koffeinfreien
„Kaffee Hag“, er ist selbst für Herz- und
Nierenleidende absolut unschädlich, ver-
ursacht keine Schlaflosigkeit und Sie werden
ihn gern trinken, denn er unterscheidet sich
in Geschmack und Aroma nicht von anderem
feinsten Kaffee. Ich selbst trinke ihn täglich,
sowohl aus gesundheitlichen Gründen wie
aus Feinschmeckerei. 115/3

Haben Sie

den Versuch mit „Kathreiners Malzkaffee“ gemacht?
Urteilen Sie noch nicht! Je länger Sie Kathreiners Malz-
kaffee trinken, umso mehr werden Sie ihn schätzen lernen!

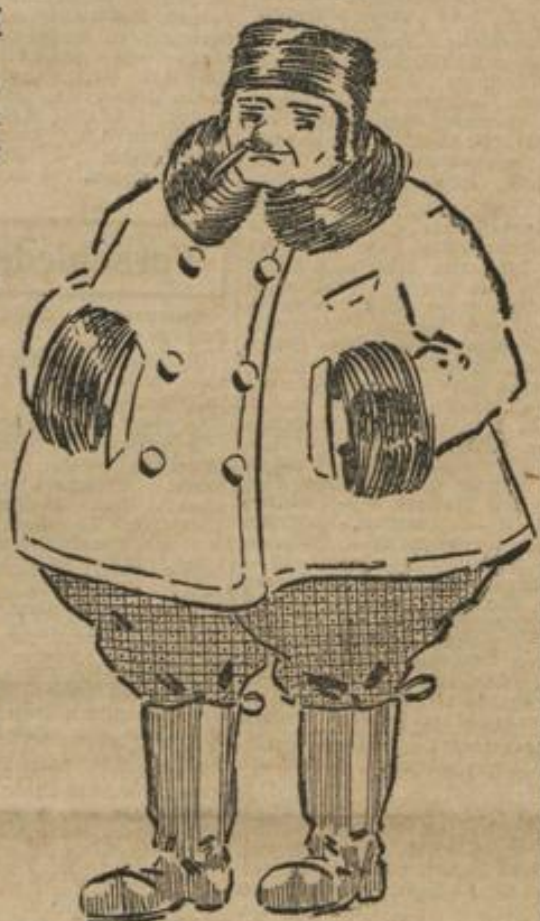
Warme gefütterte **Winter-Joppen**

Schutz gegen Erkältung

Gute Lodenstoffe in den beliebten
Farben. Praktische Fassons mit
doppelt breitem Brustüberschlag

Eigene Erzeugnisse

30.- 27.- 24.- 21.-
18.- 15.- 12.-
9.- 7.50
6.-



□ □ **Pelz-Joppen**

Starke Lodenstoffe mit verschied.
Pelzfutter. Eigene Erzeugnisse

60.- 50.- 45.-
36.- 30.- 27.-

BaerSohn

Spezial-Haus größten Maßstabes, gegründet 1891,
für gute Herren- und Knaben-Kleidung.

Chausseestraße 29-30 □ 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurterstr. 20 □ Schöneberg, Hauptstr. 10

Der Winter-Katalog Nr. 38, Moden 1909, auf Wunsch kostenlos und portofrei.



Auch nach der jetzt wesentlich höheren Steuer
auf Cigaretten werden

JOSETTI JUNO
CIGARETTEN

in unveränderter Güte hergestellt, da wir vollen
Wert darauf gelegt haben, dieser Marke Ihre be-
sonderen Vorzüge in jeder Beziehung zu erhalten.
Josetti-Junio-Cigaretten m. u. o. W. 10 Stück 20 Pf.



Joseffi Cigarettes Joseffi Cigarettes

